Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 87. Mittwoch den 12. April 1848.

Die sich immer wiederholenden Gerüchte, daß Rußland eine Invasion in die diesseitigen Staaten beabsichtige, und daß zu diesem Zwecke bedeutende russische Truppenmassen an der diesseitigen Grenze zusammengezogen würden, haben mich veranlaßt, genaue Nachrichten über deren Richtigkeit einzuziehen.

Nach den mir zugegangenen, völlig zuverläßigen amtlichen und außeramtlichen Nachrichten sind indeß alle derartigen Behauptungen unbegründet. Bis jetzt sind russische Truppen in ungewöhnlicher Anzahl an der diesseitigen Grenze nicht aufgestellt, und alles was Rußland, in Folge der Ereignisse in Deutschland, bisher gethan hat, beschränkt sich auf eine schärfere Beobachtung der Grenze und eine strenge Ueberwachung des Handels- und Reiseverkehrs zwischen dem russischen Kaiserreiche und den diesseitigen Staaten. Unsererseits sind und werden nichts destoweniger alle Vorbereitungen so getroffen, daß allen Eventualitäten wirksam begegnet werden kann. Die ganze Ostgrenze von Krotoszyn ab bis gegen Krakau ist durch diesseitige Truppenaufstellungen beobachtet und gegen jeden unvermutheten Handstreich gesichert.

Um aber jeden ernstlichen Angriff, von welcher Seite er auch kommen sollte, mit Energie zurückweisen zu können, thut die Befestigung der Ruhe und Ordnung in unserm Staate, und die Zuversicht auf die zweckentsprechenden Anordnungen der Behörden vor Allem Noth.

Ich vertraue, daß die Einwohner der Provinz Schlesien zur Erreichung dieses Zwecks mit allen Kräften mitwirken werden.

Breslau, den 11. April 1848.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Pinder.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 4 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 8. April dieses Jahres,

soll das Verzeichniß der stimmberechtigten Wähler hiesiger Stadt aufgestellt werden.

Demzufolge sind von uns die Herren Bezirks-Vorsteher beauftragt worden, die Aufnahmelisten für ihren Bezirk anzulegen. Um ihnen dieses Geschäft möglichst zu erleichtern, wird jedem Hausbesitzer ein Formular zur Aufnahmeliste zugehen, welches gehörig auszufüllen und binnen längstens 3 Tagen an den betreffenden Bezirksvorsteher abzugeben ist.

Bei der Wichtigkeit des Geschäfts und der nothwendigen Beschleunigung rechnen wir zuversichtlich darauf, daß die Listen ungesäumt ausgefüllt, auch den Herren Bezirks-Vorstehern auf Erfordern bereitwillig die nöthige Auskunft ertheilt werden wird.

Breslau, den 11. April 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

S. Breslau, 10. April.

Die Wahlen zum Bundestage oder zum deutschen Parlamente — „wie man das gerade nennen will," drückt sich Herr Siebig aus, — sind geschehen. Der vereinigte Landtag, der nur zusammentreten sollte, um sein Todesurtheil zu sprechen, hat nach und nach eine gewisse Verlegenheit und Blödigkeit, mit der er sein diesmaliges Debüt im weißen Saale zu beginnen schien, abgelegt. Wir sagen schien, weil wir stark versucht sind, jene Verlegenheit für dieselbe raffinirte Koketterie zu halten, mit welcher sich viele routinirte Gastspieler beim ersten Erscheinen auf der Bühne die Theilnahme des gefühlvollen Publikums durch eine zitternde Stimme und andere Zeichen ängstlicher Befangenheit zu gewinnen suchen. Der vereinigte Landtag ist seiner sicher geworden; sein Vertrauen zu sich selbst stieg, je öfter er zusammenkam, ohne durch anfänglich gefürchtete Demonstrationen gestört zu werden; je mehr Propositionen, ihm zur „verfassungsmäßigen Approbation" vorgelegt, seiner Eitelkeit und Selbstgefälligkeit schmeichelten; je tiefer er sich in das Netz des „Rechtsbodens und gesetzlichen Fortschritts" verstricken ließ. Und so konnte, als Herr Bornemann aus Liegnitz eine schüchterne Verwahrung gegen die Wahl der Abgeordneten zum Bundestage und alle neuen Vorlagen anbrachte, der Landtags-Kommissar und Minister-Präsident dieser Versammlung, welche die Rede des Herrn Bornemann und die Stimme ihres Gewissens durch anhaltendes Geräusch erstickte, mit zermalmender Ironie zurufen, daß er nicht verstehe, was die Verwahrung bedeuten solle, daß ja der Landtag ohne eine solche Erklärung auf die Berathung der Propositionen und Gesetze, wovon eines kein Wahlgesetz gewesen, schon eingegangen sei. In der That, eine schneidende Lektion, eine harte Züchtigung! Aber der Landtag acceptirt sie „mit lebhaftem Beifall". Der Landtag quittirt jubelnd über die empfangenen Schläge. Der Landtag, empört über die Anmaßung des Herrn Bornemann, der ihn aus den süßen Träumen unbestrittener und unbestreitbarer Verfassungsmäßigkeit und Rechtsbeständigkeit wecken wollte, fühlt gar nicht, daß seine eigene Feigheit, Ohnmacht und Rathlosigkeit von Herrn Camphausen verdientermaßen an den Pranger gestellt werde. Und da ist außerdem Herr Siebig, Abgeordneter der Stadt, die das ganze Land zum Proteste gegen den Zusammentritt des vereinigten Landtages feierlich aufgefordert hat. Herr Milde, Herr Tschocke bleiben wenigstens stumm hinter den Coulissen, hüllen sich und die mitgenommenen Mandate in ein geheimnißvolles Stillschweigen. Der Landtag und das Ministerium spricht zu ihnen und singt zu ihnen, die „ruhevoll und kühl bis ans Herz hinan" im weißen Saale sitzen, verlockend wie die Nixe im Gedichte zum Fischer, und um sie scheint es wie um diesen geschehen: „halb zog sie ihn, halb sank er hin und ward nicht mehr gesehen." Doch Hrn. Siebig treibt die Begeisterung für die unantastbare Wahlbefugniß des Landtages in's offene Feld. Hr. Siebig fühlt sich als wahrhaftiger Volks-Vertreter vom Scheitel zur Zehe, er fühlt die heilige Mission, Breslau und Schlesien von dem schmachvollen Verdachte, daß hier Zweifel in die volle Competenz des Landtages gesetzt würden, daß sich Schlesien seinen ehrenwerthen Abgeordneten nicht mit Leib und Blut verschrieben, ihnen nicht unbeschränkte Machtvollkommenheit ertheilt habe, rein zu waschen. Hr. Siebig wirft Hrn. Bornemann „eine nicht ganz richtige Auffassung der Sache" vor. Hr. Siebig argumentirt mit stets bewährtem Scharfsinn: „Es ist uns in der Heimath nur bekannt geworden, daß hier allerdings nur über das Wahlgesetz zu berathen sei. Nachdem aber von dem hohen Ministerium so wichtige Vorlagen gemacht, sind, namentlich die Wahlen von Abgeordneten zum Bundestage, so glaube ich, haben wir nichts Angelegentlicheres zu thun, als diese Wahlen zu vollziehen (Bravo!), ja, wir würden dem Vaterlande die heiligsten Rechte vergeben, wenn wir zögern würden, zur Wahl zu schreiten." (Bravo!) Also nachdem und weil das Ministerium wichtige Vorlagen gemacht hat, ist der Landtag befugt, zu berathen und zu beschließen, unter Beunruhigung des ganzen Landes sein Dasein kümmerlich fortzusetzen, den Todeskampf der gestürzten Verfassung zu verlängern, alle die Mahnungen, Warnungen und Proteste gegen eine unheilsvolle Thätigkeit in den Wind zu schlagen? Weil das Ministerium wichtige Vorlagen gemacht hat, und blos aus diesem Grunde ist Herr Siebig mit dem gesammten Landtage, der ihm das Lorbeer-Reis eines zwiefachen Bravos um die tapfere Stirn flocht und Herrn Bornemann nicht ausreden ließ, plötzlich inne geworden, daß er und die Nation mit Blindheit geschlagen waren, als sie den vereinigten Landtag allerhöchstens nur zum Beirath des Wahlgesetzes nach Berlin entließen? Mehr wußte Herr Siebig, wußte der Landtag nicht zur Entgegnung und Widerlegung der Bornemann'schen Verwahrung anzuführen? Eine so jämmerliche und kindische Argumentation konnte zur Votirung der Wahl-Kompetenz ohne Widerspruch verleiten, dafür der Bravo-Ruf, dafür die Wahl des Herrn Siebig zum Bundes-Parlament gewissermaßen als Anerkennung und Dank? Nun, wir sehen ja aus dem ganzen Wahl-Resultate, wie sehr unsere Schlesischen Abgeordneten von der Ueberzeugung durchdrungen waren, daß sie selbst am Ende und wohl bedacht doch die Kapazität, die Intelligenz und das Talent der Provinz bestens repräsentirten und eigentlich der auserlesene Kern derselben schon seien. Die geehrten Abgeordneten haben sich selbst und ihre Vortrefflichkeit gegenseitig so sehr zu respektiren gewußt! Die Wahl ist gleichsam im Familien-Zirkel vorgenommen worden. Bekannte finden sich so gern in der Ferne wieder. Warum sollten unsre Abgeordneten in Frankfurt mit zu vielen Fremden zusammentreffen? Man hat sich freundschaftlich und mit pflichtschuldiger Reciprocität geeinigt, und wenn die Wahl nicht ausschließlich auf Mitglieder des vereinigten Landtages gefallen ist, so liegt die Ursache offenbar nur darin, daß das Prinzip, auf die ebenmäßige Vertretung jedes Standes zu halten und das Bundes-Parlament wohlbedächtig und gewissenhaft aus Fürsten, Rittern, Städtern, Bauern und aus einigen Repräsentanten der Wissenschaft, Intelligenz und Industrie als Zugabe und zeitgemäße Concession zusammen zu setzen, daß sich dieses Prinzip und System mit den dermaligen Mitgliedern nicht vollkommen ausführen ließ. Wir hegen nach alledem die gegründete Hoffnung, Herrn Siebig als Präsidenten der Schlesischen Kurie in Frankfurt zu sehen. Das doppelte Bravo-Geschrei der Versammlung für seine ausgezeichnete Wahl-Kompetenz-Rede designirte ihn unzweifelhaft im Voraus zu dieser Stelle.

Nachschrift. Unser Artikel charakterisirt den, gestern endlich eines wenig seligen Endes verblichenen Landtag und dessen Haltung; er ist daher durch die am 10. d. M. gemachte Eröffnung so wenig derogirt, als der Landtag seinerseits zur Aufhebung der Wahlen nichts beigetragen hat. Im Gegentheil muß diese nach den Beschlüssen der Bundes-Versammlung unvermeidliche Aufhebung dem vereinigten Landtag nur ein helleres Roth der Beschämung und Demüthigung auf die Wangen jagen, und ihn, nachdem er sich über alle wohlmeinenden Einwürfe kaltblütig hinwegpharisäert hat, zur Erkenntniß zwingen, daß er sich vor Preußen und Deutschland eklatant compromitirt, die Ereignisse und die Zeit verleugnet und gemißbraucht und sich ein sehr trauriges Denkmal in den Blättern deutscher Geschichte gesetzt habe.

Inland.

Landtags-Angelegenheiten.

Z. **Berlin**, 10. April. In der heutigen letzten Sitzung des vereinigten Landtages ergriff nach Verlesung des Protokolls der Staats-Minister Camphausen das Wort, um den Ständen nachstehende Eröffnung zu machen:

„Se. Majestät der König haben mir befohlen, dem hohen vereinigten Landtage zu eröffnen, daß Allerhöchstdieselben gern den Bericht über die in Folge des allerhöchsten Propositions-Dekrets vom 3. April vollzogenen Wahlen zur deutschen National-Vertretung entgegengenommen haben. Diese Wahlen und ihre Form waren geboten durch den Beschluß der deutschen Bundes-Versammlung vom 30. März, durch die in Uebereinstimmung mit demselben getroffene Verabredung mit mehreren deutschen Staaten und endlich durch die Nothwendigkeit, Preußen bei der in kurzer Frist zusammenzuberufenden Versammlung nicht unvertreten zu lassen. Inzwischen hat gestern Abend Sr. Majestät Regierung die Anzeige erhalten, daß die deutsche Bundes-Versammlung den Beschluß vom 30. März aufgehoben und dagegen in der Sitzung vom 7. April beschlossen hat, daß anstatt auf 70,000 auf 50,000 Seelen nach der Bundes-Matrikel ein Abgeordneter ohne Beschränkung in Beziehung auf Census, Stand oder religiöses Bekenntniß gewählt werden soll. Der Beschluß des Bundestages lautet wörtlich: *)

daß in Beziehung auf die Einberufung einer konstituirenden deutschen National-Versammlung die Wahl der Vertreter des Volkes so zu geschehen habe, daß je nach 50,000 Seelen ein Vertreter gewählt werde, daß, wenn der Ueberschuß der Bevölkerung 25,000 Seelen übersteigt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen sei, und daß jeder kleinere Staat, dessen Bevölkerung nicht 50,000 Seelen erreicht, einen Vertreter zu wählen habe;

daß in Beziehung auf die Wahl der Abgeordneten zur konstituirenden Versammlung auf jeden Fall bei der Wählbarkeit keine Beschränkung durch Vorschriften über gewisse Eigenschaften in Beziehung auf Wahlcensus oder Bekenntniß einer bestimmten Religion vorkommen und eine Wahl nach bestimmten Ständen nicht angeordnet werden könne;

daß als wahlberechtigt und als wählbar jeder volljährige, selbstständige Staats-Angehörige zu betrachten sei;

daß jeder Deutsche, wenn er die voranstehenden Eigenschaften besitzt, wählbar und dann es nicht nothwendig sei, daß er dem Staate angehöre, welchen er bei der Versammlung vertreten soll;

daß auch die politischen Flüchtlinge, wenn sie nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder angetreten haben, wahlberechtigt und wählbar sind;

daß wo möglich am 1. Mai die Abgeordneten zu Frankfurt versammelt sind.

Se. Majestät sehen sich hierdurch bewogen, auf die Abordnung der von dem vereinigten Landtage Gewählten zu verzichten, in der vertrauensvollen Erwartung, daß die getreuen Stände die Nothwendigkeit dieses Entschlusses nicht verkennen werden. Wenngleich die Wahl einem bestehenden Beschlusse des Bundestages gemäß vorgenommen worden, so ist doch nunmehr ein anderer, von derselben Behörde gefaßter Beschluß an dessen Stelle getreten, und da in einigen Bundes-Ländern bereits zur Ausführung geschritten wird, so würde durch das Beharren bei der vollzogenen Wahl das preußische Volk in ungenügender Zahl vertreten, die Versammlung ungleichmäßig zusammengesetzt und das Werk des Friedens im Beginne durch einen Anlaß zur Uneinigkeit gestört sein. Darauf aber glaubt Sr. Majestät Regierung unter den geänderten Umständen vorzugsweise hinwirken zu müssen, daß in der von der gesetzlichen Behörde zusammenberufenen Versammlung das preußische Volk vollzählig und unbestritten vertreten sei; Preußen will die Einheit Deutschlands, es will dazu die Hand bieten, es will aber auch dazu mitwirken. Demgemäß wird die in Frankfurt zusammentretende Versammlung zur Beschlußfähigkeit der Anwesenheit der preußischen Abgeordneten bedürfen.

Wir werden uns unverweilt mit den Anordnungen zur Vollziehung und Beschleunigung der Wahlen in Uebereinstimmung mit den vom Bundestage gefaßten Beschlüssen beschäftigen, damit unsere Abgeordneten möglichst bald in Frankfurt eintreffen können, und wir erwarten, daß das ganze Volk den Stolz haben werde, uns in dem Bestreben zu unterstützen, die Nation mit voller Berechtigung und in voller Zahl in Frankfurt vertreten zu sehen."

Nach der Rede des Ministers stellte der Marschall die Frage an die Versammlung, ob sie die Wahlen als nicht geschehen betrachten wolle. Die Frage wurde fast einstimmig bejaht, und es ergriff der Abg. Knoblauch das Wort, um Namens der Abtheilung das Gutachten über die Finanzvorlage abzustatten. Dasselbe lautet im Wesentlichen: der Landtag sei durch die Geldforderungen der Regierung überrascht worden. **Derselbe betrachtet sich aber als gesetzliches Organ der Nation vollständig kompetent**, über Geldfragen zu erörtern und Beschluß zu fassen und könne sich der Pflicht, sein Recht zu üben, nicht entziehen, wenn dem Vaterlande Gefahr drohe. Es frage sich nun: **1) machen die herrschenden Zustände außerordentliche Geldbewilligungen unabweislich: und 2) in welcher Art kann dem Bedürfniß genügt werden?** Was die erste Frage betreffe, so hätten die politischen Wirren der Zeit eine Minderung der Einnahme herbeigeführt und machten auf der andern Seite die Anwendung außerordentlicher Mittel nothwendig, um nach Außen den Frieden, im Innern Ordnung und Gesetz aufrecht zu erhalten. Die vorhandenen Mittel reichten zu diesem Zwecke nicht aus, indem der Staatsschatz im letzten Jahre bedeutend in Anspruch genommen sei. **Zu Anfang des Jahres 1847 hätten sich im Staatsschatze 19½ Mill. befunden.** Davon seien für Roggenankäufe abgegangen 4 Millionen; zur Realisirung von Kassen-Anweisungen 3 Millionen; zur Erweiterung der Bank 3 Millionen; zur Begründung von Disconto-kassen 1 Million, im Ganzen also 11 Millionen, so **daß noch 8½ Million übrig blieben,***) wovon im **Verlaufe der nächsten 2 Monate** für Maßregeln zur Sicherstellung der Ruhe nach Innen und Außen noch 2 Millionen; für die Beschäftigung brodloser Arbeiter noch 1 Million und zur Deckung von Einnahme-ausfällen noch 2 Millionen erforderlich seien, so daß **im Ganzen 3½ Mill. übrig blieben, welche für das vorhandene Bedürfniß in keiner Weise ausreichen. Unter diesen Umständen beantrage die Abtheilung, der Regierung die für die gedachten Zwecke geforderten 15 Millionen zu bewilligen, und dem Ermessen derselben die Art der Beschaffung des Geldes anheim zu geben.** — Nachdem der Referent hier seinen Vortrag unterbrochen, ergriff der Abgeordnete **Wenzler** das Wort **gegen** die Beschaffung von Geldmitteln sowohl auf dem Wege der **Anleihe** als der **Erhöhung der Steuern.** Bei der jetzigen Lage des Geldmarktes bringe jede Anleihe einen baaren Verlust für die Staatskasse. Was aber die Beschaffung des Geldes durch Steuern betreffe, so werde allgemein im Volke eine Erleichterung der Steuerlast gehofft und mit dieser Hoffnung werde die bedeutende Erhöhung der Last in einen traurigen und üblen Widerspruch treten. **Es bleibe kein anderes Mittel, als sich an den patriotischen Sinn der Nation zu wenden, mit der Aufforderung, dem Staate durch freiwillige Beiträge Hilfe zu bringen. Dieser Antrag wird unterstützt.** Der Finanzminister **Hansemann** erklärt, ohne auf eine nähere Kritik des Antrags einzugehen, daß das Ministerium eine **gesonderte Erörterung der in der Proposition enthaltenen Vorschläge nicht annehmen** könne. Auf diese Bemerkung fährt der **Referent** in dem Vortrage des Gutachtens fort, welches mit dem **Antrage endigt, daß das Ministerium in Stand gesetzt werde, zur Aufhilfe des Handels, der Gewerbe und der Landwirthschaft eine Garantie bis zum Belaufe von 25 Mill. zu übernehmen, wobei die Staatskasse möglichst gegen Verluste gedeckt werde.** Der Abgeordnete **v. Gaffron unterstützt die Regierungs-Anträge und das Abtheilungs-Gutachten.** Die Vorlagen des Gouvernements seien aus der Dringlichkeit der Umstände hervorgegangen. Es hätten sich Zweifel hinsichtlich der **Competenz des Landtages** zur Erörterung und Beschlußnahme über Finanzfragen erhoben. Derselbe sei aber noch das allein gesetzliche Organ des Landes und sei vollständig zu dieser Beschlußnahme berechtigt. Wiese der Landtag die Berathung von sich, so würde er eine große Verantwortlichkeit vor dem Lande auf sich laden. Was nun die beiden Vorlagen betreffe, so sei die Bewilligung der ersten nothwendig, weil ein Krieg nicht unmöglich und weil eine kräftige Rüstung das beste Mittel sei, den Frieden aufrecht zu erhalten. Die Aufbringung der Geldmittel müsse dem Ministerio überlassen werden, wobei der Grundsatz maßgebend bleiben werde, **daß etwaige Auflagen nur die wohlhabenden Klassen der Bevölkerung träfen.** Auch die zweite Vorlage sei dringend nothwendig und müsse bewilligt werden, zumal die Garantie nicht gleich der Uebernahme einer Schuld sei. Das Verkehrsleben müsse neu gekräftigt werden, um den politischen Verwirrungen nicht soziale und materielle hinzutreten zu lassen. Durch die Bewilligung werde dem Ministerio ein **Vertrauensvotum** ausgesprochen, welches dasselbe seinerseits durch energische Herstellung und Handhabung der Ordnung und des Gesetzes rechtfertigen werde. Der Abgeordnete **v. Bismark ist ebenfalls der Ansicht,** daß der Landtag zur heutigen Berathung vollständig competent sei. Er hätte aber gewünscht, daß die Regierung sich in der bevorstehenden **Volksvertretung** eine Stütze gesucht hätte, die stärker wäre, als dies der Fall bei dem **hinsterbenden Landtage** sein könne. Er finde es unrecht, den Landtag in dem Augenblicke, wo derselbe in das Meer der Vergessenheit gestürzt werden solle, noch mit **einem Mühlstein mit 40 Millionen** zu beladen. Ueberdies habe **das Ministerium dem Landtage keine genügenden Aufschlüsse über die Zustände des Landes, sowie die Lage der Finanzen gegeben**, und dies sei gerade von dem Minister versäumt worden, der früher als Abgeordneter spottend die Dünnleibigkeit des preußischen Budgets den dickleibigen Budgets anderer Länder gegenüber gehalten habe. Der Landtag könne seine Befugnisse nicht unbestimmt und im Allgemeinen auf das **Ministerium** übertragen, zumal es scheine, daß dasselbe **unsere Zustände mehr durch die Brille des Industrialismus als mit staatsmännischen Augen ansehe.** Durch die Vorlagen werde offenbar das **flache Land** neu belastet, während die **Industrie** und der **Geldverkehr** der **großen Städte** auf Kosten desselben erleichtert würden. Diese Tendenz leuchte auch aus der Verminderung der Schlacht- und Mahlsteuer hervor. Die Kosten des Geschenks mit dem Erlaß von ⅓ trage das platte Land und die kleinen Städte. In allen diesen Maaßnahmen könne Redner auf Seiten des Ministeriums nur **eine Captatio benevolentiae gegen den in den großen Städten herrschenden Zeitgeist erkennen, sowie das Streben, deren Ruhe zu erkaufen.** Aber auch das **Land** wolle sein Wohlergehen. Unter diesen Umständen könne er es dem herrschenden Finanzsystem **nicht** überlassen, eine Garantie von **25 Millionen** zu übernehmen, welche auf Kosten des platten Landes nur zur Ueberproduktion einer künstlichen Industrie führen würde; die **15 Millionen,** sofern sie ausschließlich zu Zwecken der äußeren und inneren Sicherheit verwendet würden, wolle er bewilligen. Gegen den Redner tritt der Abgeordnete **Röpel für** das Gutachten auf, als dessen Kern derselbe das **Vertrauensvotum** gegen das Ministerium betrachtet. Oft sei dies Vertrauen hier ausgesprochen, jetzt solle es durch die That bewiesen werden, und zumal in einem Falle, wo so unerlaßliche Forderungen gestellt würden. Für das Vertrauensvotum, sowie für die Bewilligung der **15 Millionen** spricht sich auch der Abgeordnete Schauß aus. Die Forderung der Garantie von **25 Millionen** findet derselbe aber zu **hoch für die kurze Zwischenzeit bis zur Zusammenkunft der neuen Volksvertretung.** Die Uebernahme einer neuen Garantie sei gleich einer Schuld, denn immer müßten die Mittel zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtung vorhanden sein, weil sie jeden Augenblick gefordert werden könnten. Der preußische Staat würde sich aber mit einer zu großen Last beschweren, wenngleich jetzt eine so große Summe beschafft werden solle, während für die nächste Zeit bis zu den weiteren Beschlußnahmen eine viel kleinere Summe ausreichend sei. Mit den großen Mitteln werde lediglich **Ueberproduction** geschaffen, und überdies werde die Garantie nicht dahin wirken, daß die mit ihren Geldern zurückhaltenden Capitalisten jetzt dasselbe in den Verkehr brächten. Die **Banquiers** und die **Industriellen** könnten auch nicht helfen, weil sie gerade Unterstützung **forderten.** Es komme aber alles darauf an, baare Geldmittel herbeizuschaffen, und dies könne nur durch ein **Zwangsanlehen** geschehen, welches er auf die Höhe von 5—8 Millionen vorschlage. Dies Geld solle zu gleichen Theilen vorschußweise an die Provinzen zur Errichtung von **Discontobanken** gegeben werden, die durch ihr Geschäft zugleich die Zinsen für das Anlehen aufzubringen hätten. Diesem entgegen äußerte der Finanzminister Hansemann, es handle sich hier nicht um die Art der Aufbringung des Geldes, sondern darum, **in einer außerordentlichen Zeit dem Ministerio die Mittel zu gewähren, außerordentlichen Bedürfnissen abzuhelfen.** Es handle sich lediglich um ein **Vertrauensvotum.** In **seinem ganzen nicht eben beifällig aufgenommenen Vertrage kehrt der Minister diese mehr persönliche Seite der Frage allen Angriffen gegenüber immer von Neuem hervor,** ohne auf eine gründliche, sachliche Erörterung und Widerlegung der ihm gemachten Einwendungen einzugehen. Der Redner schließt mit einer **Mahnung** an die Versammlung, bei ihrer Rückkehr in die **Heimath** dahin zu wirken, daß überall **Muth** und **Vertrauen,** so wie **neues Leben in den Verkehr** zurückkehre. Die Vertheidigung der ministeriellen Maßregel, welche der Finanzminister wunderbarer Weise unterlassen, übernahm und führte der Abg. **v. Vincke** mit dem größten Glanz und dem entschiedensten Erfolge. Das Ministerium, äußerte der Redner, habe der Abtheilung die umfassendsten Eröffnungen über die **Finanzlage** des Staates gemacht. **Diese könne im Verhältniß zu anderen Staaten glänzend genannt werden.** Zu den noch vorhandenen 8½ Mill. des Staatsschatzes kämen die noch nicht verausgabten 3 Mill. zur Realisation von Kassen-Anweisungen, so wie die voraussichtlich bedeutenden Erübrigungen an andern Ausgabeposten, welche sehr hoch angesetzt worden. So sei von dem Gelde zu Roggen-Ankäufen auch noch fast eine Million übrig. Indessen seien die bedeutenden vorhandenen Mittel nicht ausreichend, um den großen Bedürfnissen der Gegenwart zu

*) Vergl. die Beschlüsse des deutschen Vorparlements in Frankfurt a. M. unter der Rubrik Deutschland. Red.

*) Wie bereits unser berliner ♃ Correspondent in der gestrigen Breslauer Zeitung mitgetheilt hat. Red.

genügen. Auch könnten diese Mittel nicht verausgabt werden, sondern sie müßten als Stammkapital für unvorhergesehene Umstände vorräthig bleiben, während dem Ministerio durch vertrauensvolle Bewilligung seiner Vorschläge Gelegenheit gegeben werde, die zur Abhülfe der Bedürfnisse erforderlichen Mittel zu beschaffen. **Es handle sich hier namentlich um die Begründung von Geldinstituten zur Erleichterung des Verkehrs, welche Noten in kleinen Apoints von 1—5 Rtlr. ausgeben sollten.** Bei so kleinen Noten sei die Gefahr des häufigen Realisirens nicht vorhanden. Auf andere Weise lasse sich dem Nothstande nicht gut abhelfen. **Eine Zwangsanleihe und eine Steuererhöhung seien gleich gewagt und erfolglos, da die Passionen, Steuern zu bezahlen, in unserer Zeit sehr abgenommen hätten.** Wenn den Redner aus der sächsischen Ritterschaft seine politischen Antipathien zum Kampfe gegen den Finanz-Minister getrieben hätten, so sei von dem loyalen Charakter desselben nicht zu befürchten, daß er in so ernsten Zeiten dem Gouvernement Verlegenheit bereiten wolle. Es handle sich hier nicht darum, Banquiers und Fabrikanten zu unterstützen, welche schon gestürzt oder ihrem Sturze nahe seien, sondern lediglich darum, **den allgemeinen Verkehr durch Vermehrung der Circulationsmittel zu beleben,** damit bei deren Mangel nicht die Konkurse häufiger und die Geschäftsstockung allgemein werde. **Es gelte Preußen, aus augenblicklichen Verlegenheiten zu befreien und es stark zu machen** in einer Zeit, wo von **Osten** wie von **Westen Kriegsgefahren** drohten und wo aus den geringfügigsten Anlässen, wie der Einfall deutscher **Propagandisten** aus Frankreich, mit denen sich Franzosen verbündeten, ein Krieg entstehen könne. In solcher Zeit gelte es zu zeigen, daß die Preußen noch die alten Preußen seien. Hier gelte es, der Regierung mit aller Kraft und mit dem ganzen Eifer des Patriotismus eine starke Unterstützung angedeihen zu lassen. Die **Männer der Regierung** trügen eine große Verantwortlichkeit, welche sie ausdrücklich gegen die bevorstehende Volksvertretung bethätigen sollten. Sie hätten in schwerer Zeit den Muth gehabt, sich an die Spitze der Angelegenheiten zu stellen, um dem Gemeinwohl das Opfer ihrer ganzen Persönlichkeit zu bringen. **Eine solche Hingebung,** verbunden mit der Fähigkeit, dem Lande zu helfen und dem besten Willen zu dieser Hülfe, **müsse durch das Votum der Versammlung anerkannt werden.** Nach diesem **mit fast endlosem Jubel** aufgenommenen Vortrage erscholl zu wiederholten Malen von allen Seiten der **Ruf nach Abstimmung, kein Redner konnte mehr zu Worte kommen,** und als der **Marschall** die **Frage** stellte, **ob dem Ministerio die Summe von 15 Mill., so wie die Uebernahme der Garantie von 25 Mill. bewilligt werden solle, entschied sich die Versammlung fast einstimmig im bejahenden Sinne.** Der Minister-Präsident **Camphausen dankte** im Namen des Ministeriums für das **Vertrauensvotum,** welches demselben zu Theil geworden, so wie dafür, daß eine wichtige Landesangelegenheit in so würdiger, glänzender und patriotischer Weise erledigt worden. Das Votum, bemerkte der Redner, sei auch darin ein wichtiges Zeugniß, daß mit demselben **die Mitglieder des ver. Landtages ihren Glauben zu der neuen Ordnung der Dinge auf das herrlichste bethätigt hätten.** Nachdem **ein Abgeordneter** sich darüber beschwert, daß **die fremden Arbeiter aus Berlin gewiesen würden,** wogegen der Abg. **Möves** bemerkte, daß der Ruhe der Stadt wegen nur arbeitslose Auswärtige verwiesen würden und nachdem der Abg. **von Saucken-Tarputschen** noch die Mahnung an das Ministerium gestellt, **schnell und kräftig für die Wiederherstellung der Ordnung im Innern zu wirken,** ergriff der **Marschall** das Wort und bemerkte: **so wenig die Mitglieder des ersten wie die des zweiten Landtags hätten Sonderinteressen vertreten. Dies sei von nun an noch weniger an der Zeit und von diesem Gesichtspunkte aus habe er auf seine Patronatsrechte, seine Jagdrechte, seine Steuerbevorzugung freiwillig verzichtet, um seinerseits den Consequenzen des aufrichtig und ganz zu verwirklichenden constitutionellen Systems kein Hinderniß in den Weg zu legen. Dies System müsse in Preußen wie in ganz Deutschland zu seiner vollen, wahren Ausbildung kommen. Und daß dies Ziel und damit neue glückliche Zustände im Vaterlande erreicht würden, dafür sei kein Opfer zu groß.** Zur Erreichung dieses Zieles mitzuwirken, sei namentlich unser König berufen. **Der König lebe hoch!** Die Versammlung stimmte dreimal enthusiastisch in diesen Ruf ein, worauf der **Landtagscommissar im Namen Sr. Majestät den Landtag für geschlossen erklärte.** — **Nach einer beiläufigen Bemerkung des Abg. v. Vincke wird die neue Volksvertretung am 22. Mai hier in Berlin ihre erste Sitzung halten.**

Berlin, 10. April. Der von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten niedergesetzten Kommission zum Behuf der Ausarbeitung eines Entwurfs zu einer Presbyterial- und Synodal-Verfassung ist noch der Ober-Hofprediger, wirkliche Ober-Konsistorialrath Dr. Ehrenberg, als Mitglied zugesellt worden.

Dem Oberlehrer Gaebel an der Realschule zu Meseritz ist das Prädikat als „Professor" verliehen worden.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst zu Salm-Salm, nach Köln.

Berlin, 10. April. Die Aeltesten unserer Kaufmannschaft haben, um die Folgen der eingetretenen Geldkrisis, von welcher besonders die Fabrik-Inhaber betroffen werden, wo möglich abzuwenden, eine Deputation aus ihrer Mitte an den Finanzminister Hansemann entsendet, damit der Staat Geldmittel zur Abhülfe der eingetretenen Stockung in dem Geld-Umlauf bewillige. Die von dem Minister der Deputation ertheilte Vorbescheidung hat die Aeltesten, nach gepflogener Berathung mit mehreren Fabrikbesitzern am 5. d. M., zu einer Vorstellung an den Minister veranlaßt, worin es heißt:

„Die von Ew. Excellenz gestern mündlich an uns ertheilte Vorbescheidung haben wir zur Kenntniß unserer Kommittenten gebracht. So dankbar diese die ihnen in Aussicht gestellte Hülfsleistung anerkennen, so fest überzeugt sind sie von der Unzulänglichkeit derselben. Die eigenen Mittel zur Befriedigung der Arbeiter, deren Lebens-Existenz von unsern Committenten abhängt, sind fast erschöpft. In der nächsten Zukunft werden sie gänzlich versiegen. Groß ist die Geldkrisis, die immer mehr und mehr um sich greift; groß die Noth, die im Hintergrunde derselben sich ankündigt; erschreckend sind die zu befürchtenden Wirkungen derselben. Ew. Excellenz haben wir gestern ein getreues Bild der vorwaltenden Zustände und der Befürchtungen, die nach denselben uns sich aufdrängen, vorgetragen. Auf diese Darlegung gründen wir den dringenden Antrag: die denjenigen Gewerbtreibenden, welche der arbeitenden Klasse Arbeit zu geben im Stande sind, verheißene Hülfe bedeutend und soviel als irgend möglich ist, zu erhöhen. Vor Allem ist jedoch die möglichste Beschleunigung der zu beschließenden Maßregeln nothwendig. Wahrlich von dem Moment hängen in der gefahrvollen Zeit Folgen ab, die nicht zu berechnen sind."

Auf diese Eingabe erging bereits am selbigen Tage noch, also am 5., folgender Bescheid des Ministers Hansemann:

„Die Herren Aeltesten der Kaufmannschaft benachrichtige ich, daß ich zur Unterstützung von Kaufleuten und Fabrikanten in hiesiger Stadt einen Fond von 150,000 Rthl. bewilligt habe, welcher nach Maßgabe der anliegenden Bedingungen zur Verwendung kommen soll. Ich überlasse Ihnen, aus Ihrer Mitte ein Comité von fünf Mitgliedern zur Verwaltung des Fonds zu bilden, und mir dieselben namhaft zu machen, auch diejenige Kasse zu bezeichnen, an welche obige Summe nach eintretendem Bedarf gezahlt werden soll. Schließlich bemerke ich, daß eine wirksame Unterstützung nur dadurch erreicht werden kann, wenn sich Vereine von Privaten zur Hebung des Privat-Kredits bilden, und daß, falls des Königs Majestät, auf Grund der Verhandlungen des vereinigten Landtags, mich zu ferneren Unterstützungen ermächtigen sollten, solche nur den mit Privatmitteln begründeten Vereinen, und wahrscheinlich nur durch Verstärkung des Privat-Kredits gewährt werden würden."

Die Aeltesten haben demnächst am 6ten eine zweite Eingabe abgesandt, worin es heißt:

„Ew. Excellenz uns so eben zugekommene Verfügung von 5. April d. J. haben wir unverzüglich unseren Committenten mitgetheilt und durften Seitens derselben das Anerkenntniß der von Ew. Excellenz an den Tag gelegten Fürsorge für das öffentliche Wohl erwarten." Der ihnen gemachten Aufgabe gemäß, zeigen sie an: 1) daß die Bank ihnen als der sicherste Ort der Aufbewahrung der bewilligten 150,000 Thlr. erscheint; 2) daß sie den Fabrik-Inhaber A. Borsig, den Kaufmann Herrmann Eschwe, den Fabrik-Inhaber Louis Reichenheim, den Fabrik-Inhaber Sussmann, den Stadtverordneten und Tuchfabrikanten Sehlmacher und den Seidenfabrikanten Meyer Magnus als geeignete Mitglieder des nach der vorbezeichneten Verfügung zu bildenden Comites in Vorschlag bringen: 3) daß sie sich sofort mit der Bildung von Vereinen der Privaten zur Hebung des Privat-Credits nach der ertheilten Weisung beschäftigen werden."

Gleichfalls am 6. erschien folgender Bescheid des Ministers Hansemann:

„Nach dem Vorschlage der Herren Aeltesten der Kaufmannschaft genehmige ich hierdurch, daß die darin bezeichneten sechs Personen, mit dem vorläufig zum diesseitigen Kommissarius bestimmten geb. Ober-Finanzrath v. Rabe zu dem in meiner Mittheilung vom 5. d. M. erwähnten Comité zusammentreten und sofort ihre Functionen beginnen. Mit der Aufbewahrung der 150,000 Thlr. bei der preußischen Bank bin ich einverstanden. Die in der Vorstellung vom 5. d. M. beantragte Erhöhung dieser Summe kann ich zu meinem Bedauern nicht möglich machen."

Die Aeltesten haben die Corporationsmitglieder ersucht, ihnen diejenigen Vorschläge, welche sie zur Bildung des vorgeschlagenen Vereins für nothwendig erachten, schriftlich mitzutheilen.

Magistrat und Stadtverordnete haben beschlossen, den ihrerseits beschäftigen Erdarbeiten den Tagelohn von $12\frac{1}{2}$ Sgr. auf 15 Sgr. zu erhöhen, nachdem die Staatsbehörden, ohne vorherige Rücksprache mit den Stadtbehörden, damit vorgegangen sind. Letztere wollen aber Erstere ersuchen, nicht mehr in solcher Weise Lohn-Erhöhungen vorzunehmen; 2) daß die Arbeiter berechtigt sein sollen, ihre Unter-Aufseher selbst zu wählen; 3) die den Arbeitern durch Termine u. s. w. entstandenen Versäumnisse bei der Arbeitszeit einzurechnen; 4) die durch Dienste bei der Bürgerwehr auf Wachen oder Streifwachen versäumten Stunden bei dem Lohne nicht abzurechnen (In dem zu entwerfenden Bürgerwehr-Statut will der Magistrat alle die durch den Dienst in ihrem Nahrungsstande unmittelbar Behinderte von dem Dienste befreien.); 5) sollen den Arbeitern die durch etwa eintretendes Regenwetter ausfallenden Stunden nicht abgerechnet, 6) alle hier nichtortsgehörige Arbeiter ausgeschieden werden; 7) wird fortan darauf gehalten, daß die Lohnauszahlungen dergestalt beschleunigt werden, daß die Arbeiter nicht eine Stunde oder mehr täglich dabei versäumen. — Der Stadt-Baurath Langerhans wird von allen schriftlichen Arbeiten entbunden und erhält die Oberleitung der Erdarbeiter. Hr. Deutsch hat sich mit rühmenswerthem Eifer freiwillig dabei zur Verfügung gestellt. — Die Revier-Polizei-Kommissarien sind jetzt angewiesen worden, die kräftigsten Maßregeln zur Nachsuchung der Schlafstellen vorzunehmen, um die dort befindlichen brodlosen, hier nicht ortsgehörigen Leute zu ermitteln und wegzuweisen. Da täglich 300 solcher Nachsuchungen geschehen, so kann man annehmen, daß binnen acht Tagen alle nicht hierher gehörigen Arbeiter ausgewiesen sein werden. (Spen. Z.)

Von den Bürgerpatrouillen geschehen jetzt viele Arretirungen von Personen, denen man schuld giebt, daß sie auf der Straße aufregende Anreden an das Volk gehalten und dadurch Aufwiegelung herbeizuführen bestrebt gewesen seien. Unter ihnen befinden sich allerdings mehrere Fremden, unter andern ein Engländer, der, 17 Jahr alt, sich Rentier nennt. Daß diese Leute Emissäre irgend einer Propaganda wären, dafür spricht jedoch nicht das Geringste, vielmehr scheint es, als ob man in vielen Fällen von beiden Seiten zu weit gegangen wäre: von Seiten der Verhafteten, daß man das vernünftige Maß der Redefreiheit vielleicht überschritt, von Seiten der Bürgerwachen aber, daß man die Sache gleich all zu ernst nahm und, in der Meinung, daß die Fortdauer des jetzigen beunruhigenden Zustandes lediglich in der Volksaufwiegelung ihren Grund habe, sogleich zum strengsten Einschreiten sich verpflichtet hielt. Also von beiden Seiten Mäßigung! (Publicist.)

> **Berlin,** 10. April. Ein Zeitungs-Correspondent in Berlin hat jetzt goldene Tage. Die Luft in Berlin ist mit Neuigkeiten geschwängert. Man darf nur den Kopf aus dem Fenster stecken, so fliegen einem die Neuigkeiten ins Gesicht. Bei diesem Fliegen zeigt es sich aber auch, daß sehr viel Wind und Spreu dabei ist. Die Begegnenden auf der Straße fragen einander nicht mehr: Was giebt's Neues? sondern: Wie lang' haben Sie Zeit, daß ich Sie mit Neuigkeiten unterhalten soll? — Ein Privatbrief aus Mailand giebt mir ein Bild, wie die österreichischen Truppen dort gehaust haben. Was die alten Heiden und die alten Orthodoxen als Bilder der Höllenqualen mit der verbranntesten Phantasie ausgesonnen, ist kindisches Kitzeln gegen den Vandalismus der Oesterreicher in Mailand. Namentlich haben sich die Kroaten als wahre Scheusale gezeigt. Fürchtete ich nicht den Leserinnen Ohnmachten und Krämpfe zuzuziehen, ich würde das ganze Bild entfalten, was mir der Brief aus glaubhaftester Feder giebt. Nur einige der milderen Grausamkeiten will ich erwähnen: Eine aus der Schweiz kommende Post wurde angefallen, Briefe und Gelder abgenommen, die Passagiere bis aufs Hemd ausgeplündert und dann mit dem Wagen in die Erde vergraben. Als man sie nach einiger Zeit ausgrub, fand man sie bereits alle des erschrecklichsten Erstickungstodes gestorben. In den Taschen der gefangenen und gefallenen Kroaten fand man Ohren mit Ohrringen und Finger mit Ringen. Die Spuren von Zähnen an einzelnen Fingern zeigten deutlich, daß diese nicht einmal abgehauen, sondern abgebissen worden waren. — Die gestrigen Volks-Versammlungen vor den Zelten und vor dem Schönhausener Thore waren nicht sehr zahlreich besucht. Das Volk erkennt mit seinem gesunden Sinne zu sehr, wie Viele, die sich ihm als Sprecher aufdrängen, nur selbstsüchtige Zwecke verfolgen, und wäre es auch nur ein löschpapiernes Aufsehen in den Zeitungen zu machen. Daher schließen sich die einzelnen Gewerke unter einander ab, und halten gesonderte Zusammenkünfte, um ihre Interessen in ihrem eigenen Interesse zu berathen. So kam es denn auch gestern, daß ein Mann, der gar zu gern die Rolle eines Volkstribuns spielen möchte, der **Thierarzt Heer Urban,** von der rücksichtslos radikalen

Partei in der einen Volksversammlung von seiner Vorsteherschaft entfernt wurde. Man zeigte unverholen, wie verschiedene selbstische Rücksichten ihn geleitet, wie wenig er der Mann, die lange zertretenen Rechte der thätigen Armuth geltend zu machen, wie dazu ein Charakter gehört, der sich nicht in seiner Eitelkeit überglücklich fühlte, dem Könige, drei Tage, nachdem Hunderte von Bürgern gefallen, die Fahne vorzutragen, sondern der, unantastbar von der Schwäche der Loyalität, der Souveränität und der Aristokratie gegenüber stände, fest gedrängt an die Reihen des Volkes, von denen er sich nicht weglocken ließ, sondern festen Schrittes sie vorwärts führte, um ihnen Terrain zu gewinnen. — Die unruhigen **Kattundrucker** haben sich mit mehreren Fabrikherren dahin geeinigt, daß zwei Farben von Maschinen aufgetragen, die Maschinen für die dritte Farbe dagegen bei Seite geschafft und für dieselbe nur Menschenhände gebraucht werden sollen.

ⵣ **Berlin, 10. April.** Ich halte mich für verpflichtet, Ihnen ohne alle weitere Bemerkung den Eindruck zu schildern, welchen das vom **Landtage** mit Acclamation angenommene **Vertrauensvotum** in Bezug auf die Anleihe, in der Stadt gemacht hat. Man erblickt darin den ersehnten Beginn einer nachhaltigen Consolidirung unserer öffentlichen Zustände, indem man hofft, daß sie nach endlicher Begründung nunmehr einer gedeihlichen Zukunft entgegen gehen. Von diesem Gesichtspunkte aus nahm die freudig erregte Stadt den lebhaftesten Antheil an dem Ereigniß. Man wußte das Ministerium zusammengesetzt aus Mitgliedern, wie sie zur Vertretung der jetzigen Landesinteressen sich schwerlich noch einmal construiren lassen, wäre entschlossen, in corpore zurückzutreten, falls ihm jenes Vertrauensvotum nicht zu Theil würde, und welche schwer zu bewältigende Anarchie, so fürchtete man, würde sich alsdann wieder entwickeln. Allerdings: ich kann Ihnen nicht lebhaft genug schildern, welche Vertrauenslosigkeit, welche Furchtsamkeit hier die Zustände zu durchdringen begann, eine Vertrauenslosigkeit, welche schon weit über jede politische Färbung hinausging und in Folge welcher Handel und Wandel gänzlich darniederlagen. Dieß Alles, hofft man, wird sich nunmehr merklich bessern, da die Ueberzeugung gewonnen sei, daß die an die Spitze der Regierung berufenen Personen das volle Vertrauen derjenigen Bürgerschaft besitzen, welche vor der constituirenden Versammlung doch wenigstens **fingirt** die Repräsentation des Landes ausdrücke. — So weit mein Referat. Möge man sich nun in der Provinz darüber wundern oder nicht, daß hier ein Votum des **Landtages** überhaupt noch einen Eindruck hervorzubringen vermag. — Die **Anullirung der vom Landtage bereits vorgenommenen Wahlen für Frankfurt hat einen sehr guten Eindruck gemacht**; und so eben erfahre ich, daß fast sämmtliche **Arbeiter** in der Stadt an ihre gewohnten Beschäftigungen zurückgekehrt sind. Bis jetzt — und dies sei zur Beruhigung der etwas zaghaften Bourgeoisie gesagt — bis jetzt hat sich, trotz allen Geschwätzes nicht **ein** Factum von vorgekommenen Beraubungen oder Anfällen gegen das Eigenthum hier constatiren lassen; — **Alles reduzirt sich auf Lärmmacherei und Geklatsch.** — Man glaubt, daß die Minister die ihnen bewilligten Geldmittel durch eine **freiwillige Anleihe** im Lande beschaffen werden, und erinnert daran, wie patriotisch sich das kleine Sachsen benommen, als es darum sich handelte, binnen wenigen Tagen 10 Millionen zusammenzubringen. — In der gestrigen **Versammlung unter den Zelten** wurde die **Vertretung Preußens am deutschen Parlamente** besprochen; die Herren **Held** und **Behrends** hielten bedeutende Reden. Ein Protest gegen die Wahlen des Landtags (bereits erledigt) wurde aufgenommen und eine Adresse wurde beantragt, die von den Herren Jung, Held, Behrends nach Frankfurt im Namen des preußischen Volks überbracht werden sollte. Die 3 Herren lehnten diese Ehre ab, weil ihre Anwesenheit in Berlin nothwendig sei; und man vertagte sich zu einer abermaligen Hauptversammlung, die heute um 7 Uhr stattfindet. Die **große Volksversammlung vor dem schönhauser Thor**, die gestern Abend vor sich ging, und wo fast alle Nüancen des hiesigen öffentlichen Lebens von Herrn Lette, als Repräsentanten des constitutionellen Clubbs an bis zu den geringsten Arbeitern herab sich bemerklich machten, endete damit, daß die Herren **Urban** und **Eckart** von ihrer Stellung als Präsidenten weggedrängt und durch den eben so energischen wie talentvollen Herrn **Bisky** (mehr das Element des Handwerkervereins vertretend) ersetzt wurden. Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, die Herren Urban und Eckart seien von irgend einer Seite für reactionäre Zwecke gewonnen, und man beschloß, ein Volksgericht niederzusetzen, um diese bis jetzt noch nicht erwiesene Thatsache zu prüfen.

Königsberg, 7. April. In der Königsb. Ztg. werden jetzt erst sämmtliche städtische und ländliche Kommunen aufgefordert, ihre Wünsche über den Anschluß der Provinz an Deutschland auf das Schleunigste an die geeignete Stelle zu verlautbaren.

β **Königsberg, 8. April.** Zur Fortschaffung von Mobilien pflegen seit mehreren Jahren hier Möbelwagen benutzt zu werden, ohne daß die Arbeiter dies für eine Beeinträchtigung ihres Erwerbes angesehen hätten. Diesem widersetzten sich jedoch vorgestern während der Ziehzeit die Arbeiter in verschiedenen Stadttheilen, und es gelang nur der Umsicht und Nachgiebigkeit der Bürgerwachen, größeren Exzessen vorzubeugen. Ueberall spricht sich über dieses Ansinnen der Arbeiter, das der persönlichen Freiheit ganz widerstrebt, großer Unwille aus. An demselben Tage fand Abends ein kleiner Krawall auf dem Posthofe statt. — Dies war gestern in größerem Maßstabe auf dem Steindamm vor einem Branntweinladen „dem wilden Mann“ der Fall. Es fanden Zusammenläufe von Arbeitern statt, die Aufhebung der neu eingeführten Feuerlösch-Ordnung, Sicherstellung gegen das Erhöhen der Wohnungsmiethen und garantirten Lebensunterhalt verlangten. Da die Menge zu einem friedlichen Auseinandergehen trotz wiederholter Aufforderungen nicht zu bewegen war, Einzelne sich den Bürgerschutzwachen sogar widersetzten, so mußte die reitende Bürgerschutzmannschaft kräftig einschreiten, der es auch bald gelang, die Ordnung vollständig herzustellen. Da einige Arbeiter verhaftet werden mußten, und heute einem Gerüchte zufolge die Befreiung derselben versucht werden soll, so hält augenblicklich der ganze Bürger-Schutz Verein Zusammenkünfte, um sich über etwaige Eventualitäten zu berathen. — Der Handel liegt hier wegen des Schwebens der dänischen Frage total darnieder; man fürchtet, Schiffe nach England zu befrachten, da man vor dänischen Kaperschiffen nicht sicher zu sein glaubt. — Möge der unlängst gemachte Ausspruch des englischen Ministers Canning, daß künftig alle Seekriege nur durch Flotten entschieden werden müßten und die Achtung vor dem Privat-Eigenthume durchaus aufrecht zu halten sei, zur Wahrheit werden. Jenem Mißstand ist es wohl auch zuzuschreiben, daß hier der Preis des Roggens bereits bis auf 28 Sgr. (bis 37) gefallen ist.

Marienwerder, 6. April. Der Polizei-Präsident Lauterbach aus Königsberg, welcher seit 14 Tagen die Grenzgegenden gegen Rußland und Polen bereist, ist heute hier eingetroffen und hat die beruhigende Nachricht mitgebracht, daß im Königreich Polen bis jetzt Alles ruhig und die Landesgrenze mit Russen nicht stärker besetzt ist, denn früher, daß dagegen in der Gegend von Kalisch ein russisches Observations-Corps gegen das Großherzogthum Posen und Schlesien aufgestellt werde. Herr rc. Lauterbach kehrt an die Grenze wieder zurück. (Königsb. Z.)

Thorn, 3. April. Die Arbeiten in unser Festung werden alle so ausgeführt, um auf eine Belagerung vollständig gerüstet zu sein. Die Garnison ist um tausend Mann verstärkt worden und man erwartet noch mehr Truppen. Die hiesige Bürgerwehr ist vollständig armirt, zählt über 500 Mann, und die Uebungen im Gebrauch der Waffen werden mit Eifer und Lust betrieben. Aber auch jenseits der Weichsel scheint man an das Fortbestehen des Friedens nicht mehr zu glauben. Die Grenze ist von morgen ab gesperrt, der Art, daß aus Polen Niemand nach Preußen darf, und Reisende von hier aus nur mit einem von einem russischen Konsul ausgestellten Paß nach Polen gelassen werden. Die vorhandenen Schußwaffen sind den Bewohnern Polens abgenommen worden. Starke russische Truppenmassen befinden sich schon in der Nähe der Grenze. Zur Zeit sind sie bis Plozk vorgerückt, doch werden sie nächstens in den kleineren Städten Lipno, Bloczlawek, Nißawa erwartet, da für sie Quartiere bestellt worden sind. Nach der allgemeinen Stimmung zu urtheilen, die sich in allen Ständen laut kund giebt, dürfte der erste russische Soldat, der unsere Grenze feindlich überschreitet, das Signal zu einer freiwilligen Erhebung en masse geben.

Bau der Veste Boyen bei Lötzen. Schon seit mehreren Monaten werden nur etwa 150 Arbeiter, mit Einschluß derer, die an der Ziegelei thätig sind, beschäftigt. Eine größere Zahl wird, wie wir hören, erst mit dem 1. Mai beschäftigt werden können, und auch dann gewiß nicht in dem Maße, als es der Menschenfreund wünschen muß, weil die etatsmäßig zum Festungsbau bestimmte jährliche Summe von 100,000 Rtlr. für das Jahr 1848 auf die Hälfte herabgesetzt worden ist. Gegenwärtig arbeiten einige Leute an einer Minengallerie, welche durch die vor der Bastion Leopold liegende Enveloppe nach dem See Popowka geführt wird. Durch diese soll die Fortsetzung desjenigen Kanals, welcher aus dem Innern der Citadelle das sich dort aufsammelnde Wasser abzuführen bestimmt ist, und der bereits bis an den Hauptwallgraben fertig geworden ist, gehen. (Königsb. Z.)

‡‡ **Posen, 10. April.** Den transcendentalen Theoretikern, welche so oft in diesen Blättern für die polnische Freiheit gegen das Deutschthum zu Felde ziehen, welche nicht begreifen wollen, daß der Standpunkt der polnischen Frage im Großherzogthum ein anderer ist als in Deutschland, daß der Schwung der allgemeinen Sympathie für die Freiheit der Völker hier wesentlich bedingt wird durch die Art der Realisirung der Polenfreiheit, halten wir jene kostbaren Dokumente entgegen, welche ergeben, daß dieser so oft vermißte Standpunkt von unsern Mitbürgern in Berlin richtig erkannt ist. Dem hiesigen deutschen Comité gehen die folgenden zwei Adressen des konstitutionellen Clubbs in Berlin zu.

An die Polen des Großherzogthums Posen! Die neugeborene Völkerfreiheit überstrahlt auch Polens Ebenen. Die Zeit der Fürstenpolitik ist vorüber, die Völker kennen kein dynastisches Interesse, es giebt fortan nur eine Politik, die der Gerechtigkeit. — Deshalb will das deutsche Volk, so viel an ihm ist, gut machen, was eine ungerechte Staatskunst an der Nationalität der Polen verschuldet hat, deshalb öffnete Preußen am ersten Tage der errungenen eigenen Freiheit die Kerker der gefangenen Polen. — Mit tiefem Schmerze aber erfüllt es uns Deutsche, daß die jüngsten Regungen des polnischen Nationalgefühls im Großherzogthume Posen bedrohlich für die dort wohnenden Deutschen sich gestaltet und an manchen Orten sogar die Sicherheit des Eigenthums und der Personen gefährdet haben. — Bedenkt, polnische Brüder, daß Deutschland Euer natürlicher Bundesgenosse ist, daß die Fesseln Eurer Nationalität nicht mehr im Großherzogthume, sondern in Warschau zu lösen sind! — Auch dort wird es gelingen, und — wir vertrauen dem Genius der Völker — durch die friedlichen Waffen einer gerechten Politik! — Zwischen Deutschland und Polen aber darf nur der Griffel, nicht das Schwerdt die Gränze zeichnen. — Nun denn, Ihr Polen, achtet die Rechte der mit Euch wohnenden Deutschen! — Schützt sie gegen jeden mißverstandenen Eifer, welcher Deutschlands Sympathie für Eure gute Sache schwächen müßte! — Deutschland vergißt auch nicht des letzten seiner Söhne! Brüderlich sollen die Nationen auf dieser schönen Erde neben einander wohnen, darum laßt uns festhalten die Verbrüderung zwischen Polen und Deutschen! — Berlin, den 3. April 1848. — **Der konstitutionelle Clubb.** — **Das provisorische Comité:** L. Crelinger. Augustin. Furbach. O. Crelinger. Dove. Aegidi. Behr. Küttge. Rose. Glaser. — **Die Redaktions-Commission:** v. Dazür. Aegidi. Lette. Furbach.

Deutsche Brüder in der Provinz Posen! Mit tiefem Bedauern haben wir vernommen, welche beklagenswerthe Ereignisse in den letzten Tagen in der Provinz Posen sich zugetragen haben. Wir erlassen an dem heutigen Tage eine Adresse an die polnische Bevölkerung der Provinz, in welcher wir unsere polnischen Brüder dringend auffordern, gegen ihre deutschen Brüder, die Söhne desselben Landes, in keiner Weise feindselig zu verfahren. Wir hoffen, daß unsere Worte Anklang finden werden in den Herzen unserer polnischen Brüder, denen wir noch in den letzten Tagen die unzweideutigsten Beweise unserer Theilnahme gegeben haben. Die Zeit drängt; wir beeilen uns, Euch aus der Hauptstadt unseres Staates zuzurufen, daß wir Eurer in Liebe und Treue gedenken, denn Deutschland vergißt auch die fernsten seiner Söhne nicht! Seid darum muthig und getrost; wir werden hier auf dem Wege des Gesetzes für Eure Rechte wirken, und in der Stunde der Gefahr Euch nicht verlassen! — Berlin, den 3. April 1848. — **Der konstitutionelle Clubb.** — **Das provisorische Comité.** L. Crelinger. Augustin. Furbach. O. Crelinger. Dove. Aegidi. Behr. Küttge. Rose. Glaser. — **Die Redaktions-Commission.** Dr. Bernhard. Born. Dr. Kleiber. Lippelt.

Das deutsche Comité hat für angemessen erachtet, an den Berliner konstitutionellen Clubb sogleich die folgende dankende Erwiederung zu richten:

Das deutsche National-Comité an den konstitutionellen Clubb zu Berlin. Die Ansprache unserer deutschen Brüder in Berlin an die deutschen und polnischen Bewohner des Großherzogthums hat uns die beruhigende Genugthuung gewährt, welche durch das Bewußtsein deutscher Treue und Einheit erzeugt wird. — Nehmen Sie dafür unsern Dank, nicht blos im Interesse unserer Mitbürger, sondern auch im Interesse der Wahrheit und der Gerechtigkeit. **Nur diese** sind es, die wir vor Augen haben. — Auch wir wollen ein Emporrichten der polnischen Nationalität und deren politische Vertretung als eine Aufgabe der Gerechtigkeit, aber wir können nicht zugeben, daß die politischen und sozialen Interessen der zahlreichen deutschen Bevölkerung des Großherzogthums dem polnischen Elemente geopfert und dienstbar gemacht werden. — Wir dürfen nicht schweigende Zuschauer bleiben, wenn von Seiten der polnischen Bevölkerung dazu geschritten wird, das Bestehende umzustürzen und das Großherzogthum mit Verleugnung der dem deutschen Volke gebührenden Achtung zu reorganisiren; wenn Behörden vertrieben, öffentliche Kassen in Beschlag genommen, Angriffe gegen Personen und Eigenthum vieler deutschen Bewohner vollführt werden, wenn ferner in den Landstädten Tausende aus dem Landvolke bewaffnet und eingeübt werden, ein Aushebungs-System ins Werk gesetzt und bedrohlich gehandhabt wird, und wenn endlich sogar organische Gesetze proklamirt werden, um planmäßig die Landbewohner in Masse gegen die Ordnung aufzuregen. — Diese Bestrebungen sind es, die auch jetzt nach dem Eintreffen des von der polnischen Bevölkerung selbst als Organisations-Commissarius gewählten Generals v. Willisen ungestört ihren Fortgang nehmen. — Der Lüge in Wort und Schrift, die dergleichen feindliche Bestrebungen gegen das deutsche Prinzip zu verhüllen trachtet, die dem allgemeinen Rufe zur Ordnung und Mäßigung gehässige Zwecke andichtet und das Deutschthum und seine Sympathien zu überlisten gedenkt, dieser Lüge treten wir entgegen. Weil wir Mäßigung und Achtung wollen, verschreit man uns als Anhänger des Systems der Knechtung, weil wir Gerechtigkeit wollen, schildert man uns als solche, die von blindem Hasse gegen das Polenthum erfüllt sind. — Die von unseren deutschen Brüdern an unsere polnischen Mitbürger erlassene Mahnung bürgt uns dafür, daß unsere Bestrebungen nach Wahrheit und Gerechtigkeit im deutschen Vaterlande erkannt und richtig gewürdigt werden, und daß auch ferner unsere deutsche Sache durch die Theilnahme unserer Mitbrüder und ihr Streben für Freiheit und Fortschritt werde gekräftigt werden. — Posen, den 9. April 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Posen, 8. April. Aus zuverlässiger Quelle ist uns folgende Mittheilung zugekommen: Die vom Herrn General **von Willisen**, auf Grund der allerhöchsten Instruktionen gebildete, unter seinem Vorsitze am 7. d. M. zusammengetretene **Reorganisations-Kommission** besteht aus fünf Mitgliedern polnischer und aus Vieren deutscher Abkunft. Der Herr Oberpräsident **v. Beurmann** und der Herr Präsident **v. Kries**

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit drei Beilagen.

Erste Beilage zu № 87 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 12. April 1848.

(Fortsetzung.)

wohnen den Sitzungen bei. Sie ist ihrer Bestimmung nach keine entscheidende Instanz, sondern ein berathender Verein. Es liegt daher die Ertheilung von Rechten oder Konzessionen an die eine oder die andere Nationalität ganz außer dem Bereiche dieser Kommission. Bewilligungen solcher Art können nur von Sr. Majestät dem Könige gewährt werden. Die Aufgabe des königlichen Kommissarius ist vorzugsweise eine administrative. Sämmtliche, gemäß der Instruction, selbstständig von ihm einberufene Mitglieder der Kommission sind Behufs der Berathung versammelt. Sie bilden demgemäß keine Behörde mit irgend einer kollegialischen Verfassung, sondern eine Konferenz zur gutachtlichen Aeußerung. Es handelt sich zunächst darum: die Ansichten vorurtheilsfreier Männer über die, keinen weitern Aufschub zulassende, Pacifikation des Landes und die zweckdienlichsten Maaßregeln zu vernehmen. Diese Mitglieder können und dürfen, ihrer Stellung nach, für keine Nationalität Partei nehmen; sie müssen unparteiisch urtheilen, weil nur die Unparteilichkeit eine Bürgschaft der Gerechtigkeit ist. Auf diese Weise nur kann und wird der nächste Zweck einer Friedensstiftung im Lande gelingen. Wir bedürfen des sofortigen Friedens, weil dieser zur Ordnung und der davon unzertrennlichen Wohlfahrt sämmtlicher Einwohner führt. Ist die Ruhe innerlich und äußerlich heimgekehrt, ist das Vertrauen und der gesetzliche Zustand wieder gewonnen, dann kann das Heil des Landes begründet und gesichert werden. Dies zur Berichtigung der vielfach verbreiteten, irrthümlichen Ansichten über Bedeutung und Zweck der Reorganisations-Kommission im Großherzogthum Posen. Es wird aber namentlich auch einen Gegenstand der Berathung bilden, ob es nicht zweckmäßig sei, die vorzugsweise deutschen Kreise des Netz-Distriktes und der Grenzen der Mark und Schlesiens von der Reorganisation auszunehmen und sie zu den benachbarten Provinzen zu schlagen. — Die Mitglieder der Kommission sind: 1) der Herr Erzbischof v. Przyluski, 2) der Herr General-Landschafts-Rath v. Treskow, 3) der Herr Graf Mathias Mielżynski, 4) der Herr Land- und Stadtgerichts-Rath Küttner, 5) der Herr v. Potworowski auf Gola, 6) der Herr v. Zedtwitz, Freigutsbesitzer, 7) der Herr Dr. phil. Libelt, 8) der Herr Kreis-Wundarzt Grunwald, 9) der Herr Buchhändler Stefanski. (Pos. Z.)

** Posen, 10. April. Ueber die letzten Ereignisse, die sich gegenwärtig zu einem Knoten geschürzt haben, der heute gelöst werden muß, können wir Ihnen folgendes mittheilen. Die Proklamation des General Willisen, welche den Polen wahrhaft reele Zusagen brachte, hat diese dennoch nicht befriedigt, während selbige die Deutschen gegen den General, aber nach unserer Meinung gewiß mit Unrecht, aufgebracht hat. Die Kommission unter Willisen hat ihre Arbeiten schon beendet, die einzelnen Paragraphen des Reorganisations-Patentes sind festgesetzt und dieselben sollen sogar dem größeren Theile nach schon von Berlin aus genehmigt sein. (s. die §§ in der gestrigen Bresl. Ztg.) — Wir glauben und hoffen nun, daß diese großen Bewilligungen rechtzeitig wirken werden und den geschürzten Knoten friedlich lösen. Nämlich in Wreschen, Schroda und Rogowo haben die Polen befestigte Lager errichtet und dort die Hauptmassen ihrer bewaffneten Corps concentrirt. Es wird mit Gewißheit angegeben, daß es zusammen an zehntausend Mann sind. Mörser und hölzerne Kanonen sollen ihre Artillerie bilden. Da bisher die Aufforderungen zur Entwaffnung keine Resultate herbeigeführt haben, so ist gestern von hier eine große militärische Expeditions-Colonne gegen die Insurgenten ausgerückt, um die genannten Orte, im Vereine mit den Truppen des II. Armee-Corps, mit Waffengewalt einzunehmen. Nachfolgende Truppentheile nehmen von hier an der Expedition Theil: Füs.-Bat. 18. Inf.-Regts., 2. und Füs.-Bat. 19. Inf.-Rgts., 1. Bat. 7. Inf.-Rgts., 2. Bat. 21. Inf.-Rgts., das Löwenberger, Görlitzer und Glogauer Landwehr-Bataillon, 100 Mann Jäger, 10 Schwadronen Kavalerie (Küraffiere, Ulanen und Husaren), 6 Kanonen und 4 Haubitzen. Heute Morgen soll der Angriff erfolgen, wenn sie nicht sofort kapituliren und die Waffen strecken. Wir hören nun, daß noch gestern Nachmittag der General v. Willisen, der Erzbischof von Przyluski, das polnische National-Comité und andere Autoritäten nach Schroda abgegangen, um durch die großen in Aussicht gestellten Concessionen eine Entwaffnung zu veranlassen. Wir wollen hoffen, daß sich die Nachricht bestätigt, die beste Aussicht zu derselben sei vorhanden. Denn ein fürchterliches Blutbad stände bevor. Viele Posener sind bewaffnet in den letzten Tagen nach dem Schrodaer Lager gezogen.

Mg. **Schildberg**, 9. April. Gestern hielt der kathol. Vikarius hier eine famose Predigt, versprach dem Bauer den Erlaß der Zinsen an den Gutsherrn, und bemerkte, daß nun keine Abgaben mehr zu zahlen sein werden, pflanzte eine polnische Fahne auf die Kirche und erklärte den Behörden, daß er hierzu beauftragt sei, konnte sich aber nur mit der Gazeta polska ausweisen, die schon den Pelz vom Fuchse verschenkt, und den Fuchs noch nicht gesehen hat. Der Landrath und Bürgermeister wollten die Fahne abgenommen wissen, mußten aber ruhig abziehen, weil ein fanatischer Haufen Miene machte, mit Steinen die Sache zu vertheidigen.

*** **Breslau**, 11. April. Aus der Gazeta Polska entnehmen wir über die Posener Zustände Folgendes: General Willisen hat in Betracht der dortigen Verhältnisse sich veranlaßt gesehen, schon am 7. eine Staffette nach Berlin zu schicken, mit der Meldung, daß aus der gegenwärtigen bewaffneten polnischen Macht, bis zur definitiven Organisaeion 2 Regimenter Infanterie und Kavallerie, als Stab der künfttgen polnischen Armee gebildet werden. Von der unter dem Präsidium des General Willisen berathenden Kommission ist einstimmig Gustav Potworowski zum Ober-Präsidenten erwählt und dem Könige diese Wahl zur Bestätigung mitgetheilt worden. Auf Grund seiner Vollmacht unternimmt General Willisen sofort die provisorische Reform der Landrathsämter. Bis zu den Kreiswahlen werden den Landräthen einstweilen Commissare beigegeben werden, welche die Reorganisations-Commission ernennt. — Die weiteren Verhandlungen der Reorganisations-Commission sind bereits in Nr. 86 dieser Zeitung ausführlich mitgetheilt worden. — Mireslawski ist am 8. nach Schroda abgereist. (Die von der Spenerschen Zeitung gemeldete Nachricht von seiner Abreise nach Paris ist somit ungegründet.) General Willisen gab ihm zur Beruhigung der dort aufgestellten bewaffneten Mannschaften die schriftliche Versicherung mit, daß die Militärbehörden während der Dauer der Unterhandlungen zwischen ihm und der Reorganisations-Commission nirgends Gewalt anwenden, noch die bewaffneten polnischen Schaaren angreifen werden. Sollte dies wider Verhoffen später stattfinden müssen, so versichert er, daß er davon zuvor das Comité in Kenntniß setzen wird. Die Mitglieder der Commission geben den aufrichtigen Bestrebungen und der Gesinnungstüchtigkeit des General Willisen das beste Zeugniß. — In einem leitenden Artikel spricht die Gazeta Polska ihren Unmuth über die Maßregeln der Militärbehörden und über die Deutschen aus. Sie meint darin, daß die Forderung der Polen nach nationaler Verfassung, nach Besetzung der Aemter mit ihren Landsleuten, nichts weniger als unbillig wären, indem doch die Deutschen dasselbe z. B. für Schleswig und Holstein beanspruchten, ja selbst für Elsaß und Lothringen, welche beiden Landstriche jedoch die Ansichten ihrer Landsleute nicht theilten. Ohnedies hätte der Zaar Nicolaus alles das, was jetzt den Polen in Posen vom Könige von Preußen zugesagt wäre, schon früher in bedeutend größerem Maße zugestanden. — Ein deutscher Gutsbesitzer aus dem Meseritzer Kreise protestirt in der Gazeta Polska dagegen, daß der Kreis Meseritz von Posen abgesondert und zu Preußen geschlagen werden soll. Er erklärt ferner, daß seine Ansichten in dieser Beziehung noch von einem großen Theile der Einwohnerschaft des genannten Kreises getheilt würden.

Köln, 8. April. Der Herr Finanzminister hat für Köln die Summe von 100,000 Rthlrn. angewiesen, um dadurch den Gewerbtreibenden zur Fortsetzung ihrer Thätigkeit Hülfe zu leisten. Es wird sich durch Vermittlung der königl. Handelskammer ein Comité bilden, um die zweckmäßigste Vertheilung vorzunehmen. (Köln. Z.)

Aachen, 8. April. In Betracht der augenblicklichen Geldverhältnisse ist vom Herrn Finanz-Minister zur Unterstützung der Kaufleute und Fabrikanten im Regierungs-Bezirk Aachen ein Fonds von 100,000 Thalern bewilligt worden, welcher unter den hierunter abgedruckten Bedingungen mit 40,000 Thalern in der Stadt Aachen und mit 60,000 Thalern in den übrigen Theilen des Bezirks verwendet werden soll. Die Bedingungen sind: 1) Die Verwendung des Fonds zu den Unterstützungen erfolgt durch Beleihung von zu verpfändenden Waaren, sicheren Effekten oder Hypothekar-Forderungen, so wie durch Diskontirung von Wechseln, welche nicht über drei Monate laufen und die mit Unterschriften von mindestens zwei für solide erachteten Personen versehen sind. 2) Der Zinsfuß für die aus dem Fond entnommenen Darlehen wird auf 5 Proz. festgesetzt. 3) Die Frist zur Rückzahlung des Darlehens darf nicht über drei Monate ausgedehnt werden; bei vergeblichem Ablauf der gestellten Frist und falls dieselbe alsdann nicht wieder verlängert wird, erfolgt die Veräußerung der Unterpfänder zur Deckung des Darlehns nach Maßgabe der dieserhalb bestehenden gesetzlichen Vorschriften. 4) Unterstützungen nach Maßgabe der Bestimmungen sub 1 dürfen nur solchen Fabrikanten gewährt werden, welche die bewilligten Darlehen zur Beschäftigung ihrer Arbeiter verwenden und außer Stande sind, die zu letzterem Zwecke erforderlichen Mittel anderweitig zu beschaffen. Die Mitglieder des Vorstandes des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit dürfen unter keiner Bedingung Unterstützung aus diesem Fond erhalten. 6) Bei Verwendung des Fonds ist die möglichste Sparsamkeit zu beobachten, weil keine Aussicht auf fernere Zuschüsse aus Staatsfonds gewährt werden kann. (Aach. Z.)

♁ **Aachen**, 8. April. Um den hiesigen beschäftigungslosen Arbeitern Gelegenheit zum Brodterwerb zu geben, hat die Stadt etwa 500 derselben in dem ihr zugehörenden Forst mit einem Tagelohn von 11 Sgr. Beschäftigung angewiesen. Ein geringer, den Geist der Ordnung verkennender Theil dieser Leute scheint sich nun leider der Herrschaft über ihre Kameraden bemächtigt und auch die Besseren mit sich fortgerissen zu haben. So lagerte man sich denn, statt zu arbeiten, in 30 bis 40 Mann starken Trupps an der Chaussee, ließ sich Bier und Branntwein gut schmecken und führte ein ziemliches Piratenleben. Landleuten, die aus der Stadt kamen wurde das Geld abgenommen, Fuhrleute gebrandschatzt und selbst junge Mädchen angegriffen. Der Ober-Bürgermeister Pelzer hat sich nun gestern ohne jede andere Begleitung als die zweier Staatsräthe in die Mitte dieser Arbeiter begeben und ihnen auf sehr entschiedene und ernste Weise erklärt, daß man keineswegs gesonnen sei solchen Unfug länger zu dulden und daß man Maßregeln zu einer strengeren Kontrole treffen werde. Hoffentlich wird dies wirken und die Besseren, welche doch immer den größten Theil bilden, zur Einsicht bringen. — Die Theilnahme für die Polen ist hier sehr groß. Es hat sich ein besonderes Komitee mit dem Zweck gebildet, den durchreisenden Polen freie Fahrt mit der Eisenbahn zu verschaffen und ihre Landsleute im Großherzogthum Posen, wenn es nöthig werden sollte, mit Geld zu unterstützen. Auch lag es in der Absicht einer Zahl hiesiger jungen Leute zu einer besonderen Legion zusammenzutreten, sich aus eigenen Mitteln zu bewaffnen und den Polen ihren Arm und ihren Muth anzubieten, was indessen nicht zur Ausführung gekommen ist, da die Regierung keinen Falls die Erlaubniß hierzu geben würde, indem sie ja selbst jeden Augenblick sich genöthigt sehen kann ihre waffenfähige Mannschaft unter die Fahnen zu rufen.

Deutschland.

Frankfurt, 7. April. Der permanente Ausschuß der Fünfziger hat heute Nachmittag nach länger Debatte über formelle und Nebenpunkte beschlossen, noch heute ein Schreiben an die preußische Regierung direkt zu erlassen, worin dieselbe in entschiedener Sprache aufgefordert wird, sich in Bezug der Wahlen für die konstituirende Versammlung dem von der Versammlung angenommenen Wahlgesetze anzuschließen und also durch das Volk und nicht durch die Stände wählen zu lassen. Im Nichtfalle würde der Ausschuß eine große Gefahr für Deutschland erkennen und ungesäumt die Vorversammlung wieder einberufen. (L. Z.)

Frankfurt, 8. April. In der zweiten Sitzung des Fünfziger-Ausschusses bildete den Gegenstand der Verhandlung ein Kommissions-Bericht des Herrn Dr. Wiesner über die Art, wie die sechs Oesterreicher, die dem Fünfziger-Ausschuß sich nach einem Beschlusse des Vorparlaments zugesellen sollen, zu wählen seien. Der Bericht beantragt anstatt sechs Oesterreicher deren neun zum Fünfziger-Ausschuß zuzuziehen und die Wahl derselben durch die Magistrate in den größeren Städten Oesterreichs veranlassen zu wollen. — Nach gepflogener Berathung beschließt der Ausschuß, daß nur sechs Oesterreicher zuzuziehen seien, und daß zu dem Ende von den anwesenden Mitgliedern des Ausschusses ihnen bekannte tüchtige österreichische Männer vorgeschlagen werden sollen. So wurden genannt: die Herren C. von Andriani, Dr. Schuler, Archivar in Innsbruck, Schuselka in Leipzig, Zufachi, Palazki, Bach, Advokat von Wien, Professor Hic, Dr. Kuranda, Alf. Meisner, Professor Scota in Wien, Kaufmann Tyschy in Triest, Braunschweig von Wien, Schwarzer (aus Triest) von Wien, Graf Auersperg, Joseph Kitka von Wien. — Der Ausschuß beschließt dann, daß diejenigen seiner Mitglieder, welche die obigen Namen genannt, zusammentreten und sechs aus Genannten wählen sollen. Dies geschah, und das Ergebniß ist, daß die Herren Schwarzer, Adriani, Bach, Schuler, Palazky, Schuselka zum Fünfziger-Ausschuß zugezogen werden. Dieselben sollen unmittelbar benachrichtigt und zugleich aufgefordert werden, daß sie für den Fall der Verhinderung einen Mann ihres Vertrauens als Stellvertreter zu senden berechtigt sein sollen. — Herr J. Venedey theilt einen Auszug aus einem Privatbriefe von Dr.

Schulz mit, in dem diesem aus Straßburg geschrieben wird, daß dort eine mißverstandene Aeußerung des Abgeordneten Welcker die größte Aufregung veranlaßt habe. Bei Gelegenheit der Verhandlung des Beschlusses, durch den das Vorparlament die Zuziehung von Abgeordneten aus Posen zur konstituirenden Versammlung abwies, sagte der Abgeordnete Welcker, daß es eben so wenig zu rechtfertigen sein würde, wenn man Posener zur konstituirenden Versammlung, als wenn man Elsaß und Lothringen mit hinzuziehen wolle. Diese Aeußerung wurde in Straßburg so ausgelegt, als ob in der Paulskirche Rede davon gewesen, Elsaß und Lothringen zur konstituirenden Versammlung einzuladen. Der Brief deutet die Gefahr an, die aus einem solchen Mißverständnisse hervorgehen kann. — Herr Venedey fragt, ob es nicht räthlich sei, in dieser Beziehung irgend einen Schritt zur Aufklärung und Beruhigung zu thun. Die Versammlung aber beschließt, zur Tagesordnung überzugehen, nachdem in der Verhandlung sich klar genug herausgestellt, daß nur von einem Mißverständniß die Rede, welches sich bald genug von selbst aufklären werde. — Der stellvertretende Vorstand Abegg macht dann darauf aufmerksam, daß zwischen dem Bundesbeschlusse, der die Wahl zum ersten Parlament anordnet, und den Beschlüssen des Vorparlaments über diese Wahl sehr wesentliche Widersprüche bestehen.

1) Der Bundes-Beschluß fordert 1 Abgeordneten auf 70,000 Seelen.
Das Vorparlament hat dagegen 1 Abgeordneten auf 50,000 Seelen beschlossen.
2) Im Bundes-Beschluß soll die Wahl auf verfassungsmäßigem Wege stattfinden.
Nach dem Beschlusse des Vorparlaments muß die Wahl unmittelbar und sofort stattfinden, was nicht immer verfassungsmäßig möglich sein wird.
3) Der Bundes-Beschluß spricht nur von sämmtlichen dem deutschen Staaten-Systeme angehörigen Ländern.
Das Vorparlament hat beschlossen, zugleich Schleswig, Ost- und Westpreußen mit zur konstituirenden Versammlung zu ziehen.

Der Ausschuß, beauftragt, nach reiflicher Berathung den Vorstand und die beiden Stellvertreter unmittelbar beim Bundestage die nöthigen Schritte zu thun, um diese Aenderungen zu veranlassen (s. den Artikel Berlin unter ständische Angelegenheiten.) — Auf den Antrag des Abgeordneten Güllich aus Schleswig wird dem Vorstande und den beiden Stellvertretern zugleich der Auftrag ertheilt, die unmittelbare Aufnahme Schleswigs in den Bund zu betreiben. — Die Sitzung wurde um 8 Uhr geschlossen. (Frkf. Bl.)

Deutsche!

In wenigen Wochen wird eine freigewählte constituirende National-Versammlung unserem Vaterlande eine Verfassung geben, welche die unveräußerlichen Volksrechte, welche Freiheit und Wohlstand für immer begründen soll. Ganz Deutschland sieht mit Spannung dem großen Zeitpunkte entgegen; es bedarf zu diesem Werke vor Allem der Ruhe und Ordnung.

Dennoch ist in verschiedenen Theilen des Vaterlandes die Sicherheit der Person und des Eigenthums angetastet, der freie Verkehr durch Zerstörung von Eisenbahnen und Dampfschiffen gehemmt worden.

Solche Friedensbrüche wirken der Erringung der Freiheit feindlich entgegen, sie führen zur Anarchie, und diese war oft schon das Grab der Freiheit. Die Geschichte beweist es, ein in Anarchie versunkener Staat wird leicht der Raub eines kühnen, gewaltigen Menschen, den Zeiten der Gewalt noch immer geboren.

Männer Deutschlands! Im Namen der großen Versammlung der Volksfreunde, die uns verpflichten, sprechen wir zu Euch, wir sprechen im Namen von Millionen deutschen Brüdern, die eins mit uns sind in der Begeisterung für die heilige Sache des Vaterlandes.

Haltet fest zusammen, nichts darf Eure Einigkeit, nichts Euern Eifer, Euer Wirken für die Freiheit stören, selbst die Frage, ob Republik, ob Monarchie, darf Euch nicht trennen: denn nicht die Form, sondern das Wesen einer Verfassung ist es, was die Bürgschaft der Freiheit in sich trägt.

An Euch auch richten wir unser Wort, die Ihr der Ordnung und dem Eigenthume den Krieg erklärt habt. Glaubt Ihr die Freiheit zu fördern, indem Ihr sie aufhebt, glaubt Ihr für den Wohlstand Aller thätig zu sein, indem Ihr das Eigenthum Einzelner zu Grunde richtet, glaubt Ihr Quellen des Erwerbs zu öffnen, indem Ihr Verkehr und Handel lähmet? Laßt ab von Eurer Verirrung, schließt Euch den wahren Freunden des Vaterlandes an, die für unseres Volkes Ehre und Freiheit Alles zu opfern bereit sind.

Ihr insbesondere, deutsche Jünglinge und Wehrmänner, seid eingedenk, daß Ihr die Waffen tragt zum Schutze der Freiheit gegen innere und äußere Feinde, seid eingedenk der großen Aufgabe der Zeit. Ihr habt die Kraft, jede Unordnung zu verhindern, die Wiedergeburt unseres Vaterlandes hemmend entgegentritt; schaart Euch zusammen, bildet eine Schutzwehr dem Rechte und der Freiheit, sie wird unüberwindlich sein und Deutschlands große Zukunft fest und sicher stellen.

Frankfurt a. M., den 6. April 1848.

Namens des Fünfzigerausschusses.
Soiron, Vorstand.
Simon, Schriftführer.

An das deutsche Volk!

Deutsche!

Euch Allen, die Ihr deutsche Lande bewohnt und ein deutsches Herz im Busen tragt, Euch Allen gilt unser Ruf. Hört auch Ihr es, Männer in Schleswig, in Ost- und West-Preußen, bisher durch Diplomatenkünste von uns getrennt, jetzt mit uns innig verbundene Brüder! Unser deutsches Vaterland muß einig, groß, frei werden. Das ganze deutsche Volk will es, und was ein Volk will, geschieht.

Männer des öffentlichen Vertrauens haben in Frankfurt sich vereinigt, die Ausführung des Volkswillens vorzubereiten.

Nicht aus regelmäßigen Wahlen hervorgegangen, haben sie es für Pflicht erachtet, eine constituirende Nationalversammlung zu berufen und dieser einzig und allein die Bestimmung der künftigen Verfassung Deutschlands zu überlassen.

Das ganze deutsche Volk muß in der National-Versammlung vertreten sein. Kein Unterschied des Standes, des Vermögens, des Glaubens wird die Freiheit der Wahlen beschränken. Jeder volljährige, selbstständige Staatsangehörige ist in seinem Lande Wähler, in ganz Deutschland wählbar.

Als Grundlage des Volkswohls hat die Versammlung anerkannt:

Unbedingte Freiheit der Meinungsäußerung,
Glaubens- und Gewissensfreiheit,
Vereinigungsrecht,
Schutz der persönlichen Freiheit,
Unabhängigkeit der Rechtspflege und Schwurgericht,
Schutz der arbeitenden Klassen,
Gerechte Vertheilung der Staatslasten,
Selbstständigkeit der Gemeinden,

mithin volle Gewährung dessen, was die Gerechtigkeit gegen Alle, die Unterordnung des Einzelnen unter das Gesammtwohl und die freie Entwickelung des Volksgeistes fordern.

Zum Schutz dieser höchsten Güter, und damit nie mehr der Einzelwille dem Gesammtwillen sich widersetzen könne, hat die Versammlung

Allgemeine Volksbewaffnung

beschlossen.

Wehrhaft und gerüstet müssen wir auch gegen äußere Feinde dastehen. Die Versammlung hat Schleswig, Ost- und West-Preußen in den deutschen Bund aufgenommen, hat die Schmach der Theilung Polens von Deutschland abgewälzt und dem deutschen Volke die Pflicht auferlegt, dahin zu wirken, daß dem Polen das Vaterland zurückgegeben werde. Was immer aus diesen Beschlüssen folge, Deutschland ist stark genug, die Folgen auf sich zu nehmen. Der Geist der Eintracht, die allgemeine Wehrhaftigkeit sind Bürgschaft des Sieges.

Männer Deutschlands! Ihr wißt jetzt, was geschehen, was bevorsteht. An Euch ist es, zu vollenden, was die Versammlung, in deren Namen wir zu Euch sprechen, begonnen hat. In ihrem Namen fordern wir Euch auf, in Ernst und Ordnung an das Wahlgeschäft zu gehen, zu der National-Versammlung Männer zu entsenden, schlicht und bieder, Männer, die vor den Augen des Volks bekundet haben, daß ihnen das Gesammtwohl höher steht als jedes Sonderinteresse, die Gerechtigkeit höher als Standesrücksichten und Vorurtheile, die Wahrheit höher als der Sieg der eigenen Meinung.

Bedenkt, was in Eure Hand gelegt ist! Bedenkt, daß Eure Väter auf Euch sehen, daß Eure Enkel dereinst von Euch Rechenschaft fordern, wie Ihr den großen Augenblick zum Heile des Vaterlandes benutzt habt. Seid einig, seid wachsam und thätig! Ruhet nicht, bis das große Werk: Ein einiges freies Deutschland, vollendet ist.

Frankfurt a. M., 6. April 1848.

Der Fünfziger-Ausschuß.
Soiron, als Vorsitzender.
Simon, als Schriftführer.

Stuttgart, 6. April. Heute sind die ersten Polen von Frankreich aus hier eingetroffen, um über Nürnberg und Glogau ihrem Vaterlande zu Hülfe zu eilen. Es hat sich sofort in der Stadt ein Polen-Comité gebildet.

Karlsruhe, 7. April. Die heutige Sitzung, fast ganz ausgefüllt durch eine Verhandlung über den Beizug von Truppen des 8ten Armee-Corps zum Schutze der ausgedehnten Landesgrenze gegen Einfälle aus Frankreich und der Schweiz, schloß mit dem vollständigen Siege echt deutscher Gesinnung, mit der Niederlage der Spaltungsversuche, mit einem Beschlusse der großen Mehrheit für Billigung der Maßregel zu unserem Schutze gegen fremden Ueberfall. Brentano stellte den Hülfszug deutscher Waffenbrüder als einen Einmarsch fremder Truppen dar, welcher einen sehr übeln Eindruck gemacht habe, und verlangte von der Regierung eine offene Erklärung über die Absicht. Der Staatsrath Bekk erwiderte, die Absicht sei die Selbsterhaltung des Landes, es sei auffallend, wie man jetzt, wo Deutschland von der Idee der Einheit belebt sei, deutsche Truppen als fremde bezeichnen könne; er setzte auseinander, wie die badischen Streitkräfte nicht hinreichend seien, um die lange Grenze gegen Frankreich und die Schweiz und außerdem die Festung Rastatt zu besetzen; er gab genauere Auskunft über die Bewegungen der Deutschen in Frankreich und der Schweiz, so wie Andeutungen über ihre Verzweigungen im badischen Lande. Hecker erhob sich für die Ansicht von Brentano, suchte die Gefahr von Außen als eingebildet darzustellen, und die Besorgnisse vor einer Reaktion im Innern hervorzuheben. Welte und Itzstein schlossen sich an, doch nur bedingt und in gemäßigter Form. Mathy sprach in zwei ausführlichen Vorträgen gegen Hecker und Brentano; Zittel, Meyer, Blankenhorn, Stößer, Straubbaum u. A. vereinigten sich mit ihm, und die Kammer sprach mit allen gegen 7 Stimmen ihre Beistimmung zu den Maßregeln zum Schutze der Landesgrenze aus. Zugleich aber wurde gewünscht, daß dieselben nicht länger als nöthig, keinenfalls länger als bis zur vollendeten Organisation der Bürgerwehr dauern, daß eine Erklärung über die Art und Weise und die Nothwendigkeit der Schutzmaßregeln veröffentlicht werden, und daß der Kammer über den moralischen Zustand der badischen Truppen Auskunft gegeben werden möchten. Zahlreiche Deputationen, welche hierher gekommen waren, um den Rückzug der „fremden" Truppen zu verlangen, wohnten der Sitzung bei, und die Meisten schienen durch die Aufschlüsse über die Nothwendigkeit des Schutzes befriedigt. Näheres morgen. (Deutsche Ztg.)

Bremen, 8. April. Gestern sind 1200 Mann oldenburgischer Infanterie hier eingerückt, um an die Elbe zu gehen; in den nächsten Tagen werden weitere Truppen folgen. Es sind kräftige, gut eingeübte Leute, die vor Verlangen brennen sich in Schleswig mit dem Feinde zu messen. Wie man vernimmt, soll es mit der Ausrüstung der Artillerie in Oldenburg nicht so bestellt sein, wie man wünschen muß; es fehlt an neuen Geschützen, sogar Lafetten sollen in nicht genügender Anzahl vorhanden gewesen sein.

Hamburg, 7. April. Ein hiesiges Blatt giebt die Summe des kaufmännischen Vermögens unserer Stadt bei den Geschäftsverbindungen in den Herzogthümern und Dänemark auf circa 30 Millionen an; da diese merkantilischen Beziehungen so enger und vielfach verzweigter Natur, ist natürlich die jetzt eingetretene Störung eine sehr empfindliche. Hoffentlich wird aber schon der Patriotismus unsere Kaufleute anregen, diese Periode muthig durchzumachen.

Oesterreich.

♉ **Wien**, 10. April. Die Hofpartei ist jedenfalls der Meinung, den Sturm, der sich in Böhmen erheben zu wollen scheint, durch die Ernennung Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs Franz Joseph, des 18jährigen Prinzen des Thronfolgers, zum Oberstburggrafen noch beschwören zu können. Wir glauben indeß, daß diese blos dynastischen Mittel gegenwärtig als abgenützt zu betrachten sind und die czechische Partei mit ihren separatistischen Tendenzen sich keineswegs durch die Sendung eines Prinzen nach Prag wird befriedigen lassen, zumal die Mission des Erzherzogs Stephan nach Böhmen nur darum eine verfehlte war, weil in Böhmen die Institutionen fehlten, die ihm in Ungarn ein energisches Verfahren ungemein erleichterten. — Die polnische Deputation, die Fürsten Lubomirsky und Szengusko an der Spitze, las dem Kaiser in der Hofburg ihre Petition vor, doch schon bei den ersten Worten fiel der Oberzeremonienmeister dem Sprecher in die Rede und sagte, Se. Majestät sei durch dringende Regierungsgeschäfte verhindert und wolle die Bittschrift selbst lesen. Die Deputirten jedoch erklärten, daß sie gekommen seien, dem Kaiser ihre Wünsche und die Bedürfnisse des Landes vorzutragen und nicht weichen würden, bis sie vollendet. Der Kaiser nickte Beifall und der Sprecher las weiter. Die Galizier wollen vorerst das, was die Krone Preußen in Posen bereits gewährt hat, eine vollständige nationale Reorganisation des Landes. Es ist kein Zweifel mehr, daß den Galiziern ihre Forderungen werden vollkommen bewilligt werden, obschon Rußland Alles aufbietet, dieses Zugeständniß von Seiten Oesterreichs zu verhindern, und da durch die beabsichtigte Reorganisation Posens und Galiziens auf der Basis der Freiheit und Nationalität die russische Herrschaft in Polen den Todesstoß erhält. Der Kaiser von Rußland hat beim hiesigen Kabinet anfragen lassen, ob eine in Galizien einrückende russische Armee daselbst von Seite der österreichischen Behörden als Freund oder Feind behandelt werden würde; die hiesige Antwort ist entweder noch nicht ertheilt, oder bisher unbekannt geblieben. Ein russisches Bündniß ist in diesem Augenblick eine reine Unmöglichkeit, weil es sofort einen Aufstand in der Hauptstadt zur Folge haben würde.

Ein rührender Anblick war es, als die polnische Deputation nach der Hofaudienz in der Universitätsaula erschien, um die Studenten zu begrüßen. Fürstin Sepieha erbat sich mit ihren Kindern den Zutritt und sie vergoß heiße Freudenthränen bei den sympathischen Ausbrüchen der feurigen Jugend für Polens glänzende Zukunft. Diese heldenmüthige Frau, die eine lange Leidensschule durchgemacht, sieht endlich den Moment herankommen, wo ihr Vaterland aus langer Knechtschaft sich erhebt. — Aus Pesth erfährt man, daß in den Donaufürstenthümern Unruhen ausgebrochen sind, die den russischen Absichten nur günstig sein können. Fürst Bibesko und sein Anhang wurden verjagt, die Serbier vertrieben die türkische Besatzung aus Belgrad.

** **Wien**, 10. April. Gestern waren die Hof-Equipagen für IJMM. den Kaiser und die Kaiserin zum Landungsplatz abgefahren und die Nationalgarde aufgezogen, als nach Eingang einer Depesche aus Preßburg, daß die Reichstagssitzungen noch nicht ganz beendet seien, die Abreise aufgeschoben wurde. — Wir haben auch noch vergangene Nacht erneuerte Krawalle gegen das Kloster der Schotten erlebt. — Das Benehmen der Nationalgarde ist indessen fortwährend vortrefflich. — Die kaiserl. Entschließungen auf die meisten Bitten der böhmischen Deputation sind erfolgt, und vom 8ten datirt. — Gleichzeitig erfolgte das Handbillet wegen Ernennung des Erzherzogs Franz Josef zum Landes-Chef in Böhmen. — Die heutigen Berichte aus Krakau vom 8ten lauten sehr beunruhigend. Es sind bereits gegen 40,000 Russen (?) in der Gegend an der Grenze aufgehäuft. Eben so viele sind an der Grenze von Preußen vorgeschoben. Bei Brody stehen dagegen kaum 4000 Mann. Indessen flüchten sich schon viele deutsche Familien in das Innere. Die Konzentrirung unserer Nordarmee in Schlesien hat bereits begonnen. Aus den Provinzen nichts Neues. — Die Börse war heute belebt; die Course der Staatspapiere haben ihren Stand von vorgestern behauptet; Bankactien und Eisenbahnen-Actien erfuhren Nachfrage und stellten sich etwas beliebter.

** **Wien**, 10. April, Nachmittag. Der erst vor Kurzem zum Banus von Kroatien und General-Major ernannte Baron Jellachich wird Feldmarschall-Lieutenant und kommandirender General in Agram. Der bisherige kommandirende General von Kroatien, Graf Auersperg, wird pensionirt. — JJ. MM. der Kaiser und die Kaiserin sind heute Nachmittags 3 Uhr nach Preßburg abgereist.

⊙ **Preßburg**, 9. April. Wir können aus sicherer Quelle die Mittheilung machen, daß man im Wiener Kabinet die Lombardei aufgegeben und demgemäß an die dahin marschirten neuen Bataillone Contrebefehl ergehen ließ. Dadurch fällt auch die Rekrutenaushebung, mit welcher man Ungarn bedenken wollte, von selbst weg, und sie wird daher beim Landtag gar nicht zur Sprache kommen. Morgen kommen aus Wien der König und die Königin, der Erzherzog Franz Karl und sein Sohn Franz Joseph, sowie auch der Erzherzog Stephan. Der Hof soll hier fünf Tage verbleiben wollen und hierauf auch Pesth und andere Städte mit seinem Besuch beehren. In Pesth war der König noch nicht seit seiner Thronbesteigung. Obgleich derselbe sich hier alle Festlichkeiten verbeten hat, so werden doch solche in großartiger Weise vorbereitet. Aus allen Nachbarstädten haben sich Deputationen in glänzenden Uniformen der Nationalgarde eingefunden.

☽ **Prag**, 9. April. Unsere Deputation ist noch immer nicht von Wien zurück und man hegt darum gerechte Befürchtungen. Der Adel hat hier unterdessen ein vorbereitendes Landtagskomité zusammengesetzt, größtentheils aus Aristokraten, reichen Gutsbesitzern, von denen wir wenig Heil zu erwarten haben. Unsere Mauerplakate fallen dem Style nach wieder in den alten beliebten Ton, Oberst Haase der Nationalgarde sprach neulich sogar von Anwendung der Waffengewalt. Bravo Herr Kommandant, Bürger gegen Bürger. So eben wird uns definitiv verkündet, daß der präsumtive Thronerbe, Prinz Franz Josef, 17 bis 18 Jahr alt, als Statthalter nach Böhmen kömmt, daß ein selbstständiges Ministerium zusammengesetzt wird; man nennt Hofrath Klezanski, Graf Lazanski, Graf Thun und Graf Albert Nostitz; unser Gouverneur Graf Stadion soll abdanken. Man scheint sich bei uns ohne Aristokratie einmal durchaus nicht behelfen zu können. — Am 7. April gab die Universität einen großen Fackelzug vom Karolinum aus bis auf die Brücke, es war der 500jährige Stiftungstag der Universität. Morgen ist im Wenzelsbade eine große Volksversammlung, bei welcher wichtige Punkte zur Sprache kommen werden, worüber morgen mehr.

* **Lemberg**, 7. April. (Gazeta Lwowska.) Am 5. d. M. fand in Lemberg eine Versammlung der galizischen Landstände statt, in der die Wahl der Deputirten zu den am 10. in Wien beginnenden Berathungen der Abgeordneten sämmtlicher Provinzen des Kaiserstaates vorgenommen wurde. Der Gouverneur, Graf Stadion, eröffnete die Versammlung, theilte den Grund ihrer außerordentlichen Zusammenberufung mit, und sprach sich, auf den Vorschlag des Herrn Alexander Fredro, daß die zu wählenden Abgeordneten die in der Petition vom 19. März ausgesprochenen Grundsätze als Norm anzunehmen haben, dahin aus, daß die Abgeordneten weder das Land noch die Stände zu repräsentiren, und überhaupt kein Mandat anzunehmen, sondern nur ihre persönlichen Ansichten in Wien auszusprechen haben. Hieraus nahm die Versammlung Veranlassung mit überwiegender Majorität sich dahin zu erklären, daß die Abgeordneteu wenigstens ihre Gesinnung zu repräsentiren haben, und daß diese den Forderungen des Landes nicht entgegen sei. Es wurden nach einer längeren Diskussion die Herren Titus Dzieduszycki, Moritz Kracinski und Leon Sapieha zu Abgeordneten gewählt.

Krakau vom 17. März bis 8. März.

Die Zeit ist für Jedermann heute zu kostbar, um andere Berichterstattungen, als die von Thatsachen in kurzen Zügen zu wünschen. Deshalb hebe ich die sehr gewichtige Tagesgeschichte Krakaus in der oben bezeichneten Zeit nur in kurzen Notaten hervor. Mag dieses Bild, in leichten Konturen hingeworfen, eine Mahnung für alle Völker sein, die frei sein wollen!

Den 17. März versöhnt die erzwungene Freilassung der Gefangenen alle Gemüther. Die Konstitution wird von Wien aus proklamirt. Ueberschwengliche Freiheitshoffnungen erwachen in der polnischen Bevölkerung. Man trägt die Nationalfarben, bildet politische Klubbs und beräth das Wohl des theuren Vaterlandes. An Uneinigkeit fehlt es nicht unter den verschiedenen Parteien, von denen der Jakobinismus nicht weniger, als der einschläfernde Konservativismus vertreten wird. Krakau, das in Folge des auf dasselbe eklatant ausgeübten Metternichschen Druckes eine politisch seltene Taktlosigkeit stets besessen hat, kann das Partikular-Interesse des vorigen winzigen Freistaates in nuce dem der Universalität nicht unterordnen. Man übersieht, daß, dem eigenen Heile und den Augen Europa's gegenüber, jegliches Auftreten nur auf „Wiederherstellung Polens" zu richten sei. Da tritt Amnestie für alle Diejenigen ein, welche einen ehrenvollen Tod einem schmachbeladenen Dasein vorzogen. Ein Theil der Emigranten und Gefangenen kehrt zurück. Sie verbreiten die richtige politische Ansicht. Gleichzeitige Kämpfe gegen die Tyrannei, namentlich in Berlin, befestigen diese Ansichten. Alles — die freiheitsgefährlichen Geldsäcke, welche „Ruhe und Ordnung um jeden Preis, selbst um den der Knute wünschen," zählen unter Menschen nicht mit — verlangt die Wiederherstellung Polens. Eine aus Fürsten, Bürgern und Bauern bestehende Deputation wird dieserhalb von Seiten Galiziens und Krakaus nach Wien entsendet. Man hält auf der Straße die freisinnigsten Ansprachen an das Volk und jubelt Tag und Nacht in Worten, Liedern und Musiken. Zumal die Heimkehrenden flößen der Einwohnerschaft den Muth ein, sich so frank und frei zu bewegen, als wäre die Freiheit auch hier entfesselt. Graf Deym fährt nach Wien, angeblich um bei Hofe für Polen zu wirken. Selbst der Aengstliche gewinnt Muth, Jedermann trägt die Nationalfarben und glaubt sich nicht mehr von Spionen beobachtet. — Altes Unrecht, schmähliche Schandthaten der Väter werden heute die daran unschuldigen Söhne sühnen; so träumt man.

Dem österreichischen Militär- und Beamtenstande — sehr wenige ehrenhafte Personen ausgenommen — mangelt jede Freisinnigkeit für die Segnungen einer Konstitution. Konsternirt und mit verhaltenem Ingrimm nehmen sie Glückwünsche an, denn eine gouvernementale Erziehung ohne Gleichen vermetternichte und vergiftete in ihnen das von der Natur verliehene Pfund der Beurtheilung über Recht und Unrecht. Dennoch prahlend mit den großsinnigen Gewährungen „des allgütigen Kaisers" sprechen sie, den Verstebungen der polnischen Bevölkerung gegenüber, von Undank und Anmaßung. — Die Behörden indeß zeigen sich, die Zeitverhältnisse erwägend, mild und nachgebender denn je. Es bildet sich ein polnisches Comité, welches der die Stelle des Grafen Deym vertretende Baron Krieg auflöst, später, durch eine bedrohliche Demonstration dazu veranlaßt, ohne beschränkende Bedingungen gestattet, schließlich aber unter dem Vorgeben für ungesetzlich erklärt, daß er nur ein Bürger-, nicht ein National-Comité, welches seine Amtsgewalt bis zum San-Flusse ausdehnen wolle, genehmigt habe. Dieses wankelmüthige, Mißtrauen erregende Verfahren erregt die Gemüther. Man befürchtet außerdem von Seiten Oesterreichs Reaktionen und glaubt sich hierzu durch die Betrachtung berechtigt, weil 1) der kommandirende General die Einwohnerschaft mit dem russischen Popanz schreckt und erklärt, sobald sich der geringste Widerstand gegen seine Befehle erweisen würde, überlasse er die Stadt den Russen; 2) österreichische Beamte nicht nur in Galizien, sondern auch bereits im Krakauischen die Bauern auf eine Meuterei gegen die Edelleute vorbereitet haben; 3) dieselben Beamten den Bauern die polnischen Kokarden im Namen des Kaisers unter derartigen Aufklärungen über den Sachverhalt angeheftet haben, daß die Bauern die Kokarden sich abrissen und mit Füßen traten; 4) die übertriebensten Gerüchte über den Anmarsch von russischen Truppen absichtlich verbreitet worden; 5) weil eine Regierung, welche nur eben den Staatsangehörigen freie Institutionen gegeben hat, gegen das von der Knechtschaft sich losringende Italien Truppen sendet und sogar das mit diesen freien Konzessionen beschenkte Volk schimpflicher Weise Freikorps zu gleichem Zwecke sammelt; 6) weil ohngeachtet der Preßfreiheit die Presse unfrei und speichelleckend sich gebehrdet; 7) weil trotz der verheißenen Konstitution bis heute kein Akt der Freisinnigkeit emanirt worden; denn daß ein k. Erlaß das Polizei-Ministerium aufhebt und die Polizei unter das Ministerium des Innern mit dem Bemerken stellt, dieselbe habe sich nunmehr nur mit der Sicherstellung der Ruhe und Ordnung zu befassen, ohne sich um die inneren Vorgänge in den Familien zu kümmern, macht den bisherigen Spionir-Staat noch immer nicht zu einem Rechtsstaat, wohl aber zu einem Polizeistaat und beweist nur, wie Oesterreich mindestens um 50 Jahre hinter ganz Deutschland noch heute zurück ist; 8) weil Preßfreiheit ohne Geschwornen-Gerichte ein Unding ist; 9) weil eine Nationalgarde, wie die Wiener, welche unter Befehl eines Militärkommandanten steht, eine Scheinwache ist; 10) weil dort die Munizipalfreiheit fehlt. So lange diese Stützen nicht vorhanden sind, hat Oesterreich keine Garantien für die nächste Zukunft, so lange bleibt das Heft der Regierung in den Händen der berüchtigten Reaktionspartei, so lange bleiben alle Versprechungen hohle Phrasen; 11) ist Fiquelmont Minister-Präsident, diese russisch-metternichsche Kreatur; 12) haben in Krakau, freilich mißlungene, Versuche stattgefunden, in den Druckereien die eingesendeten Aufsätze durch Regierungsbeamte beschneiden zu lassen; 13) verdächtigen die stets sich wiederholenden Mahnungen in den Wiener Blättern zur Mäßigung im Gebrauch der Presse, die leider Gottes so lammfromm und so voller Sorgen über die Form der Knöpfe an der Bekleidung der Nationalgarde ist, die Absichten der Regierung auf das Entschiedenste; 14) sind gleicher Weise die bedeutenden Truppensendungen nach Wien und — nach Krakau gerade nicht Vertrauen einflößend.

Diese und unzählige andere Betrachtungen mußten in der hiesigen Bevölkerung ein Mißtrauen erwecken, das stellenweise durch russisches Gold verstärkt, heute zu so bedrohlicher Stellung gegen die bestehende Macht erwachsen mußte, daß ohngeachtet aller Vernunftgründe, die von Seiten Gemäßigter, so auch von dem seit einigen Tagen hier anwesenden berühmten Professor der Philosophie Trentowski, dem Freunde des edelen Marcinkowski, in öffentlichen Versammlungen gegen jeden Gewaltschritt gepredigt werden, die Ruhe Krakaus gefährdet scheint. Heute Nacht, den 8. April, haben Verschanzungen auf dem Schlosse Seitens des Militärs nach der Stadtseite zu Statt gefunden, mehre tausend Mann sind im Anmarsch auf die Stadt und werden in den Häusern einquartirt, die Familien der Militärs und Beamten sind fast alle bereits abgereist, so auch etliche reiche polnische Familien.

Polen! Ihr fragt, gegen Wen diese kriegerischen Vorkehrungen getroffen werden? Meine günstigste Antwort lautet: Nicht weniger gegen das nahe Rußland, als gegen Euch. — Wie stets, so auch diesmal, hat hier, gleichwie in Posen bei der so plötzlichen Erschütterung einer fluchwürdigen Regierungs-Politik das gesammte Beamtenheer in dem entscheidenden Augenblicke, selbstsüchtig wie immer, nur an sich, nur an die Sicherstellung der eigenen Person gedacht; und kaum ist bei der bisherigen Perfidie der Staatenmaxime von diesen Männern ein Handeln im wahren Interesse des Volkes zu erwarten. So gewährte ihre Angst in jenem Momente Alles, wonach das unglückliche Polenvolk in so vielen Jahrzehnten vergeblich schmachtete. Heute aber, nachdem es wieder möglich geworden, aus Kanonenläufen Pillen gegen den jugendlichen Freiheitsaufschwung zu schleudern, sollen die alten Fesseln dem gedrückten Volke von Neuem angelegt werden. — Baron Krieg verbietet heute jede Versammlung, sowie das Betreten der Straße nach 10 Uhr Abends und das Spionirsystem, das freilich noch nicht ruhte, hebt wieder ungescheut sein giftiges Haupt. Wird das bewaffnete Volk, welches ungestraft wenige Tagen dem Gedanken, es sei endlich von nichtswürdiger Knechtschaft erlöst, schwelgen durfte, wird es, frage ich, sich diesen Beschränkungen ohne Blutvergießen unterwerfen? Es ist viel, sehr viel verlangt! Aber Polen, ich beschwöre Euch bei Eurer künftigen Freiheit, ich beschwöre Euch bei den Sympathien Deutschlands, noch ein Mal rafft Eure ganze Kraft zusammen, um Euch selbst zu besiegen. Noch ein Mal — es ist das letzte Mal — bekämpft die mächtigen Gefühle, die Eure Brust heben und Euer Inneres kochen macht! Es ist der größte Sieg, den Ihr je errungen habt, den Ihr je erringen könnt! Eure erhabene Selbstverläugnung, die Ihr in Noth, in Ketten und Kerker seit traurigen Jahrzehnten für „Eure Mutter" so glorreich bewiesen habt, nur noch kurze Zeit seid ihrer Herr!

Denn, glaubt meinen brüderlichen Worten, die eben nur erweckte Sympathie Deutschlands für Eure gerechte Sache wird in dem Augenblicke als junger Schößling ersterben, in welchem Ihr in Galizien oder in Posen Eure Befreiung mit den Waffen erzwingen wollt! Es bedärf zu Eurer Freiwerdung keiner Gewalt!

Deutschland, sollte auch Oesterreich nicht einstimmen, garantirt Euch Eure Freiheit! Zu wenig seid Ihr damit bekannt, wie eine niederträchtige Fürstenpolitik von früher Jugend an in unsern Herzen Haß und Mißtrauen gegen alles Fremdländische, so auch gegen Euch durch erkaufte Lehrer einpflanzen ließ, zu wenig erwägt Ihr, wie hoch hiernach unsere Sympathien für Euch anzuschlagen seien und wie leicht andrerseits solche Euch entzogen werden können. Die politisch-wahrhaft Gebildeten, die Vorurtheilsfreien werden freilich jedes Mittel, das Ihr zu Eurer Befreiung anwendet, billigen; nicht so der mehrzählige Volkshaufe. Dieser würde, wie ein Mann, gegen Euch Partei nehmen, wolltet Ihr nicht friedlich diese Lebensfrage in Galizien und in Posen lösen. — Das System der Gewalt um den Absolutismus, das Militärprinzip, ist in Preußen begraben, um nie wieder aufzuerstehen. Und auch in Oesterreich ist nicht alle Hoffnung verloren, daß gleiches Schicksal dem Metternichschen Verdummungsprinzip wiederfahre. Auch das österreichische Volk, welches gleich andern unfreien Völkern, durch den von dem Staate überwachten und aufgezwungenen Religionsunterricht, der jede gesunde Herzensregung jesuitisch vergiftete, verteufelt unklare Begriffe über das Mein und Dein hat, wird die Wahrheit nicht länger verkennen, daß, wenn der Vater ein Dieb gewesen ist, der Sohn zur Herausgabe des Gestohlenen an den Bestohlenen ohne beschränkende Modalitäten moralisch verpflichtet ist. — Erst gieb heraus, was nicht Dein ist, und warst Du so lange im Besitz, so wird der Empfänger Deine That als die eines ehrlichen Mannes anerkennen und — gegen Dich und Deinen Bruder mindestens nicht unerkenntlich sein! Handelt Ihr Deutschen anders, so wüthet Ihr gegen Euer eigen Fleisch und Blut!

Und Ihr, Polenbrüder, noch ein Mal gebt meiner Stimme Gehör! Ueberwindet Euch selbst und erwartet den Zeitpunkt, in welchem Ihr Eure Leiber um den Preis der Freiheit den söldnerischen und gedankenlosen Schießmaschinen entgegenstellen müßt. Heute thut Solches noch nicht Noth, sondern es wäre eine klaffende Wunde, die Ihr Euch selbst schlüget. Bewahret Deutschlands Sympathie um jeden Preis!

Fügt Euch daher möglichst den Anordnungen, welche die Regierungen in Posen und hier treffen; die Waffen legt bei Seite, aber gebt sie nicht von Euch! Und Eure Freiheit wird tagen. — Hoch lebe Polen!

Ein Deutscher, Euer Bruder.

Mailand, 1. April. (Abend-Bülletin der provisorischen Regierung.) Die Kolonne Vicari und Simonetta, welche sich seit dem 20. in Brescia befand und die brüderlichste Aufnahme erhielt, beabsichtigte gestern bis nahe Lonato vorzurücken. Lonato, Castenedolo, Montechiaro und Padenghe waren noch immer von den Oesterreichern besetzt, die an der Brücke von San Marco fuł Chiese Posto gefaßt hatten. Aus ähnlichen Bewegungen ist zu vermuthen, daß es ihre Absicht ist, Zeit zu gewinnen, um sich bei Verona zusammenzuziehen, indem sie Peschiera wie einen befestigten Vorposten halten. Die Unsrigen nahmen sich vor, sie auf der Brücke anzugreifen. An der Bergkette gegen Salo stand ein Corps Schweizer. Inzwischen streben die Piemonteser Milizen, von den edelsten Gefühlen glühend, von allen Seiten den Feind zu umgehen und wie in einem Netze zu verstricken. Die 8000 Mann, die vor zwei Tagen in Pontevico waren, zogen gestern Abend, vom General Wallmoden geführt, in Mantua ein. In der That zeigte ein Kurier an, daß er nicht weiter, als bis Marcaria kommen konnte, indem alle Orte zwischen San Martino dell' Argine und jener Stadt von recognoscirenden Feinden überschwemmt seien. 200 italienische Freiwillige, geführt von der Fürstin Belgiojoso, verließen zu Genova das Dampfboot Virgilio, um an dem Befreiungskriege Theil zu nehmen, indem sie eine Proklamation einreichten, welche die feurigste Vaterlandsliebe athmet. — Dasselbe Schiff brachte die Nachricht, daß der österreichische Gesandte Neapel verlassen habe. Auch von Genf, sagt man, seien 800 Freiwillige abgegangen, die für die Befreiung Italiens kämpfen wollen. — Wir sahen einen Brief vom gestrigen Datum aus Brescia, der für gewiß sagt, daß der ehemalige Polizei-Direktor Tersani in Villa Sabbia gefangen genommen wurde, während er nach Tyrol wollte. Amtlich widerrufen wird das Gerücht, daß der englische Minister zu Turin gegen das Einrücken des sardinischen Heeres in der Lombardei protestirt habe. — Der letzte Kurier bringt die Nachricht, daß die Oesterreicher 4 Miglien über Brescia waren, jenseits S. Eufemia. Eine Abtheilung Piemonteser stand seit gestern bei Ospedaletto, wo sie beabsichtigte, mit anderen Truppen ein Centrum zu bilden, um diesen Morgen in jene Stadt einzurücken. Von Brescia selbst ging diesen Morgen die Schaar der italienischen Freiwilligen ab. — Im Auftrage der provisorischen Regierung: Correnti, General-Sekretär.

Mailand, 1. April. Die provisorische Regierung hat bestimmt, daß Sonntag den 2. April 11 Uhr Morgens im Dome ein feierliches Te Deum gesungen werde, um Gott für den glücklichen Erfolg unserer rühmlichen Revolution zu danken. Die provisorische Regierung und alle öffentlichen Beamten werden der religiösen Feierlichkeit beiwohnen. — Ferner decretirt der Präsident der provisorischen Regierung: „1. Das Kriegscomitee, entstanden in der dringenden Noth der ruhmwürdigen Schlacht, welche man durch fünf Tage in den Straßen von Mailand lieferte, hat sich um das Vaterland wohlverdient gemacht. 2. Das Kriegscomitee wird in ein reguläres Ministerium umgewandelt. 3. Pompeus Litta wird interimistisch mit dem Portefeuille betraut. Ignaz Prinetti wird berufen, die Functionen eines General-Sekretärs des neuen Ministeriums zu versehen. 4. Die Aemter des Kriegsministeriums werden reorganisirt. Der mit dem Portefeuille Betraute wird sogleich die Liste der Angestellten präsentiren. Nach seinen Vorschlägen wird die provisorische Regierung definitiv die Hauptfaktionen und die anderen vorzüglichen Beamten ernennen. Casati, Präsident."

Mailand, 2. April. Die heutige „Mailänder Zeitung" bringt die Nachricht, daß ein französisches Geschwader mit Truppen im Golfo di Spezzia eingelaufen sei, welches auch durch Briefe von Genua bestätigt wird. Die Italiener sehen dies nicht gerne, indem sie Eroberungsgelüste befürchten. Vom eigentlichen Kriegsschauplatz hört man auch hier wenig Zuverlässiges; Alles ist aufs höchste über den Ausgang der Dinge gespannt. Indessen stellt es sich nun ganz bestimmt heraus, daß die festen Plätze, wie Mantua, Verona, Peschiera rc. in den Händen der Oesterreicher sind, wobei man sich freilich damit tröstet, daß die Besatzungen, innen und außen vom Feinde umringt, von jeder Zufuhr an Lebensmitteln abgeschnitten, sich nicht in die Länge werden behaupten können, und deshalb zu kapituliren gezwungen sein werden. Die Männer der provisorischen Regierung genießen das vollste Zutrauen und die höchste Achtung im Volke, und haben diese noch vermehrt durch ihre bisherigen, auf Erleichterung der Abgaben zielenden Verordnungen.

Triest, 7. April. Die Börsendeputation bringt folgende Mittheilung des hiesigen königl. sardinischen Konsulatsverwesers vom 7. April zur Kenntniß des Handelsstandes: „Der unterzeichnete Konsulatsverweser Sr. Maj. des Königs von Sardinien in Triest erfüllt die angenehme Pflicht zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß die Regierung Sr. Maj. nicht die Absicht habe, die vom Kriege gegebenen Rechte geltend zu machen, und daher den Kommandanten der königl. Kriegsschiffe den Befehl ertheilt hat, daß die unter der österreichischen Flagge fahrenden und nur zum Handel bestimmten Kauffartheischiffe auf ihren Reisen frei gelassen und nicht im Geringsten behelligt werden sollen. Gezeichnet A. St. Agabio. — Vom Isonzo hören wir, daß die dort aufgestellten Korps nur noch Verstärkung durch zwei baldigst einzutreffende Regimenter und die Ankunft des Feldzeugmeisters Gr. Nugent erwarten, um die Operationen sofort zu beginnen. Von unserm Heere in den lombardisch-venetianischen Provinzen erfährt das hiesige Militärkommando vielleicht eben so wenig wie wir selbst, da die Kommunikation mit demselben unterbrochen ist. Wir können demnach die in italienischen Blättern erzählten Fakta weder widerlegen noch bestätigen. — Chioggia und Adria sollen sich von Venedig losgesagt und als separate Republiken konstituirt haben. Wir geben diese Nachricht als hier verbreitet, ohne sie jedoch verbürgen zu können. — Aus Venedig (4.) schreibt man uns: Um den Handel von jedem zur Wahrung der Nationalinteressen nicht nöthigen Zwang zu befreien, wird von der provisorischen Regierung mit Vorbehalt der später zu treffenden, mit den freisinnigen Prinzipien verträglichen Finanzmaßnahmen, im Zollgebiete der vereinigten Provinzen der Republik die Kontrole auf Baumwolle, Garne, Baumwoll- und Halbbaumwollwaaren abgeschafft. — Ein Erlaß vom 3. bestimmt die Bildung eines freiwilligen Kavalleriekorps von 200 Mann. — Die Beamten, welche nicht binnen acht Tagen an ihren Posten zurückkehren, werden als entlassen betrachtet. — Die heutige Gazzetta di Venezia enthält die diplomatischen Noten der provisorischen Regierung an die auswärtigen Staaten*). — Die provisorische Regierung in Udine hat die unmittelbare Mobilmachung von 10,000 Mann der Friauler Guardia civica beschlossen. — Ein Schreiben aus Verona vom 3. meldet die Ankunft des Feldmarschalls Radetzky. — Der „Felsineo" versichert, daß binnen einer Woche 60,000, und innerhalb vierzehn Tagen 120,000 Piemontesen in der Lombardei schlagfertig stehen werden. — Es erzählt ferner, daß es zwischen den Genuesern und den Kroaten zu einem Treffen gekommen sei, bei welchem letztere den Kürzern gezogen haben. (Oesterr. L.)

*) Die Note an Rußland, Preußen, die Türkei, die Niederlande, Belgien, Schweiz, Dänemark, Schweden und Norwegen, Spanien, Portugal, Brasilien, Baiern, Hannover, Oldenburg, Hamburg, Bremen und Lübeck lautet folgendermaßen: „Ein Theil des alten venetianischen Freistaates hat sich als Republik konstituirt. Indem wir uns beeilen, Sie von dieser Thatsache in Kenntniß zu setzen, fühlen wir uns nicht verpflichtet, weder dieselbe zu rechtfertigen, noch aufzuklären; die Geschichte wird dies übernehmen. Wir wollen durch Mäßigung in unserer Sprache und in unseren Handlungen den Sieg verherrlichen. Gott hat ihn uns leicht gemacht, und gerade diese Leichtigkeit muß uns ein um so tieferes Gefühl unserer Pflichten einflößen. Gerade aus dem Gefühle der Pflicht hoffen wir unsere Kraft zu schöpfen; durch die Achtung bestehender Rechte wollen wir allen Befürchtungen begegnen, und der durch uns vollbrachten Revolution den Stempel der Weihe aufdrücken. Wir erwarten, daß unsere neue Konstitution die Bande, die früher oder später alle Völker verbinden müssen, nur um so fester knüpfen werde. Die sich vermehrenden Handelsbeziehungen werden nur dazu beitragen, der Gleichheit der Grundsätze und Gefühle neue Kraft zu verleihen, und den Weltfrieden von Tag zu Tag nothwendiger und ehrenvoller zu machen."

Wien, 10. April. Durch einen aus dem Hauptquartiere Verona am 5. d. M. abgegangenen Courier des Herrn Feldmarschalls Grafen Radetzki erfahren wir, daß die Piemontesische Armee mit ziemlich starken Colonnen, unter Führung des Königs, gegen die Stellung am Mincio vorzurücken Miene macht, welchem Angriffe mit seinen tapfern Truppen zu begegnen, der Feldmarschall sich bereitet. (W. Z.)

Italien.

✉ **Rom**, 1. April. Die drei letzten Tage standen fortwährend Leute vor den Jesuiteninstituten, um die Bewohner abziehen zu sehen. Doch kein Laut, keine Bewegung von der Menge kränkte die Auswandernden; alles beobachtete eine ernste Ruhe. Die Jesuiten schienen getrost, zeigten weder Trauer noch Trotz. Einige trugen sogar die dreifarbige Kokarde. Dem Vernehmen nach gehen sie theils nach England, theils nach Jerusalem, theils nach Amerika. In Rom bleiben nur einige einzelne zurück als Beichtväter. Im Collegio rom. waren auch sechs Preußen. Werden diese nach Preußen zurückkehren? — Das Collegio romano ist schon von dem römischen Seminar bezogen, das die Schüler beider Anstalten fürs erste vereinigt. Eine bereits ernannte Kommission soll die dauernde Ersetzung der Lehrer von der Gesellschaft Jesu einleiten und einen Plan zur gänzlichen Umgestaltung des Unterrichtswesens ausarbeiten. Aber schon geht man weiter. Man fängt an, die Personen, die den Jesuiten besonders anhingen, mit Wort und Schrift zu verfolgen; man berichtet kränkende Aeußerungen derselben gegen die Constitutionellen, unrechtliche Benutzung von öffentlichem Eigenthum durch Vermittelung der Jesuiten u. dgl. Bereits erhebt sich auch schon die Stimme gegen die mit den Jesuiten mehr oder weniger in Zusammenhang stehenden Institute, so gegen die dames du sacré coeur, denen die bekannte, von allen Seiten Roms sichtbare Kirche St. trinità de' monti zugehört, auf dem Mte. Pincio mit der Erziehungsanstalt, welche für Französinnen gestiftet, eine große Anzahl derselben aus den besten Familien enthält, aber auch junge römische Gräfinnen. Auf diese Anstalt hatten die Jesuiten unbedingten Einfluß. — Endlich hält man gar bereits Reden gegen die anderen reichen Orden, und möchte auch wohl die Besitzthümer der in Rom reich begüterten Benediktiner säcularisiren. Man darf in diesem übermäßigen Drängen nur ein Hinderniß sehen für das glückliche Gedeihen der italienischen Freiheit. Da wird so ein Plan in hochtrabenden Reden im Caffè de belle arti vorgetragen, dann schriftlich dem Circolo romano und dem kaufmännischen Casino überreicht. Von dort geht er dann unterschrieben an die obersten Beamten oder gar den Papst ab, und meistens ist bis jetzt ein Gesetz daraus geworden. Hier in Rom selbst hätte das Arbeiten gegen die religiösen Congregationen noch das Mißliche, daß das weltliche Oberhaupt hier zugleich das geistliche Oberhaupt der Kirche ist und in dieser seine eigentliche Bestimmung sehen muß. Daher denn der Papst über jedes Verlangen nach Neuerungen, die in Religion oder Kirche einschlagen, immer sehr auf halten ist und gar zu gern beide Gebiete streng auseinanderhalten möchte. Zum Theil darauf muß man denn auch seine neueste Ermahnung an die Völker Italiens beziehen, die vor Stolz und Hoffahrt warnt, da nur Gottes Gericht es gewesen sei, das in diesen Zeiten solche Veränderungen herbeigeführt, und „die mächtigen Cedern erschüttert habe." Es schließt mit der Hoffnung, daß der Frieden, wenn auch in einigen Theilen der Christenheit noch nicht gewünscht, doch nahe sein möge. — Die Nachrichten von Revolutionen aus Deutschland werden hier mit Begierde gelesen und sind sogleich an den Straßenecken angeschlagen. Unter den hiesigen Deutschen haben besonders die Vorgänge in Berlin einen trüben Eindruck gemacht. Es war vorgeschlagen worden, durch einen Zug nach dem preußischen Gesandtschafts-Hotel die Freude über Preußens endlichen Anschluß gegen Deutschlands übrige Völker zu erkennen zu geben. Auf die Berichte, wie dies Resultat erkämpft werden mußte, wurde aus dem Fackelzug ein Trauergottesdienst. Die protestantisch-deutsche Kapelle wird dazu nicht zu erlangen, es wird daher der Gottesdienst zu Ehren der in Wien, Berlin und an den anderen Orten für die Freiheit Gefallenen den 4. April in der deutschen katholischen Kirche abgehalten werden. Die Geistlichen wollen unentgeltlich fungiren. Für die Familien der zu Berlin Gebliebenen wird auf dem deutschen Künstlerverein gesammelt.

Schweiz.

Bern, 5. April. Gestern hat der Vorort eine Heeresabtheilung aufgeboten, um nach Graubünden gegen die italienische Grenze aufzubrechen. Die schleunigste Mobilmachung größerer Truppenmassen wird vor-

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 87 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 12. April 1848.

bereitet, in den Zeughäusern herrscht große Thätigkeit, und bei den trefflichen Militäreinrichtungen der Schweiz läßt sich mit Bestimmtheit voraussehen, daß die Eidgenossenschaft nach Umständen ein nicht unbedeutendes Gewicht in die Waagschale bei den Kämpfen in ihrer Nachbarschaft legen kann. Gleichzeitig hat der Vorort in Berücksichtigung der politischen Verwicklungen die Tagsatzung auf den 13. d. M. einberufen, um die nach Lage der Sache angemessenen Anordnungen zu treffen. — In den ersten Tagen ist der französische Gesandte hier erwartet.

Zürich, 6. April. Die Regierung von Baselstadt hat vom Vorort Verhaltungsbefehle und Unterstützung im Nothfalle verlengt, weil man mehrere Kolonnen der in Frankreich gebildeten deutschen Legion aus dem Ober-Elsaß erwartet, welche die Stadt und Brücke von Basel passiren wollen. — Die Lage der die Schweiz begränzenden Staaten veranlaßte den eidgenössischen Kriegsrath, die schnellste Organisation und ausgedehnteste Entfaltung der schweizerischen Streitkräfte vorzubereiten. Zu dem Ende hat er bei sämmtlichen Kantons-Regierungen angefragt, wie viel sie, außer dem bundesgemäß zu Liefernden, an bespannten Batterien, Mannschaft, Pferden, Geschützen, Wagen und Munition der Eidgenossenschaft zur Verfügung stellen könnten.

Großbritannien

* London, 6. April. Die große Chartistendemonstration, die mit einer Generalversammlung in Kennigston-Common beginnt, drückt wie ein Alp auf die Börse. Die guten Preise von gestern sind verschwunden, und die Citywelt ist nicht ganz einig darüber, ob die neuesten ministerillen außerordentlichen Maßregeln wirklich den gehofften Erfolg haben werden. — Im Unterhause nahm der Minister Sir G. Grey das Wort und erklärte, daß das Kabinet, durch die zahlreichen und übermäßigen Volksdemonstrationen beunruhigt, sich an die höchsten Justizhöfe mit der Anfrage gewandt habe, ob die chartistischen Prozessionen wirklich gesetzlich seien? Die Gerichtshöfe hätten diese Frage verneint und darum werde er, der Minister, morgen den 7. April eine Bill dem Hause vorlegen, in welcher es einige außerordentliche Maßregeln für die Sicherheit der Krone und des Königreichs verlange.

Frankreich.

* Paris, 7. April. Scheint es doch als ob es in allen Ecken der Welt brenne. Wir erhalten fast aus allen Richtungen dieselben Berichte. In Chambery brennts, in London brennts, in Frankfurt a. M. brennts; in Warschau und Madrid kann man des Feuers kaum Herr werden. Die Journale stecken heute sämmtlich im Auslande. Das Journal des Debats prophezeiht schreckliche Stürme in England; der National frägt den Lord Palmerston, wie es ihm einfallen könne, sich im Parlament gegen die politische Wiedergeburt Italiens auszusprechen? und die Presse — hört, hört — möchte alle 34 Fürsten Deutschlands abschaffen und ein einiges Deutschland herstellen. Das Heer der übrigen kleineren Journale singt natürlich Chorus. — Der Generalstab des längs der sardinischen Gränze zu ziehenden Observations-Korps ist organisirt. Der älteste Divisionsgeneral wird interimistisch den Oberbefehl führen. Auch ein etwa aus 18000 Mann bestehendes Observations-Korps längs der Pyrenäen ist im besten Gange. Die Nord- (belgisch-rheinische) Gränze wird dagegen nur von 5000 Mann bewacht werden, da das Kriegsministerium die feste Ueberzeugung hegt, daß Rheinländer und Franzosen sich nicht in die Haare fahren werden. Frankreich wird bei dem Kampfe zwischen deutschem Konstitutionalismus und Republikanismus zunächst stummer Zuschauer bleiben. — Bei dem Mangel an Schnellschreibern vergehen immer mehrere Tage, ehe der Moniteur die Verhandlungen im Luxembourgschlosse, wo das Arbeiter-Parlament seinen Sitz hat, bringt. So bringt der Moniteur vom 7. erst die Verhandlungen vom 3. Sie sind außerordentlich interessant. Präsident Louis Blanc hat darin in einer glänzenden Rede auf alle die unzähligen Angriffe geantwortet, die seit dem 24. Februar gegen seinen Arbeitsorganisationsplan in allen Klubbs, auf allen Straßen, in allen Kneipen, in jeder Familie gerichtet wurden und noch jeden Augenblick gerichtet werden. Diese Angriffe lassen sich in folgende Fragen zusammenfassen: 1) Woher wird der Staat die Arbeit nehmen, um allen Arbeitern ihre Existenz zu garantiren, wie er es versprochen? 2) Was wird er mit den Produkten (Waaren) anfangen, wer wird sie ihm abkaufen? 3) Welche Ermunterung, welchen Stachel zur Arbeit, wird der Staat schaffen, wenn er das Geldinteresse abschafft, d. h. gleiche Lohnhöhe für Alle, den faulen wie den fleißigen, den geschickten wie den dummen, den jungen wie den alten Arbeiter einführt? 4) Welchen Damm wird er der Konkurrenz setzen? Louis Blanc begann unter allseitigem Stillschweigen etwa wie folgt: „Meine Freunde. Körperliches Unwohlsein zwang mich, das Bett zu hüten und ich muß noch jetzt um Eure Nachsicht bitten. Die Zeit drängt, die Generalwahlen für die Nationalversammlung rücken näher und ich begreife die Spannung, mit der Jeder von Euch diesen Wahlen entgegensieht, da Ihr Alle und sogar die ganze Menschheit ein Interesse dabei haben, daß nur solche Männer in die Nationalversammlung gewählt werden, denen das Interesse des Arbeiters, die Abhilfe des Elendes, das Recht auf Existenz am Herzen liegt. Vor einigen Tagen theilte ich den von der permanent sitzenden Kommission ausgearbeiteten Organisationsplan der Oeffentlichkeit mit. Derselbe ist schrecklich angegriffen worden; namentlich gab die gleiche Lohnhöhe zu den lebhaftesten Diskussionen Veranlassung. Wohlan, ich erscheine jetzt vor Euch, den Abgeordneten aller Gewerke, um diesen Plan — die Gleichheit des Lohnes — welcher von mir, unter Beizug von 30 bis 40 Männern, ausgearbeitet wurde, zu vertheidigen. Die Staats-Kommission hat bei Untersuchung der Lage der verschiedenen Arbeiterklassen so fürchterliches Elend entdeckt, sie hat seit ihrem Zusammentritt so zahlreiche Bilder des Schmerzes an sich vorüberziehen sehen, daß die Lösung ihrer Aufgabe ihr dringender als je schien. Sie hat die feste Ueberzeugung gewonnen, daß der Ursprung aller dieser Schreckensgemälde, die ihre Seele erschütterten, lediglich in den schlechten gesellschaftlichen Einrichtungen liegt. Darum wird die Aufgabe der Nationalversammlung die wichtigste sein, die je ein gesetzgebender Körper zu lösen hatte; sie betrifft die ganze Menschheit und eben darum werde ich nicht früher ruhen, bis sie gelöst ist und sollte mich die Lösung dieses Problems das Leben kosten.“ Viele der Anwesenden riefen ihre Arme ausstreckend, nach dieser Einleitung begeisternd: Wir alle auch! Louis Blanc setzte dann fort: Das Grundprinzip der bisherigen menschlichen Gesellschaft bestand im Einzelnleben und im Kampfe gegen seinen Nächsten, oder mit andern Worten in der Isolirtheit, im Antagonismus und in der Konkurrenz. Jeder sah sich so zu sagen gezwungen, auf den Ruin des Anderen, und wäre es sein leiblicher Bruder, sein Glück zu bauen; ein Kaufladen suchte durch allerlei Prunk den andern zu untergraben, ein Keil trieb den andern u. s. w. Der Redner trat nun in eine ebenso lebhafte als geistreiche Schilderung der Konkurrenz ein, die er als die Mutter alles Elendes und aller bösen Thaten, als die Erzeugerin der Diebe und Mordbrenner ꝛc. darstellte. Und uns, die wir bemüht sind, dieser mörderischen Hetzjagd ein Ende zu machen, uns wirft man vor, daß wir die Freiheit antasten, daß wir die Menschheit in die Sklaverei zurückführen wollen. Unsinnige Vorwürfe! Wer ist denn heute frei? fragte Louis Blanc sarkastisch. Daß für Denjenigen, der Kapital, Kredit und Bildung besitzt, volle Freiheit schon existiren mag, will ich gar nicht läugnen. Aber wo steckt denn die Freiheit für den Armen, Schwachen, Mittellosen? Das Kapital, mit allen möglichen Freiheiten geharnischt, stellt sich ihnen (dem Proletariat, das keine Waffen hat) gegenüber und der Gesetzgeber schreit: Platz für die Kämpfenden! Das ist die Konkurrenzfreiheit. Sie führt zur Sklaverei des Hungers. Das einzige Rettungsmittel sieht Louis Blanc in der Association und endlich in der Verwandelung der ganzen französischen Nation in Eine Familie, in der Jeder seine geistigen und körperlichen Kräfte der Gesellschaft widmen und die Befriedigung seiner Bedürfnisse dafür zurückerhalte. (Devoir en proportion des aptitudes et des forces, droit en proportion des besoins).“ Wer nun bei dieser Vertheilung, bei diesem Austausch von Produkt und Genuß die goldene Waage halten werde, darüber ist uns der geehrte Redner auch dieses Mal die Antwort noch schuldig geblieben. Der Eindruck, den übrigens seine Rede in Paris hervorbrachte, ist sehr groß. Das Kapital wird mit jeder Stunde ängstlicher. — Der Prozeß in Toulose ist zu Ende. Leotade ist zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt.

(Pariser Börse vom 7. April.) 3% 35¾. 5% 52¼. Schatzbons 48. Bank 1025. Orleans 405. Nord 306¼. Lyon 298¾. Straßburg 336¼. Span. 15.

Paris, 7. April. (Tel. Dep.) Die Häfen Brest und Toulon werden für den Kriegsfuß ausgerüstet. — Es heißt, daß Fould französischer Finanz-Minister werden soll.

Paris, 8. April. Eine Nord-Armee wird bei Lille aufgestellt, aber kein General will das Kommando derselben übernehmen.

Spanien.

* Madrid, 31. März. Gestern Abend 6 Uhr hieß es plötzlich, daß der Kampf wieder losgebrochen sei. Ganz Madrid gerieth in Bewegung. Indessen war es nur ein sogenannter blinder Feuerlärm. Madrid, Andalusien, Aragonien, Katalonien, Valenzia, Murzia sind ruhig. Doch der Funke glimmt unter der Asche. — Narvaez erhält den Frieden mit eiserner Faust aufrecht.

Lokales und Provinzielles.

K Breslau, 11. April. Durch die in der heutigen (Dienstag-) Nummer der Breslauer Zeitung enthaltene Erklärung über die am 6. d. M. im Saale des „Fürsten Blücher von Wahlstatt“ berathene Adresse ist eine weitere Bekämpfung dieses Aktenstückes überflüssig geworden. Wir wissen nun, daß „die Versammlung, welche die Adresse beschlossen hat, von dem Geiste ächt constitutioneller Freiheit beseelt gewesen ist.“ Wir wissen, daß „von einer beabsichtigten Reaktion sich keine Spur ergeben hat, daß die Adresse nicht gegen die erlaubten Volksversammlungen an sich gerichtet war.“ Wir wissen das und acceptiren das Versprechen, was auch in der Zukunft in dieser Versicherung liegt, werden auch nicht unterlassen, bei Gelegenheit wieder einmal daran zu erinnern. Was wir jetzt noch zu sagen haben, soll mehr Vertheidigung als Angriff sein. — Daß die Erklärung behauptet, es könne über den wahren Sinn und die eigentliche Absicht der Adresse „für jeden Wohlgesinnten“ kein Zweifel vorwalten und der darin ausgesprochene Vorwurf der Uebelgesinntheit gegen Jeden, welcher zu diesem zweifellosen Verständniß nicht gelangen konnte, würde uns zwar zu einer Verwahrung gegen solchen Angriff unserer Gesinnung Grund genug geben, wenn wir einigen Werth auf den Ruf der Wohlgesinntheit legten. Wir bekennen aber offen, daß wir gegen gewisse Tendenzen, und unter andern gegen solche, wie wir sie nun einmal aus dem Wortlaut jener Adresse nicht heraus zu bringen vermögen, von der übelsten Gesinnung beseelt sind und dem Rufe der Wohlgesinntheit in dieser Hinsicht mit wahrer Aengstlichkeit zu entgehen suchen. Aus diesem Grunde beeilen wir uns, unsere Uebereinstimmung mit allen jenen Uebelgesinnten, auf welche jene Erklärung gemünzt sein kann, laut zu erklären. Aber die Behauptung, daß der Sinn der Adresse zweifellos ausgedrückt sei und die in derselben Erklärung enthaltene Behauptung, daß die Adresse allein die Bestrafung wirklicher Gesetzesübertretungen bezweckt habe, müsse auf die Vermuthung hinführen, daß wir entweder Geschriebenes nicht lesen oder den Wortlaut des Gelesenen nicht fassen können. Da wir zur Lektüre und Exegese derartiger Actenstücke noch recht oft Veranlassung zu nehmen gedenken, so liegt uns allerdings daran, uns den Ruf der Lesefertigkeit und des einfachen Verständnisses wo möglich zu retten. — Die Adresse enthielt die Erklärung, daß die Unterzeichner es „nicht dulden wollten, daß sich Personen zu Wächtern der jungen Freiheit aufwerfen, welchen die äußere Befugniß und der innere Beruf dazu fehle.“ Da wir nun der Meinung waren, daß in einem freien Staate jeder Staatsbürger die äußere Befugniß habe, ein Wächter der Freiheit zu sein, da wir gar kein Gesetz kennen, welches diese Befugniß begränzt und definirt, da wir also jede Beschränkung auf gesetzlichem Wege nicht nur für nicht vorhanden, sondern auch für widersinnig und unausführbar hielten, und die Unterzeichner der Adresse mit Bestimmtheit erklärten, daß sie die Ausübung dieser gesetzlich Jedermann zustehenden Befugniß „nicht dulden wollten,“ so blieb uns allerdings nichts übrig als die Annahme einer beabsichtigten willkührlichen, also ungesetzlichen Beschränkung. Das wäre also ohngefähr dasselbe gewesen, was wir bisher „polizeiliche Uebergriffe“ zu nennen pflegten, nur daß die Unterzeichner hier die Stelle der Polizei hätten übernehmen oder die städtischen Behörden zu einer geeigneten Instruktion der Polizeibeamten veranlassen müssen. Wir wenigstens vermochten keinen andern Weg für die Feststellung der äußern Befugniß aufzufinden und sind auch jetzt noch neugierig, in welcher Art die Unterzeichner ihre angekündigte Intoleranz der nicht „äußerlich Befugten“ bethätigen werden. Den für uns allein möglich erscheinenden Weg hielten wir allerdings für reaktionär. Da nun aber die Adresse das pure Gegentheil ausdrücken sollte, so muß die Fassung doch nicht so ganz unzweideutig gewesen sein. Wie die Unterzeichner den „innern Beruf“ gesetzlich festzustellen beabsichtigen, ist uns jetzt noch eben so unklar, als beim ersten Ueberlesen der Adresse. Wenn ferner die Unterzeichner, indem sie sich darübe

beklagen, daß sich Personen ohne äußere Befugniß und innern Beruf zu Hütern der jungen Freiheit aufwerfen, zugleich den städtischen Behörden einen leisen Vorwurf wegen ihres „langmüthigen Gewährenlassens" machen, ohne eine einzige begangene Gesetzwidrigkeit auch nur anzudeuten, so können wir auch hierin nur dann einen Sinn finden, wenn die Unterzeichner entweder diese Behörden zu einer Scheidung der Befugten und Unbefugten, also zu einem polizeilichen Verbot gegen die „Unbefugten und Beruflosen" veranlassen, oder die Verhinderung der Unbefugten mit ihrem „bewaffneten Arm" selbst übernehmen zu wollen erklären. Leider führen uns beide Deutungen zur Annahme einer reaktionären Tendenz oder einer sehr zweideutigen Fassung. Wenn endlich die Unterzeichner wirkliche Gesetzesübertretungen, von denen uns übrigens höchstens eine einzige bekannt geworden ist, vor Augen hatten und deren Bestrafung beabsichtigten, so ist uns die Richtung der Adresse an die Behörden mit dem ungeheuren Aufwande der „bewaffneten Arme" völlig unverständlich. Wir hätten geglaubt, daß eine einfache Anzeige an den ordentlichen Richter ohne alle Einmischung bewaffneter Arme die verdiente Bestrafung unfehlbar herbeigeführt haben würde, wenigstens ist uns für freie Staaten kein anderer Weg für Bestrafung von Gesetzesübertretungen bekannt. Wir kommen nun einmal nicht darüber hinaus, entweder der Adresse gar keine Absicht oder die der Herbeiführung gewaltsamer polizeilicher Verhinderungsmaßregeln beilegen zu müssen. Da aber das Letztere reaktionär wäre und die Unterzeichner eine reaktionäre Absicht entschieden in Abrede stellen, so will es uns doch scheinen, als hätte die Fassung der Adresse zu unserm falschen Verständniß derselben wenigstens eben so viel beigetragen, als unsere üble Gesinnung.

Wieviel Urwähler hat Breslau?
Wieviel hat dasselbe Wahlmänner?

Das Urwahlgesetz, welches in der gestrigen Zeitung mitgetheilt worden, giebt einem jeden männlichen Bewohner des preußischen Staates, sofern er das 24ste Lebensjahr vollendet hat, das Stimmrecht in den Urwahlen. Hierin ist auch das dienende männliche Gesinde, und das Militär nicht ausgeschlossen. Hiervon sind nur ausgeschlossen, absolut:

a) diejenigen, welche den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte durch richterliches Erkenntniß verloren haben und
b) Almosenempfänger d. h. diejenigen, welche aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung beziehen.

Relativ ausgeschlossen vom Stimmrecht sind diejenigen, welche in der Gemeinde ihren ordentlichen Wohnsitz oder Aufenthaltsort noch nicht sechs Monat lang haben. Legt man hiernach das Ergebniß der letzten Volkszählung vom Dezember 1846 bei der Berechnung der Zahl der Urwähler und Wahlmänner für Breslau zum Grunde, so ergiebt sich, da die inzwischen etwa eingetretene Vermehrung der Bevölkerung eine sehr bedeutende Veränderung kaum herbeigeführt haben dürfte, folgendes wahrscheinliche Resultat. Breslau zählte nach der letzten Aufnahme des Seelenregisters Ende 1846 überhaupt 112,798 Einwohner und zwar vom Civilstande 106,687 Köpfe, vom Militärstande 6111 Köpfe. Die weibliche Bevölkerung, welche bei der Wahl ausscheidet, betrug zusammen 57,153, die männliche aber 55,645 Seelen, nämlich vom Civil 50801, vom Militär 4,844. Von der Gesammtzahl der männlichen Bevölkerung sind zuvörderst die wegen ihres Alters nicht stimmfähigen Personen in Abzug zu bringen, d. h. die im Alter unter 24 Jahren befindlichen. Ihre Zahl beträgt

a) beim Civil	24595
b) beim Militär	3743
Zusammen	28338

Diese von der obigen Gesammtsumme der männlichen Bevölkerung in Abzug gebracht, lassen die Zahl von 27,307 ihrem Alter nach stimmfähigen Urwählern übrig, von denen auf das Civil 26,206, auf das Militär aber 1101 kommen,

Von diesen 27,307 Urwählern sind sodann noch in Abzug zu bringen

1) die nicht im vollen Genuß der bürgerlichen Rechte stehenden Personen,
2) die Almosenempfänger und
3) diejenigen, welche sich noch nicht volle sechs Monate am hiesigen Orte aufhalten.

Es dürfte schwer halten, schon im Voraus die Zahl der hiernach unter Nr. 1, 2 und 3 erwähnten nicht stimmfähigen Personen zu bestimmen. Die Zahl der wegen mangelnden vollen Genusses der bürgerlichen Rechte stimmfähigen Personen dürfte sich noch nicht höher, als auf etwa 300 Personen belaufen Eine gleiche Höhe dürfte vielleicht die Zahl der Almosenempfänger erreichen. Zu Nr. 3 aber ist es uns gegenwärtig noch nicht möglich die Zahl der nicht stimmfähigen Urwähler auch nur annähernd anzugeben. Wir glauben uns aber kaum zu irren, wenn wir den unter Nr. 1, 2 und 3 erwähnten Abgang an den Urwählern als durch den Zugang in der Bevölkerung überhaupt erfolgt betrachten.

Die Bevölkerung Breslaus ist bekanntlich im fortdauernden Steigen begriffen, und zwar beruht die Vermehrung der Einwohnerzahl bekanntlich nicht sowohl in den Geburten, sondern im Zuzug Fremder von andern Orten her, wie sich auch gleich aus Fragmenten ergiebt.

Diese Vermehrung der Einwohnerzahl betrug für die Jahre 1841/43 zusammen 5634, für die Jahre 1844/46 aber 8748 Seelen. Unter der jetztern Summe waren 4757 männlichen Geschlechts, und unter diesen wiederum 4198 Männer über 24 Jahr alt. Nimmt man nun auch nur dasselbe Verhältniß, wie es in den letzten drei Jahren stattgefunden hat, als Maaßstab für die Zunahme der Bevölkerung und somit auch der Uhrwähler an, so ergiebt sich, daß in den letzten 14 Monaten (seit dem Dezember 1846) die männliche Bevölkerung sich um 2113 Seelen vermehrt haben wird, unter denen wiederum 1859 ihrem Alter nach stimmfähige Urwähler sein dürften, durch diesen Zuwachs dürfte der oben zu 1, 2 und 3 erwähnte Abgang an der Urwählerzahl wohl ersetzt sein, und danach die Zahl der Urwähler auf circa 27307 stehen bleiben. Von den Urwählern soll auf je 500 der Bevölkerung (§ 2 des Gesetzes) einen Wahlmann erwählt werden. Für Breslau wird sich daher nach dem Wahlgesetz voraussichtlich eine Zahl von 225 Wahlmännern, welche dann die drei Abgeordneten für die Stadt zu erwählen haben werden ergeben.

Werner.

△ **Breslau, 11. Febr.** Nach dem Beschlusse der Arbeiterversammlung, welche am 4. April im „russischen Kaiser" abgehalten wurde, fanden gestern Nachmittag Versammlungen der Gesellen und Meister einzelner Gewerke hierselbst statt, in denen die Punkte berathen und beschlossen wurden, welche von den Meistern einerseits und den Gesellen andererseits ihren Vertretern in der neu zu bildenden Arbeiterkommission hiesiger Stadt zur weiteren Berathung in dieser Kommission mitgegeben werden sollen. Wir haben bis jetzt erst die Beschlüsse der Schuhmachermeister und der Schuhmacher- und Schneidergesellen erhalten, welche wir hier so weit mittheilen, als sie ein besonderes Interesse bieten. Die Versammlung der Schuhmachermeister fand in dem Saale zum „Fürsten Blücher" unter dem Vorsitze der Aeltesten des Schuhmachermittels, der Herren Kraatz, Müller und Schönfeld statt. Folgende Anträge wurden daselbst beschlossen: 1) die Beschränkung der Verheirathung der Gesellen; 2) Antrag, daß den Gesellen das Wandern in allen Staaten gestattet werde, und daß nur derjenige Geselle das Meisterrecht erlangen kann, welcher mindestens 3 Jahre gewandert ist; 3) Antrag, daß die Schuhmachergesellen erst eine Prüfung in Betreff ihrer Geschicklichkeit in ihrem Handwerke bestehen müssen, bevor sie Bürger und Meister werden können; 4) Antrag, daß die Gesellen nur bei den Meistern Schlafstelle haben, und nur in dem Hause der Meister arbeiten dürfen; 5) Antrag, daß kein Meister mehr als zwei Lehrburschen zugleich habe, und einen neuen nicht eher annehme, als bis die Lehrzeit des einen Lehrlings beendigt ist; 6) der Jahrmarkt für fremde Schuhmacher soll nur auf einen Tag reducirt werden; 7) nur wer ein gelernter Schuhmacher, und als solcher seine Meisterprüfung bestanden hat, darf mit Schuhen und Stiefeln handeln; 8) das Hausiren mit Schuhmacherarbeit soll gänzlich verboten werden; 11) die Kommissionsarbeit für das Militär soll gänzlich wegfallen und nur den geprüften Meistern übergeben werden. Die Punkte 9 und 10 sind zu unwesentlich, als daß sie hier zu erwähnen wären. — Die Anträge der Schuhmachergesellen sind weiter unten angegeben, und weichen im Ganzen wenig von denen der Meister ab. Dagegen finden wir in den von den Schneidergesellen gestellten Anträgen einige nicht unwesentliche Abweichungen, welche die allgemeinen Verhältnisse der Gesellen betreffen. Die Versammlung derselben fand gestern Nachmittag in dem Schneidermittelshause, Kupferschmiedestraße, im weißen Engel, statt. Es wurden zuerst die drei Abgeordneten für die Arbeiterkommission gewählt, und zwar die Herren Salzbrod, Kiebaczewski und Rübe; zu ihren Stellvertretern die Herren Fach, Moll und Freitag. Als wesentlichster Beschluß wurde von ihnen festgestellt, daß jeder Geselle dauernde Arbeit und einen angemessenen Lohn erhalte. Demgemäß wurden folgende fernere Anträge beschlossen: 1) kein Meister darf mehr Gesellen halten, als er dauernd beschäftigen kann, und nicht mehr als einen Lehrling. Die Mannsschneider dürfen keine Mädchen in Arbeit nehmen, die Frauenschneider dürfen dies jedoch thun, sie müssen aber jedem Mädchen einen Tagelohn von mindestens 10 Sgr. geben; 2) Jeder Ausgelernte soll wenigstens 2 Jahre behufs seiner ferneren Ausbildung wandern. Ueberhaupt darf die Zeit des Wanderns fernerhin nicht mehr beschränkt werden; 3) die Gesellen dürfen keine Mädchen mit der Arbeit des Meisters beschäftigen; 4) der verheirathete Geselle soll dem unverheiratheten von den Meistern nicht mehr nachgesetzt werden; 5) jeder Meister muß Sonnabends mit den Gesellen abrechnen und ihnen den Lohn auszahlen; 6) die Ladenarbeit muß dem Gesellen besser bezahlt werden als bisher und ist als minimum festgesetzt: für einen gewöhnlichen Rock 2 Rtl., für einen wattirten Rock 3 Rt., für ein Paar Hosen 20 Sgr., für eine Weste 15 Sgr.; der auf Tagelohn arbeitende Geselle soll als minimum 15 Sgr. den Tag erhalten, ohne daß er davon die Zuthaten zu bestreiten hat; die Arbeitszeit soll täglich nicht mehr als 11 Stunden betragen; 7) nur der gelernte Schneider darf ferner mit Kleidern handeln, demjenigen, der nicht wenigstens 3 Jahre als solcher gearbeitet hat, soll der Kleiderhandel verwehrt werden; 8) kein Kaufmann soll fernerhin fertige Kleidungsstücke in Kommission haben; 9) die Militär-Kommissionen sollen aufhören; 10) in den Zuchthäusern darf keine Schneiderarbeit mehr angefertigt werden; 11) ebenso wenig dürfen fertige Kleider aus andern Orten hier eingeführt werden; 12) jeder Meister ist gehalten, seine Gesellen aus der Herberge zu nehmen; den Fremdzettel hat er nicht dem Gesellen, sondern dem Einbringeboten zu übergeben; 13) die fremden Gesellen, welche außer Arbeit sind, dürfen sich nicht länger als 3 Tage am Orte aufhalten; 14) die Meister sollen verpflichtet sein, die Beiträge der Gesellen zur Krankenkasse selbst zu zahlen, und sie diesen am Lohne abzuziehen.

Auf gestern Abend war, wie bekannt, die Versammlung der Arbeiter sämmtlicher Gewerke anberaumt, in denen diese ihre Abgeordneten für die Arbeiter-Kommission zu präsentiren und ihre Anträge zu publiziren hatten. Die Versammlung sollte im Saale des Hauses „zum Birnbaum" vor dem Oderthore abgehalten werden. Leider konnte der Saal nicht hergegeben werden, weil in demselben einige nothwendige Reparaturen vorgenommen wurden. Die Versammelten begaben sich in den Garten. Es waren unter ihnen auch eine bedeutende Anzahl Tagearbeiter, die ebenfalls ihre Anträge berathen und beschlossen hatten. Einige andere Gewerbe hatten dies jedoch versäumt, und noch nicht ihre Vertreter gewählt. Dies sowohl, als auch insbesondere der Umstand, daß der Saal nicht geöffnet werden konnte, waren Veranlassung, daß gestern die Versammlung nicht abgehalten wurde. Der Vorsitzende, Hr. Asch, setzte diese Gründe den Anwesenden auseinander und vertagte alsdann die Versammlung auf Mittwoch. Hiergegen erhoben zwei Tagearbeiter Widerspruch, einige andere stimmten mit in ihr Geschrei ein, doch nahmen darauf die Anwesenden keine Rücksicht, sondern entfernten sich größtentheils. Jene beiden Ruhestörer polterten jedoch noch weiter, so daß sich die übrigen Tagearbeiter genöthigt sahen, sie auf recht derbe Manier zurechtzuweisen, indem sie ihnen den Vorwurf machten, daß sie sich von einer gewissen Partei hätten bestechen lassen, um absichtlich Lärmen in der Versammlung zu erregen, damit doch wenigstens ein Grund da wäre, diese Versammlungen, in denen es bisher so ruhig hergegangen, zu verdächtigen. Schon dieses Faktum lehrt, daß unser Arbeiterstand seine würdige Haltung nie aufgeben wird, und stets den erforderlichen Ernst bei allen den Verhandlungen zu bewahren weiß, die die Verbesserung seiner Lage bezwecken. Die Besorgnisse, welche hier von gewissen Leuten in Betreff der Volksversammlungen ausgesprochen wurden, entbehren sonach jeder Begründung. — Gestern Abend gegen 10 Uhr durchzogen verschiedene Haufen Menschen die Straßeu der Stadt; doch verhielten sie sich durchaus ruhig und zerstreuten sich, ohne daß irgendwie von ihnen die Ruhe gestört wurde.

Nachdem dem Wunsche der gesammten Schuhmacher-Gesellschaft gemäß eine Versammlung am 10. April im Saale zum Birnbaum stattgefunden hatte, sind in derselben, nachdem die Wahlen der vier Vertreter aus der Gesellschaft erfolgt waren, folgende Punkte festgesetzt worden:

§ 1. Freie Entwickelung unserer Gesellschafts-Angelegenheiten durch uns selbst.

§ 2. Verbesserung des Arbeitslohns.

§ 3. Protestiren wir gegen das Inarbeitbringen zugereister Gesellen, sobald noch hier in Arbeit gestandene der geforderten Arbeit entsprechend vorhanden sind.

§ 4. Werden die Meister aufgefordert, die Zahl ihrer Lehrlinge zu vermindern, da dem Gesellenstande Schaden daraus entsteht.

§ 5. Wünschen wir, daß das Reisen als Bedingung bei dem Gesellen- und Meisterwerden festgestellt werde.

Sämmtliche Paragraphen sind von den 500 Anwesenden einstimmig angenommen worden. Zu dem § 5 wurde noch der Antrag gestellt: alle und jede Beschränkung des Reisens aufzuheben.

Wir fordern daher sämmtliche Brüderschaften des Schuhmacher-Gewerks anderer Städte auf, ähnliche Schritte ihrerseits zu thun.

Die Vertreter der Schuhmachergesellschaft.
Stoppel. Buda. Tatter. Wagner.

An den constitutionellen Clubb.

Es ist die Aufforderung ergangen, zur Bildung eines constitutonellen Clubbs. Dem Unterzeichneten ist nichts darüber bekannt worden, als was die Zeitungen gebracht haben. Er will und kann daher nur seine eigenen Gedanken darüber aussprechen. Es dürfte dieses aber

eine zweckmäßige Vorbereitung sein, zur Berathung über das Programm, welche morgen stattfinden soll.

Man ist bei der Aufforderung wohl ohne Zweifel zunächst von der Betrachtung geleitet worden, daß durch die Freiheit, die wir errungen haben, durch das neue politische Leben, in welches wir eingetreten, uns Allen nicht nur ein größeres Maß von Rechten zu Theil geworden, sondern auch heilige Pflicht nicht sowohl gegen uns selbst, als gegen die Gesammtheit, der wir angehören, gegen das Vaterland auferlegt worden sind. Wir dürfen uns nicht nur am Staatsleben betheiligen, wir sollen es, Jeder in seiner Stellung, nach seiner Einsicht, seiner Kraft. Durch ein Zurückziehen auf sich selbst, auf den engsten Kreis des Zusammenlebens, seiner Erwerbs- und Berufsgeschäfte, damit man in seiner Ruhe nicht gestört, der Unannehmlichkeit des Mißfallens, des Angriffes von Diesem oder Jenem, der Opfer an Mühe und Zeit, überhoben bleibe, giebt man seinerseits die Geschicke des Vaterlandes dem Zufall preis oder der Herrschaft derer, die zu Allem die Entschlossensten sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie dazu die Berufensten sein mögen.

Es ist nun aber ein erstes Bedürfniß, daß jenes Pflichtgefühl in weitem Kreise erweckt erhalten, gekräftigt, daß seiner Ausübung die rechte Bahn gewiesen werde. Dieses durch gemeinsames Zusammenwirken zu erreichen ist die Aufgabe und Zweck des constitutionellen Clubbs.

Es bestehen nun aber in unserer Stadt Vereine, die möglicherweise dasselbe Ziel sich gesetzt haben. Es liegt der Gedanke nahe, daß zwischen diesen, und namentlich dem „demokratischen Clubb“, der dem Unterzeichneten nur vom Hörensagen bisher bekannt ist, und dem „constitutionellen“, der eben ins Leben treten will. ein Gegensatz bestehe. Es ist umsomehr nothwendig, daß darüber Aufklärung gegeben, Gewißheit verschafft werde, als die Namen, welche beide Vereine sich beigelegt haben auf einen Gegensatz gar nicht hinweisen. Die constitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage ist die Verfassungsform, in welche wir eintreten, welche wir auszubauen im Begriff sind. Wenn der demokratische Clubb nur in diesem Sinn ein demokratischer sein, für diesen Ausbau wirken will, wenn der jetzt neu zu gründende sich in gleicher Bedeutung seinen Namen erwählt hat, so sind beide nur verschiedene Vereine, die ein Ziel verfolgen und sich friedlich die Hände reichen können.

Der constitutionelle Clubb darf darüber seinerseits keinen Zweifel aufkommen, keine Ungewißheit bestehen lassen, damit bei Manchen, mit denen wir eines Weges nicht gehen können und wollen, nicht Erwartungen erregt werden, die nicht befriedigt werden können, damit nicht im Kreise des Vereins bald Versuche sich kund geben möchten, die zu Kampf und Zwiespalt führen müßten; damit ferner bei Andern die Besorgniß beseitigt werde, daß der Name nur ein Aushängeschild für andere Zwecke und Absichten sein möchte. Freiheit, Wahrheit und Offenheit müssen die Grundpfeiler des konstitutionellen Clubbs sein. — Es kann und darf derselbe daher auch nur aus gleichartigen Elementen bestehen, d. h. nur aus solchen, die zu seinen Ansichten sich ehrlich und offen bekennen, die zu seinem Zwecke treulich mitzuwirken entschlossen sind, so daß, wer demselben beitritt, sei es ausdrücklich, sei es stillschweigend, seine Ehre für die Lauterkeit und Aufrichtigkeit seiner Gesinnung und Absicht verpfändet. Der konstitutionelle Verein tritt zusammen, um einerseits ebenso Wache zu halten gegen alle reaktionäre Gelüste, wo sie in einer gefahrdrohenden Weise hervortreten möchten, um die Verheißungen und Errungenschaften der letzten Wochen zu vereiteln oder zu verkümmern, als er andererseits entgegen zu wirken entschlossen ist allen republikanischen Bestrebungen, die nur unsägliches Unglück über uns bringen und alles Erreichte am leichtesten wieder verloren machen könnten. Welche Bestrebungen, wenn sie, wie bei Manchem aus lauterer Absicht hervorgehen, achtbar sein können, und wo sie sich offen kund geben, auch ungefährlicher sein möchten, aber alle Aufmerksamkeit da erheischen, wo sie unter andern Namen und Vorgeben ihre Zwecke zu erreichen suchen, durch unablässige Herabwürdigung des Königthums, durch Forterhaltung und Nährung der Aufregung durch stete Aufstachlung der arbeitenden Klassen zur Erhebung, wenn auch noch so gerechter Ansprüche, deren augenblickliche Befriedigung aber nicht zu erreichen ist. Der konstitutionelle Clubb will die konstitutionelle Monarchie auf volksthümlicher Grundlage mit Einrichtungen und Gesetzen, mit den Garantieen, welche sie für die Erhaltung des Königthums so wohl, als für die Freiheit des Volkes erfordert; rein, voll, ganz und wahr. Dafür will er wirken im Ganzen wie im Einzelnen, dafür will er Sinn und Liebe zu erwecken, dafür will er Kräfte zu gewinnen suchen, so gut und weit er es vermag... Der konstitutionelle Clubb ist zugleich ein sozialer Clubb, indem er es als seine Aufgabe betrachtet, alle Vorschläge, welche zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, sei es in seiner Mitte selbst, sei es von einer andern Seite her, gemacht worden, in Erwägung zu ziehen, und das ausführbar Befundene, so weit der Kreis seiner Wirksamkeit reicht, zu verwirklichen. Der konstitutionelle Clubb ist vor Allem aber auch ein deutscher Clubb, indem er die Herstellung, Erhaltung, Kräftigung der Einheit Deutschlands für die erste höchste Aufgabe erkennt, welche uns gestellt ist, der alles Andere, wo es erforderlich ist, nachgestellt, untergeordnet werden muß; deren Erfüllung eine Vorbedingung ist für das Gelingen aller andern Hoffnungen und Bestrebungen. Der konstitutionelle Clubb wird nach seinen Kräften darauf hinwirken und andern Vereinen im deutschen Vaterlande, die von gleicher Gesinnung geleitet sind, die Hand bieten.

Der konstitutionelle Clubb sollte nun nach der Ansicht der Unterzeichneten bei seinem ersten Zusammentreten, bei welchem er noch nicht einmal wissen kann, welche unter den Anwesenden er zu seinen Mitgliedern wird zählen können, sich darauf beschränken, 1) sein Programm etwa im obigen Sinne festzustellen, und 2) einen Ausschuß von Männern, bei denen jene Gesinnungen mit Sicherheit vorausgesetzt werden dürfen, zu ernennen, um die weitere Organisation zu berathen und vorzubereiten.

Breslau, den 11. April 1848.

W. E. Wilda.

Breslau, 10. April. Heute fand eine Sitzung der Herren Kaufmanns-Aeltesten und des kaufmännischen Comités statt, zu welcher man für gut gefunden hatte, auch fünf bis sechs nicht recipirte Kaufleute zuzuziehen. Der Zweck war die von dem Hrn. Ober-Präsidenten Pinder persönlich gemachten Vorschläge zur Abhülfe der jetzigen Kalamität zu berathen, und nach Ermessen neue hinzuzufügen. — Der Herr Ober-Präsident theilte der Versammlung mit, daß der Staat 250,000 Rtl. zur Unterstützung der Fabrikanten und solcher Kaufleute, welche Arbeiter beschäftigen, bewilligt habe, es wurde in Folge dessen eine Kommission gewählt, welche dem Vernehmen nach, aus den Herren: Pachaly, E. Heimann, Ullmann, Molinari, und G. Liebich besteht, welche die Nothwendigkeit der Unterstützung prüfen soll. Das Geld wird leihweise, auf Waaren, oder Wechsel gegeben; Letztere müssen zwei Unterschriften solcher Firmen haben, die die Kommision als sicher anerkennt. Die Unterstützung von 250,000 Rtl. für das an Fabriken reiche Schlesien ist winzig klein und wird nicht den gewünschten Erfolg haben. — Noch wurde der Vorschlag wegen Errichtung einer Privatbank, bei welcher sich der Staat betheiligen, welcher ferner das Recht Noten auszugeben verliehen werden solle, gemacht, es kam jedoch hierüber zu keinem Beschluß und wurde die Sache einer Kommission zur Bearbeitung übergeben. Der Wunsch des Herrn Ober-Präsidenten, daß der Kassenverein wieder seine Geschäfte aufnehmen solle, wurde unter Hinweisung auf die Zeit-Verhältnisse abgelehnt. — Wir haben noch bei dieser Gelegenheit zu erwähnen, daß die Herren Aeltesten und das Comité das Bedürfniß, eine Vereinbarung mit der kaufmännischen Deputation bereits anerkennen, und wird deshalb am Donnerstag in einer gemeinschaftlichen Sitzung die Errichtung einer Handelskammer im Wege der Association, als das gemeinsame Organ für den gesammten Handelsstand berathen werden. (Handelsbl.)

*** Aus Oberschlesien, 6. April.** Der Justizrath Stiller zu Ratibor hat im Auftrage mehrerer robotpflichtigen Gemeinden einiger Kreise Oberschlesiens wegen Modifikation der Verordnung vom 13. Juli 1827 ein Immediat-Gesuch angebracht und in Folge dessen an die betheiligten Gemeinden das nachstehende Schreiben erlassen:

„Den Robotgärtnern und Robothäuslern zu 2c. mache ich hiermit bekannt: daß ich mich mit Rücksicht auf die in den Bresl. Zeitungen pro 1848, Nr. 59, S. 577, und Nr. 66, S. 658 enthaltenen Referate nunmehr veranlaßt gefunden habe, die Modifikation der Verordnung vom 13. Juli 1827 — Ges.-Samml. pro 1827, S. 79 — nachzusuchen, und daß das diesfällige Gesuch heute hier zur Post befördert worden ist. — Hierbei fordere ich dieselben recht dringend auf: in aller Ruhe und Ordnung das Resultat dieses Gesuchs auf dem gesetzlichen Wege abzuwarten und ihrer Gutsherrschaft die schuldigen Robotdienste, deren sie gegenwärtig bei Bestellung der Saatfelder so nothwendig bedarf, unweigerlich und ohne alle Störung fortzupräftiren, sich dabei auch durch müßige und arbeitsscheue Winkelkonsulenten und andere dergleichen Leute, die nur ihren eigenen Vortheil und nicht den der Robotleute im Auge haben, auf keine Weise irre leiten zu lassen, und ich stehe ihnen gut dafür, daß sie nur auf diesem ruhigen, ordentlichen und gesetzlichen Wege zur Ablösung ihrer Roboten in Kurzem werden gelangen können, wogegen sie, wenn sie sich etwa beikommen lassen sollten, diesem meinem so wohlgemeinten Rathe zuwider zu handeln und ihrer Gutsherrschaft mit Gewalt etwas abzutrotzen, nur sich und hauptsächlich ihre Weiber und Kinder ins größte Unglück und Elend stürzen würden. — Folgen sie daher nur mir, und ich versichere sie, daß sie für ihre ruhige und ordnungsliebende Haltung durch ein unter Gottes gnädigem Beistande in Kurzem erscheinendes Gesetz einer für sie nur günstigen segensreichen Zukunft werden entgegensehen können.

Ratibor, den 31. März 1848.

Der königl. Justizrath Stiller.“

Wir haben mit Rücksicht auf die in mehreren Ortschaften der Provinz Schlesien laut gewordene Unzufriedenheit und die dadurch herbeigeführten Excesse zur Beruhigung der robotpflichtigen Landbewohner dieses Schreiben der Oeffentlichkeit übergeben, und Herr Stiller wird uns wegen des wohlgemeinten Zweckes hierbei gewiß entschuldigen.

---

† Aus der Provinz. Am 30. März, Abends gegen 8 Uhr brach bei einem Bauer zu Krummölse, Kreis Löwenberg, Feuer aus, wodurch dessen Wohnhaus, Scheune und Stallung ein Raub der Flammen wurden. — Am 31. März, früh 1/4 3 Uhr, brach in einer Scheune auf dem Dominialgehöfte zu Mittel-Olbendorf im Kreise Strehlen Feuer aus, wodurch dieselbe, sämmtliche Stallung, Schirrkammer 2c., sowie das Wohnhaus, Stallung und Wagenremise des Oberförsters abbrannte. Drei Pferde und zwanzig Stück Schaafe kamen in den Flammen um. — Am 2. April, Abends halb 10 Uhr, brannten zu Merzdorf im Kreise Jauer zwei Gärtnerstellen gänzlich nieder. — Am 3. April, früh um 2 Uhr, wurde in Hohndorf, Kreis Löwenberg, das königliche Lehngut nebst dazu gehörigen Scheuern, Stallung und Schüttboden, nebst bedeutenden Getreide-Vorräthen ein Raub der Flammen. Ohngefähr 40 Stück Schaafe fanden in den Flammen ihren Tod. — Am 4. April, Abends in der 10. Stunde, brach auf dem Dominium Mittel-Leipe im Kreise Jauer, in einer Scheune Feuer aus, wodurch diese, in welcher sich noch 70 Schock Roggen befanden, und der Schaafstall in Asche gelegt wurde. — Am 7. April, Nachts halb 11 Uhr, brach auf dem eine Viertelmeile von Hirschberg östlich isolirt gelegenen Vorwerk, im Kuhstall Feuer aus, welches in kurzer Zeit ein 3stöckiges Haus nebst Stallung und Scheuer einäscherte. — Am 8. April, Abends halb 11 Uhr, brannten in dem Dorfe Gorreck, im Kreise Oppeln, 2 Gärtnerstellen nebst Stallung und Scheune nieder.

Mannigfaltiges.

— (Amsterdam, 6. April.) Eine Laune des Schicksals wollte es, daß der König der Niederlande und der Prinz von Oranien gleichzeitig mit dem auf der Flucht begriffenen Fürsten Metternich vorgestern Abend in unsere Mauern einzogen.

— Auch Preußens gefallene Größen, namentlich die Häuptlinge und Führer der pietistischen Glaubensrichtung, haben mit mancherlei Ungemach in diesen Tagen zu kämpfen. Der Consistorial-Präsident Göschel irrt zwischen Halle und Magdeburg umher, wird überall nicht gern gesehen und muß überall die Mahnung vernehmen, sich wo möglich einen anderen Wohnort als den, wo er sich eben niederlassen will, zu wählen. Seinem früheren Herrn und Meister, dem Ex-Minister Eichhorn, geht's fast noch schlimmer. Er hatte sich von Berlin nach Wernigerode in unserer Nähe begeben und war dort auch von dem regierenden Grafen zu Stolberg freundlich, wie einst in für ihn besseren Zeiten, aufgenommen worden, da sich bekanntlich das Stolberg-Wernigerodische Grafenhaus seit längerer Zeit zum Pietismus hinneigt. Die Bürger der Stadt Wernigerode hatten aber Nachricht von dem gastlichen Zuspruche Eichhorn's bei ihrem Grafen erhalten, erhoben sich in Masse und sandten eine Deputation zu Sr. Erlaucht, welche die schleunigste Entfernung des Ex-Ministers aus dem Weichbilde Wernigerode's erbitten sollte. Der Graf kennt die eigenthümlichen Verhältnisse unserer Tage bei solchen Bitten und hat, gewiß mit schwerem Herzen, seinen Gast entlassen müssen. (Köln. Z.)

Inserate.

Mittelst allerhöchster Kabinets-Ordre vom 8. d. M. haben des Königs Magestät geruht, einstweilen und bis zum Eintritt einer vollständigen Umarbeitung der Porto-Taxe nachfolgende Abänderungen derselben zu genehmigen.

I. Das Porto für Geldsendungen aller Art, so wie für andere Sendungen, deren Werth angegeben ist, soll sich zusammensetzen:

a) aus dem Porto, nach dem Gewicht der Sendungen, nach der Brief- oder Päckerei-Taxe und nach Maßgabe der Entfernung des Bestimmungsortes und

b) aus einer Assekuranz-Gebühr für den angegebenen Werth.

Die Assekuranz-Gebühr soll betragen:

auf Entfernungen unter und bis 10 Meilen:
für baares Geld . . . . 10 Sg. auf 1000 Rt.
für Papiergeld u. Staatspapiere 5 „ „ 1000 „
auf Entfernungen über 10 bis 50 Meilen:
für baares Geld . . . . 20 Sg. auf 1000 Rt.
für Papiergeld u. Staatspapiere 10 „ „ 1000 „
auf Entfernungen über 50 Meilen:
für baares Geld . . . . . 1 Rt. 10 „ „ 1000 „
für Papiergeld und
Staatspapiere . . . — „ 20 „ „ 1000 „

Nach diesem Maßstabe soll die Assekuranz-Gebühr berechnet werden.

Für Sendungen unter u. bis 50 Rt. wie für 50 Rt.
„ „ über 50—100 „ „ „ 100 „
„ „ „ 100 Rt. von 100 zu 100 Rt.,
wobei auch überschießende Beträge von weniger als 100 Rt. einem vollen Hundert gleichgeachtet werden.

Der Betrag für den Einlieferungsschein soll in der Assekuranz-Gebühr einbegriffen sein. Ein Declarationszwang findet ferner nicht mehr statt, dagegen wird im Falle eines Verlustes einer nicht deklarirten Geldsendung oder einer Werthsendung, welche bisher dem Declarationszwange unterworfen war, kein Ersatz geleistet. Dasselbe tritt auch bei Beschädigung derartiger Sendungen ein.

II. Das Porto für Pakete soll, so weit dieselben nicht ausschließlich auf Eisenbahn-Routen befördert werden, in welchem Falle nur die Hälfte des Porto nach der bisherigen Taxe zu zahlen ist, nach einem Progressions-Satze von 2 Pfennigen pro Pfund auf je 5 Meilen in gerader Linie gemessen, erhoben werden. So lange das Porto nach der Pfund-Taxe nicht mehr beträgt, ist als der geringste Satz für ein Paket das doppelte Briefporto nach der in der allerhöchsten Ordre vom 18. August 1845 festgesetzten Briefporto-Skala

zu erheben. Porto-Restitutionen für jährliche bedeutende Versendungen von baarem Silbergeld, Gold und anderen Päckereien finden in der Folge nicht mehr statt. Gleichzeitig haben des Königs Majestät zu genehmigen geruht, daß die Garantie-Prämie für Geldsendungen in Beträgen von mehr als 1000 Thalern vorübergehend und vorläufig auf drei Monate auf die Hälfte des gesetzlichen Betrages allgemein ermäßigt werde. Die vorstehenden allerhöchsten Bestimmungen sind von jeder Post-Anstalt mit dem Tage in Ausführung zu bringen, welcher auf den Tag des Eingangs dieses Verfügung folgt. Zur Erläuterung wird bemerkt, daß die Brief- und die Geldporto-Taxe nach dem Porto-Tax-Regulativ vom 18. December 1824 außer Kraft tritt. Für die Paket-Portotaxe bleiben die bisherigen Progressionssätze bestehen. Es ist aber für jeden Progressionssatz nicht ferner 3 Silberpfennige pro Pfund, sondern, wenn die Beförderung ganz oder theilweise auf gewöhnlichen Routen erfolgt, 2 Silberpfennige, wenn solche aber ausschließlich auf Eisenbahnen erfolgt, 1 ½ Silberpf. pro Pfund auf je 5 Meilen zu erheben, wobei jedoch das doppelte Briefporto nach der ermäßigten Brief-Portotaxe das Minimum des zu erhebenden Porto bildet.

Sendungen mit Papiergeld und Dokumenten werden außer der Garantie-Prämie mit dem Porto nach der Schrifttaxe, Sendungen mit baarem Gelde und sonstigem deklarirten Werthe mit dem Porto nach der Pakettaxe belegt. In Absicht auf Verpackung und Beförderung derartiger Sendungen bleiben die bestehenden Vorschriften in Kraft.

Die Assekuranz-Prämie beträgt für baares Geld für Summen bis 50 Rthlr.

auf Entfernungen unter und bis 10 Meilen ½ Sgr.
" " über 10 bis 50 Meilen . 1 "
" " über 50 Meilen . . . . . 2 "

Für Summen über 50 bis 100 Rthlr. das Doppelte der vorstehenden Beträge, ohne Ermäßigung für überschießende Summen unter 50 Rthlr.

Für Papiergeld und Staatspapiere wird die Hälfte der vorstehenden Sätze erhoben.

Für Sendungen gemischten Inhalts (mit baarem Gelde und Papiergeld oder Dokumenten) wird das Porto nach der Pakettaxe erhoben. Die Assekuranzgebühr ist für dergleichen Sendungen bis 100 Rthlr. nach der Beschaffenheit desjenigen Theiles der Sendung auszutaxiren, welche den größeren Betrag bildet. Sind die Beträge von baarem Gelde und anderen Werthen gleich, so ist die Assekuranz-Prämie nach dem niedrigsten Satze zu erheben; bei gemischten Sendungen über 100 Rthlr. wird die Assekuranz-Prämie für jeden Theil der Sendung besonders berechnet und erhoben. Den Maßstab für die Entfernungen, nach denen die Garantie-Prämie zu erheben ist, giebt die Briefporto-Taxe in der Weise, daß der niedrigste Satz für Sendungen nach solchen Orten erhoben wird, bis wohin das Brief-Porto 1 Sgr. oder 1 ½ Sgr. beträgt, der folgende höhere Satz für Sendungen nach Orten, bis wohin das Brief-Porto von 2 bis 4 Sgr. einschließlich beträgt, und der höchste Satz für alle übrigen Sendungen.

Bei Summen von 1000 Rthlr. tritt vorläufig bis zum 1. Juli d. J. für Sendungen in baarem Gelde und in Papiergeld eine Ermäßigung der Garantie-Prämie auf die Hälfte der vorstehenden Sätze ein. Auf Sendungen von Dokumenten, Staatspapieren oder mit sonstigem declarirten Werthe findet diese zeitweise Ermäßigung nicht Anwendung.

Da Scheingeld für Geld- und Werth-Sendungen in Zukunft nicht mehr zu erheben ist, so ist das Scheingeld-Conto zu schließen, und die noch zu berechnenden Beträge sind gehörig zu vereinnahmen. Daß die Vereinnahmung richtig erfolgt, ist von dem Vorsteher einer jeden Post-Anstalt neben derselben amtlich zu bescheinigen. Die noch vorhandenen Scheine werden vorläufig als Gratis-Scheine verwandt. Für rekommandirte Briefe wird die für die Recommandation zu entrichtende Gebühr bei dem Porto mit eingehoben und in den Karten berechnet. So weit mit ausländischen Post-Verwaltungen feste Gränzporto-Sätze für Paket- und Werth-Sendungen verabredet sind, bleiben solche bis auf Weiteres bestehen. Im Uebrigen kommen die vorstehenden Bestimmungen auf alle zur preußischen Post-Kasse fließende Porto-Bezüge in Anwendung.

Berlin, den 9. April 1848.

Der General-Postmeister
von Schaper.

Einladung.

Die erste Versammlung des **constitutionellen Vereins** findet

am 12ten d. M. Abends 7 Uhr im Wintergarten

statt. Die Legitimation der Erscheinenden wird nach den Listen, welche fortdauernd zur Einzeichnung im Börsen-Lokale ausliegen, geführt.

Gegenstände der Verhandlung:
1) Gestaltung und Programm des Vereins.
2) Politisch-sociale Fragen der Gegenwart.
3) Umgestaltung der Städte-Verfassung.

H. Gräff. **Th. Molinari.**

Es ist mir inniges Bedürfniß, hierdurch öffentlich anzuerkennen, daß sowohl die hiesige Gemeinde als auch die beiden Gemeinden zu Zülzendorf im Nimptscher Kreise auch bei der argen Aufregung, die sich in der letzten Zeit vieler Gemüther bemächtigt und leider die traurigsten Excesse veranlaßt hat, durch ihr besonnenes und taktvolles Benehmen bewiesen haben, daß sie die Gesetzmäßigkeit und Ordnung hochachten.

Ruppersdorf, 10. April 1848.

Baron von Sauerma.

Dringender Zuruf an Preußens Ritterschaft.

Der Unterzeichnete hat nicht den Muth und die Kraft an die Lösung der großen socialen Fragen in Bezug auf Organisation der Arbeit und Bewältigung des Proletariats die Hand zu legen, wohl aber fühlt er sich, vermöge seiner Erfahrung geeignet und vermöge seiner Stellung berufen, den beginnenden unnatürlichen Bürgerkrieg zwischen großem und kleinem Besitze ausgleichen zu helfen, der sonst leicht in dem Selbstmorde des Besitzes überhaupt enden dürfte. — Daß in dem beabsichtigten Freienstaate (ob nun Preußisch Deutschland oder Deutsch Preußen geheißen bleibe noch dahingestellt) der Grundbesitz sich nicht in einen berechtigten und verpflichteten zerspalten kann, ist evident und das gleichmäßige Interesse des Gutsherrn und Gutsinsassen verlangt schleunigste Aufhebung jeglicher Dienstbarkeit, jeglicher auch rein pekuniärer Abhängigkeit des Einen von dem anderen. — Doch auf geregeltem, von einer freisinnigen Gesetzgebung vorgeschriebenem Wege muß diese Lösung erfolgen, denn die Schüsse der Berliner Barrikaden haben bis jetzt nur das preußische Staats- nicht aber das Landes-Recht durchlöchert und mächtig das Verhältniß des Volkes zum Fürsten, nicht aber die privaten Verhältnisse der Unterthanen zu einander gelockert. — Der Landmann ist bei uns aber selten im Stande, aus eigenen Mitteln diese Ablösung zu bewirken und daher bleibt eine Begründung des bäuerlichen Kredites Behufs Aufhebung jeglicher Verpflichtung das nächste Bedürfniß des Landmannns; ein solcher aber kann jetzt nur Hand in Hand, ja besser ausgesprochen kann nur durch Unterstützung des ritterschaftlichen Kredites sich gestalten, d. h. „aus dem landschaftlichen Systeme, aus dem Kreditsinstitute und den beabsichtigten Land-Rentenbanken muß Ein großes Landkreditsystem sich erheben und die Millionen des uns gehörenden eigenthümlichen Fonds müssen nicht allein alle und jede Unkosten der Gesammtverwaltung decken, sondern auch als Unterpfand des bäuerlichen Kredites mit verhaftet werden." Geschieht dieses alsbald, so hört der widernatürliche Zwiespalt zwischen großem und kleinem Besitze auf, den gesammten Grundbesitz umschlingt dann ein eben so freisinniges als echt konservatives Bruderband und vereint bilden wir eine mächtige undurchdringliche Phalanx so gegen die plumpe Faust des Proletariates, wie gegen das feine Gift des Kommunismus. — Mein Vorschlag ist demnach, daß sofort eine Kommission aus Mitte der Landschaft, des Kredit-Institutes und der bäuerlichen Landtagsdeputirten zusammentrete und sich über die Art und Weise berathe, wie die begehrte Verschmelzung auf das schleunigste zu bewerkstelligen sei. Daß diese Umwandlung der Zinsen und Prästationen in Kapitalsbriefe wie gedacht nur auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgen muß, ist natürlich, denn es soll kein Raub begangen werden und der Gutsherr hat eben um dieser Berechtigungen willen sein Gut um so viel theurer erkauft oder übernommen, als der Gutsinsasse, andererseits seine Stelle um der korrespondirenden Verpflichtungen willen um so viel wohlfeiler acquirirte oder übernahm. — Aber andrerseits dürfen wir bei dieser Regulirung auch nicht kleinlich markten oder knickern, zumal da, wo es um unklare Verpflichtungen sich handelt, oder wo gar die öffentliche Meinung (gleichviel ob zu Recht oder Unrecht) sich entschieden gegen uns ausspricht. Daher laßt uns willig opfern die Laudemien und Jurisdictionszinsen, die Zählgelder, das Krugsverlagsrecht u. s. w., die doch seit Jahren schon die Quelle zahllosen Haders abgaben, und wodurch, unter Anleitung und Beihülfe der Justizpersonen die unteren Klassen systematisch demoralisirt und erbittert worden sind. Ich verhehle mir keinesweges die Größe dieses Opfers, welches ich begehre und bringe, aber nur durch ein solches offenes loyales Handeln befreunden wir uns den überall unzufriedenen, vielfach aufrührerischen Landmann und begründen, nicht etwa durch eine patriarchalische Fiction, welche eben so unsinnig ist, wie die des sogenannten Repräsentativstaates mit seinen trois pouvoirs und jämmerlichen systeme de bascule, sondern durch die Uebermacht der höheren Bildung ein neues schöneres zeitgemäßes Dominium. — Von diesem Allen aber halten wir ganz den Staat fern, denn die Umwandlung muß sich, um schnell und zweckmäßig zu erfolgen, rein provinziell gestalten, zumal da die Erfahrung uns lehren wird, daß Deutschland demnächst sich zwar Eins und Einig nach Außen, aber ganz verschiedenartig und provinziell im Innern reconstruiren wird. — Wie wäre es z. B. geworden, wenn der preußische Gesammtstaat eine Garantie für die Land-Rentenbanken übernommen hätte und Posen ausgeschieden wäre! — Daß ganz neue Taxprinzipien zum Grunde gelegt werden müssen, ist natürlich, denn weder die alten vermorschten, noch die überkünstelten neuen, welche seit Jahren in des Monarchen Kabinete begraben liegen, reichen hier aus; aber wir können jetzt zu der einfachen, vom Grafen Renard mit Interesse verfochtenen Bodentaxe zurückkehren, da das Recht freier Association uns die Mittel und Wege an die Hand giebt, durch Banken u. s. w. der landwirthschaftlichen Industrie und fortschreitenden Kultur anderweitige Kredite zu eröffnen. Wozu auch eine Garantie des Staates! Der Kredit des entfesselten freien Grund-Eigenthums, der unserer gesammten Provinz, wiegt reichlich den des Staates auf, der zwar einestheils möglicherweise in Deutschland aufgehen, dem aber wahrscheinlicher Weise auch ein Glied abgehen dürfte. — Mögen die Fabrikanten, die Handelsleute und die Arbeiter ihre Verhältnisse unter Beihülfe und Unterstützung des Staates zu ordnen und zu organisiren trachten; diese Sache wollen wir, die Besitzenden, selbstständig unter uns abmachen, und bei gutem redlichen Willen, bei richtiger Auffassung unserer Interessen fällt dies auch nicht schwer. Ich weiß, daß es unverständige Gutsbesitzer genug geben wird, die in nichts nachgeben, so wie nicht minder unverschämte Bauern, die nichts geben wollen, aber die große Mehrzahl wird mir Recht geben, daß nur also der gordische Knoten zerhauen werden kann, wie denn überhaupt nur eine tüchtige Revolution dem jämmerlichen Revolutioniren ein Ende macht. — Es wäre noch zu früh, hier ins Detail einzugehen, sonst würde ich zeigen, wie einfach das ganze Geschäft bei einer solchen Verschmelzung sich macht, da ja doch der größte Theil der nun auszufertigenden Landrentenbriefe doch sofort wieder als Ablösungssumme an die Landschaft zurückfließen müßte; wie die Landschaft mit ihrem zahlreichen und erfahrenen Beamtenpersonale, ihrem trefflich geregelten Kastenwesen und ihrem durch lange Jahre begründeten Kredite gleich von vornherein den Weg anbahnen würde und wie endlich der so reich ausgerüstete eigenthümliche Fonds (das Oberschlesische System besitzt allein über eine halbe Million) gar nicht passender verwandt werden kann, als zur Verhütung dieses gefahrvollen Kampfes, der jetzt den ganzen Grundbesitz mit totaler Entwerthung bedroht. Zu weit würde es ferner führen, wenn ich entwickeln wollte, wie leicht alsdann der Werth der ganzen Feldmark auf Einmal ermittelt und der Kredit demnächst nach Verhältniß der Morgenzahl zwischen den cidevant Gutsherren und cidevant Gutsinsassen repartirt würde und wie nach eben diesem Maaßstabe auch die (jetzt so benannten) landschaftlichen Kreistage und Fürstenthums-Versammlungen zu beschicken wären. Dann gäbe es wahrhafte Landtage, eigentliche Landesälteste und wirkliche Landesdirektoren. — A qui de droit, diese eben so kurzen als sehr verständlichen Andeutungen. — An alle creditverbundenen Stände aber und zumal an die einfluß- und geistreichen Männer in unserer Mitte die dringende flehentliche Bitte, schleunigst hierbei die Initiative zu ergreifen; denn das entsetzliche Anathem unserer Tage liegt in den beiden einsylbigen Worten:

zu spät!

Pschow bei Ratibor am 1. April 1848.

Wit von Dörring.

Vom Kreuzburger Kreise eingesandt.

Der Erklärung der Kreise Wohlau, Guhrau und Herrnstadt in Nr. 74 der Breslauer Zeitung mit dem Motto: „Ehre dem Könige! Friede dem Vaterlande! Gehorsam den Gesetzen!" — treten wir in allen Stücken bei und erklären selbige als unsere innerste Ueberzeugung.

Kreuzburg, den 5. April 1848.

Graf von Monts, königlicher Landrath. Graf v. Reichenbach. von Damnitz. von Taubadel. Alker. Wolff. von Prittwitz. von Blacha. von Eisenschmidt. Graf von Strachwitz. von Prittwitz-Gaffron. Graf von Schwerin. von Wissel. Haselbach. Kynast. Gluffka. Lange. Grocke. von Lyncker. Soyaux. Dütschke. Fritze. Deditius. v. Szczutowsky. Pratsch.

? ? ?

Warum richtet nicht einer der hiesigen Herren Banquiers ein Wechselgeschäft für sächsische und andere nicht preußische Kassenanweisungen ein, und zwar von der Art, daß gegen Vergütigung einer mäßigen Provision und des Porto's Jedermann fremde Kassenanweisungen bei ihm einwechseln kann? — Gewiß würde dadurch vielfach genützt, denn es würde nicht nur den unbescheidenen Forderungen der meisten Kaufleute Einhalt gethan, die fremden Kassenscheine würden sich bei diesem Manne concentriren und er würde in den Stand gesetzt, zu weit billigeren Bedingungen den Umtausch zu besorgen, und die Hauptsache wäre, wir entfernten durch dieses Mittel wieder die Masse fremder Kassenscheine.

Dritte Beilage zu № 87 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 12. April 1848.

Die gewaltigen Ereignisse der neuesten Zeit legen Jedem die Pflicht auf, frei und öffentlich seine Meinung auszusprechen, damit nicht geglaubt werde, das, was in einigen Städten und in einigen Zeitungen als die Stimme des Volks angegeben wird, sei diese auch wirklich.

Nur wenige Bewohner des platten Landes haben bis jetzt ihre Stimme erhoben. Es ist Zeit, daß sie es thun.

Das Bewußtsein dieser Pflicht, veranlaßt uns zu folgender öffentlicher Erklärung:

Eingedenk unserer Eide hangen wir mit unverbrüchlicher Treue unserm Könige und dem Hause Hohenzollern an. Was er schon vor dem schwer zu beklagenden Ereignisse des 18. März frei Seinem Volke gegeben, nehmen wir mit Dank an. Vorwärts wollen wir mit Ihm, wollen wir mit dem vereinigten Landtage, den wir allein als das verfassungsmäßige Organ des Volkes betrachten, und um so freudiger, als er in seinem nur erst kurzen Wirken doch schon zur Genüge kund gegeben, daß er dem Volke von allen Verheißungen nichts vorzuenthalten gemeint ist, das ganze Land ihm daher vertrauen kann; vorwärts endlich wollen wir mit der künftigen National-Versammlung, der wir mit demselben Vertrauen unsere Herzen zuwenden.

Mit jedem wahren Freunde des Vaterlandes sind wir fern davon, in irgend einer Weise und Form reaktionäre Tendenzen zu nähren oder zu verfolgen, alte Vorrechte, über welche die Zeit für immer den Stab gebrochen hat, erhalten, oder wieder in's Leben rufen zu wollen. Aber eben so fern liegt es uns, gut heißen zu wollen, was in einigen öffentlichen Versammlungen der Hauptstadt Schlesiens als der Wille des Volkes ausposaunt wird. Gegen solche Anmaßungen unberufener Volksbeglücker, welche weder das Volk noch dessen wahre Bedürfnisse kennen, wollen wir Landleute, die den größten Theil des Volks ausmachen, uns um so feierlicher verwahren, als in vielen dieser Versammlungen leider nur zur häufig alles Bestehende umzustürzen gesucht, alles bisher Geachtete mit Schmach bedeckt wird. Hundertausende theilen unsere Ueberzeugung und beklagen mit uns, daß das Land unter dem Druck künstlich genährter Aufreguug in Stockung allen Verkehrs und großer Nahrungslosigkeit die erst erhofften Güter schon jetzt durch kostbare Opfer theuer erkaufen muß. Sollen unsere Hoffnungen zur Frucht reifen, so kann es nur geschehen durch treues Anhängen an das Königthum, Achtung vor jedem Gesetz, vor jedem Recht, und durch freudiges, aufrichtiges Vorschreiten mit Gott für König und Vaterland! Zeitungsstreitigkeiten liegen nicht in unserer Absicht; wir verzichten daher auch im Voraus auf jede weitere Kontroverse, und wünschen nur innig, daß diese unsere Worte, aus ächten deutschen Herzen entsprungen, in anderen deutschen Herzen anklingen mögen!

Bahnhof Klopschen im Kreise Glogau,
den 7. April 1848.

v. Berge, auf Ober-Herrndorf.
v. Borwitz I., auf Weichwitz.
v. Borwitz II.
v. Busse, auf Würchwitz.
Freiherr v. Buddenbrock, auf Kl. Tschirnau.
Erb- und Gerichtsscholz Gürke } daselbst.
Wirthschafts-Inspektor Kirschke }
Erb- und Gerichts-Scholz Pohl in Zubehör Doberwitz.
Farthmann auf Klein-Schwein.
Gerichtsscholz, Bauergutsbesitzer Reiser daselbst.
Gerichtsscholz Kurz } aus zugehörigen
Ger.-Mann Faulseit } Dörfern.
Erb- und Gerichtsscholz, Kreis-Taxator Füllborn zu Kladau.
Erb- und Gerichtsscholz Gurlt zu Grabig, königl. Antheils.
Gerichtsscholz, Bauergutsbesitzer John zu Grabig, Weichwitzer Antheils.
Hanke auf Nieder-Herrndorf.
v. Heuthausen auf K. Briesnitz.
Schiedsmann Aust } daselbst.
Gerichtsschreiber Lehrer Wende }
Erb- und Gerichtsscholz Habisch } zu
Gerichts-Mann, Freigärtner Menzel } Gleinitz.
Erbscholz Hirsch } zu Bilbau.
Gerichtsscholz Ninzel }
Jordan auf Schönau.
Lehrer Scharf
Erb- und Gerichtsscholz Sander
Dekonom Schneider,
Müllermeister Schmidt } daselbst.
Bauergutsbesitzer Müller
Krug, Habsch, Krug, Hoffmann,
Knobel, Wirthe,

L. Mathis auf Denkwitz.
Gerichtsscholz Kiegisch
Gerichtsmann Neumann } daselbst.
dito Kern
dito Schmidt
Moderow auf Hermsdorf.
Martin auf Nieder-Polkwitz.
Gaupp, Bauergutsbesitzer daselbst.
Ober-Amtmann Evers, Domänen-Pächter zu Töppendorf.
Gerichtsscholz Schönborn in Zubehör Hainbach.
Graf Nostiz zu Parchau.
Oswald auf Mahnau.
Knoch auf Altgabel.
Pastor Hoffmann
Wirthschafts-Inspektor Labude } zu Otten-
Lehrer Tietsch } dorf.
Gerichtsscholz Hoffmann
Reiche auf Giesmannsdorf.
Dekonom Reiche daselbst.
Richtsteig auf Neugabel.
Freigutsbesitzer Richtsteig
Gerichtsschreiber Lehrer Springer
Gerichtsscholz, Bauergutsbes. Walther
Gerichtsmann Priefer } daselbst.
Freigärtner Walther
Freihäusler Schiller
dito Walther
Richter auf Jacobskirch.
Görlich, Pfarr-Administrator
Gerichtsscholz Roschke } daselbst.
Gerichtsmann Schmidt
Arzt Schickart
Graf Schmettow auf Klein-Logisch.
Gerichtsscholz Stache
Gerichtsmann Kosmehl
Gerichtsmann Joachim
Schmied Niche } zu Klein-Logisch.
Gärtner Riediger
dito Mahn
dito Hinderlich
Häusler Sander
Wirthschafts-Inspektor Aust
Gerichtsscholz, Bauergutsbes. Brunn } zu
Gerichtsmann, dito Fengler } Modlau.
Gerichtsmann Scobel
Schulz auf Arnsdorf.
Gerichtsscholz Henoch daselbst.
v. Sydow auf Musternick.
Gerichtsscholz Zebe daselbst.
v. Sydow auf Thamm.
Pastor Hotopf in Zubehör Buchwald.
Gerichtsscholz Seiffert in Thamm.
Schmied Renner
Gerichtsmann Brachmann
Freigärtner Fiedler } daselbst.
dito Rumpold
dito Sprenger
Häusler Brachmann
Gerichtsscholz, Bauergutsbesitzer Deutschmann } in Zubehör
Gerichtsm., Bauergutsbes. Bratke } Buchwald.
dito dito Göldner
Gerichtsscholz Fengler
Bauergutsbesitzer Gotthardt } in Zubehör
dito Lubrich } Klemnitz.
dito Schönbenner
dito Schröter
Gerichtsmann Simon in Zubehör Neuhaidau.
Schneider auf Wiesau.
Bauergutsbesitzer Großmann
dito Kahl } daselbst.
Freigärtner Schade
Häusler Baumgart
Gerichtsscholz, Bauergutsbes. Kusch } in Zubehör
Bauergutsbesitzer Jentsch } Ransdorf.
Erb- und Gerichtsscholz Klose } in
Gerichtsmann Lischke } Zubehör
Bauergutsbesitzer Kusch } Leipe.
Pastor Holstein zu Kunzendorf.
Freiherr v. Tschammer auf Quaritz.
Erb- und Freischolz Mätzke
Gerichtsscholz, Bauergutsbes. Sander
Schiedsmann dito Genehr
Gerichtsmann dito Hoffmann } daselbst.
dito dito Linke
Bauergutsbesitzer, Deputirter Paul
Altkutschner, Deputirter Schmidt
Gerichtsscholz Jüttner } in
Bauergutsbesitzer Hoffmann } Meschkau.
Gerichtsscholz Röhr.
Gerichtsscholz Hirschfelder.
Schiedsmann Hansel.
Gerichtsmann Hossenfelder.
dito Neumann.
v. Zobeltitz auf Gustau.

Die gewaltigen Zeitereignisse erfordern, daß sich die Patrioten vereinigen, damit sie auf der einen Seite den gesetzlosen Umsturz aller Verhältnisse und auf der anderen Seite die Rückkehr zu den traurigen alten Verhältnissen kräftig verhindern, und damit sie, so weit es ein Jeder vermag, mitwirken, daß eine **Einigung** zwischen **allen** Ständen herbeigeführt und eine wahrhaft freie Constitution dem preußischen Volke ertheilt werde.

Lange genug sind von Oben herab die Stände geschieden und namentlich Bürger- und Bauernstand getrennt worden. Diese Trennung muß fallen. Wir sind Alle Bürger des Staats, wir Alle bedürfen uns gegenseitig; wir Alle müssen nach dem Wohle des Vaterlandes **gemeinschaftlich** streben.

Von diesen Ansichten und Grundsätzen ausgehend, haben wir am gestrigen Abend einen Verein unter dem Namen „**der vaterländische Verein**" gebildet. Wir wollen, gestützt auf die **freiesten konstitutionellen** Grundsätze, eine Vereinigung der Stände und namentlich auch der Land- und Stadtbewohner bewirken.

Auf den Donnerstag den 13. April, Abends 7 Uhr, werden wir unsere erste Sitzung in dem ehemaligen Zahn'schen, jetzt Krause'schen Saale, Tauenzienstraße Nr. 5, halten und soll in dieser Versammlung über die **Gestaltung** unseres Vereines berathen werden.

Jeder **schlesische** Mitbürger, der unsere Grundsätze theilt, ist uns willkommen und wird ersucht, sich wegen der Eintrittskarte bei Einem der Unterzeichneten zu melden.

Breslau, den 11. April 1848.

Dr. Ambrosch, Professor. C. Beer, Zimmer-Polirer. C. Birkner, Schneidermeister. F. Fischer, Justizkommiss. Fleischer, Tischlergeselle. Guder, Maurermeister. Hahn, Schuhmacher-Deputirter. Hettler, Maurermeister-Aeltester. W. Hoseus, Maurermeister. Kratz, Schuhmacher-Aeltester. Ferdinand Morawe, Zimmermeister-Aeltester. Müller, Schuhmacher-Aeltester. F. Riebe, Schneidergeselle. Renner, Tischlermeister. F. Schadow, Tapezirer. Schönfeld, Schuhmacher-Aeltester. P. Winkler, Schneider-Aeltester. Winkler, Maurermeister.

Aufruf.

Vor wenigen Tagen, als der Freiheits-Gedanke in allen Völkern Gestaltung gewann, sprach sich laut von allen Seiten die Sympathie auch für unsere polnischen Brüder aus, die durch schwere Jahre der Prüfung den Druck einer schmachvollen Politik empfanden.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, das Wort zur That werden zu lassen, der innigen Theilnahme des Herzens den Nachdruck der Handlung zu verleihen. Ein Theil der lange Verbannten steht im Begriff, angezogen durch den Ruf der jungen Freiheit, den langverlassenen und entweihten heimathlichen Heerd aufzusuchen: Laßt uns ihnen helfen, laßt uns ihnen den Weg bahnen, den Weg zur Heimath, zur Freiheit!

Die Unterzeichneten fordern alle deutschen Männer und Frauen auf, nach besten Kräften für die Heimkehrenden zu sorgen und zwar:

1) dadurch, daß Alle, die es wollen, freiwillige Geldbeiträge zur Beförderung der polnischen Flüchtlinge und zu ihrer Unterstützung zeichnen;

2) daß Alle, die gesonnen sind, die Durchreisenden auf kurze Zeit unentgeltlich bei sich aufzunehmen, ihre Adresse in dem Comtoir von Strehlow und Laßwitz, Kupferschmiedestraße Nr. 16, abgeben.

Die Unterzeichneten werden es sich angelegen sein lassen, mit den betreffenden Behörden und Gesellschaften über zu erleichternde Weiterbeförderung der Durchreisenden zu unterhandeln.

Geldzeichnungen werden außer den in besonderen Kreisen schleunig zu veranstaltenden Sammlungen auch von den geehrten Expeditionen der hiesigen drei Zeitungen angenommen, und es wird zu seiner Zeit über deren Verwendung öffentlich Rechenschaft gegeben werden.

Rasche Hülfe thut Noth; darum helfe, wer da helfen kann, und wem es Ernst ist, daß die heilige Sache der Völkerfreiheit und Verbrüderung eine Wahrheit werde.

Breslau, den 11. April 1848.

Stücker. Dr. Engelmann. H. Laßwitz.

Theater-Repertoire.

Mittwoch: „**Der Freischütz.**“ Romantische Oper in 4 Aufzügen, Musik von C. M. v. Weber. — Agathe, Fräulein Bunke, als erster theatralischer Versuch. Donnerstag, zum ersten Male: „**Moritz von Sachsen.**“ Trauerspiel in 5 Akten von R. E. Prutz.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Abend um 7 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem gesunden Knaben, beehre ich mich Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, ergebenst anzuzeigen.

Neustadt, den 9. April 1848.

J. G. Freyer.

Entbindungs-Anzeige.

Heute wurde meine liebe Frau Henriette, geb. Lewy, von einem muntern Mädchen glücklich entbunden.

Breslau, den 9. April 1848.

Eduard Friedmann.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderen Meldung.)

Heute früh gegen 4 Uhr vollendete nach langen Leiden seine irdische Laufbahn, 42 Jahre alt, unser Bruder, Onkel und Schwager, der Partikulier Friedrich Mükude, welches wir seinen Freunden und Bekannten tief betrübt hierdurch anzeigen.

Breslau, den 11. April 1848.

Die Hinterbliebenen.

Historische Section.

Donnerstag den 13. April Abends 6 Uhr. Hr. Dr. jur. Förster: Ueber die politische Doktrin des Mittelalters. Fortsetzung.

Pädagogische Section.

Freitag den 14. April Abends 6 Uhr. Hr. Oberlehrer Knie: „Unterweisung des Taubstummen, im 7ten Jahre erblindeten Ed. Meister bis zur Beibringung der Lautsprache.“

Verein Bresl. ev. Lehrer d. 13. IV. Statuten, Hr. Steltzsam Fortsetzung.

Fürstenstein.

Sonntag den 16. April 1848:

Konzert

von dem Musikchor des hochlöblichen 22sten Infanterie-Regiments. **Knappe.**

Bei seiner Abreise nach Neustadt O/S. empfiehlt sich sämmtlichen Freunden und Bekannten: **S. Adler.**

Die mir von vielen Seiten zugemuthete Autorschaft der in der Schles. Zeitung von hier datirten Referate, veranlaßt mich zu der Erklärung, daß ich durchaus keinen Theil daran habe, auch sonst meine publicistische Thätigkeit von dem Gebiete der Berichterstattung fern halte.

Myslowitz im April 1848.

Wilhelm Silbergleit.

An Fräulein
M...... P............

Zu Ihrem fünfzehnjährigen Wiegenfeste gratulirt Ihnen von Herzen: r.

Die **Aufnahme** neuer Schüler in die **Bürgerschule zum heil. Geist** erfolgt, nach der Reihe der Anmeldungen und soweit die Räumlichkeit der Klassen es verstattet, am **15.** April, 9 Uhr, im Schulhause.

Kämp, Rector.

Ich wohne jetzt Albrechtsstraße Nr. 8.

Dr. **Brody.**

Berichtigung.

In der, in der Beilage der Zeitung vom 7ten d. M. enthaltenen Bekanntmachung wegen verlorenen Effekten hat sich ein Irrthum eingeschlichen, denn der II. ad 1 bezeichnete Wechsel über 537 Rtlr. 16 Sgr. auf Nathan Thumin ist nicht am 13. März, sondern am 13. April dieses Jahres zahlbar.

Lokal-Veränderung.

Mit dem heutigen Tage habe ich meine

Mode-Waaren-Handlung.

von Riemerzeile Nr. 23 nach dem

Ring, Grüne-Röhrseite 33, verlegt.

Dies zur gefälligen Kenntnißnahme meiner geehrten Kunden, unter Zusicherung meiner ferneren, reelen und billigen Handlungsweise.

Salomon Alexander.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:
1) Herrn Adolph Sist, rekommandirt,
2) " E. Fischer,
3) " Oberjäger Galbsch,
4) " C. Schmidt,
5) " Schmiedemeister Leonhardt,
6) " Musketier Herzog,
7) " Salomon Rezenetem,
8) " Malergehülfen Neumann,
9) unverehelichte Mariane Feldmann,
10) Madame Lachen,
11) Herrn Studiosus Kunzer,
12) Fräulein Auguste Hoffmann,
13) Herrn Tischler Kullhorn,
14) " Kaufmann Schreiber,
können zurückgefordert werden.

Breslau, den 11. April 1848.

Stadtpost-Expedition.

Humanität.

General-Conferenz
am 18. April Punkt 5 Uhr.

Cursus der polnischen Sprache.

Da es nicht unmöglich ist, daß die Verhältnisse, welche bisher dem freien Verkehr zwischen Deutschen und Polen hemmend in den Weg getreten sind, eine für beide Theile vortheilhafte Aenderung erfahren und dann auch die Nothwendigkeit sich herausstellen dürfte, daß von deutscher Seite einer Sprache mehr Aufmerksamkeit gewidmet werde, die ihrer Tiefe und Reichhaltigkeit wegen ein gründliches Studium so sehr verdient, und deren Kenntniß gewiß manche erfreuliche Beziehung zwischen beiden Nationen wesentlich zu vermitteln im Stande ist; — so habe ich, seit Jahren schon bemüht, nach Kräften diese Annäherung in meinem, wenn auch bis jetzt noch beschränkten Wirkungskreise zu fördern, es für zeitgemäß erachtet, im Laufe des April einen Cursus der polnischen Sprache zu eröffnen.

Ich erlaube mir dazu alle Diejenigen, welche daran Theil zu nehmen beabsichtigen, mit der Bitte einzuladen, sich Behufs näherer Rücksprache in den Nachmittagsstunden zwischen 2 und 3 Uhr zu mir zu bemühen.

J. N. Fritz,

concessionirter Lehrer der französischen und polnischen Sprache, und Vorsteher einer Erziehungsanstalt für Knaben in Breslau, neue Schweidnitzer Straße Nr. 3c.

Verlorene Brieftasche.

Auf dem Wege von Bösdorf bis Ohlau ist eine Brieftasche von rothem Leder, inwendig gelb gefuttert, worin 142 Rthlr. Kassen-Anweis. und zwar: 2 St. à 50 Rtlr.
8 " à 5 "
2 " à 1 "
verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird ersucht, dieselben gegen eine angemessene Belohnung bei Herrn Teichelmann in Neisse zum Gasthof in den drei Kronen, oder bei Herrn Schneider in Breslau, Herrenstraße Nr. 20, abzugeben. Besondere Kennzeichen waren in den zwei Kassen-Anweisungen von 50 Rtlr., auf der einen war klein geschrieben: „mein letztes Geld“ und auf der andern: „kehre bald zurück.“

Beachtungswerth.

Das praktischste zu Blousen für die Bürgerwehr ist unstreitig echtblauer, kräftiger **Nessel.** Dieser Stoff ist in jeder Hinsicht der Leinwand vorzuziehen, da er, dauerhafter als diese, besser aussieht, und im Gebrauche die Farbe nicht verliert.

Die Kommunalgarde Kurhessens bedient sich der Nesselblousen bereits seit 18 Jahren.

Der Preis einer solchen Blouse würde circa 1 Rthlr. sein.

Une famille cherche pour le premier du mois de Juillet une gouvernante française, près de petites filles de neuf à treize ans. On exige qu'elle soit à même d'enseigner sa langue ainsi que la musique. S'adresser à Dresde, sous le chiffre A. B. C. poste restante.

Engagement-Gesuch.

Ein Wirthschaftsschreiber, mit guten Zeugnissen versehen, sucht ein anderweitiges Engagement als solcher. Hierauf Reflektirende wollen ihre Anträge unter der Chiffre A. P. Ohlau poste restante gefälligst einsenden.

Den Herren Gutsbesitzern offerirt zur Saat besten, gereinigten, keimfähigen, rothen und weißen Kleesamen, ferner eine Quantität gutes Wiesenheu:

Julius Guder, Kaufmann.

Bernstadt, 8. April 1848.

Das sogenannte Schlößchen in Pöpelwitz ist zu Sommerwohnungen ganz oder getheilt zu vermiethen. Das Nähere ist beim dasigen Wirthschaftsamt zu erfragen. Auch kann daselbst ein Wirthschaftsschreiber sofort eintreten.

Zu verkaufen:

1 Mahagoni-Sopha, 1 Mahagoni-Trümeau, 1 Dutzend Mahagoni-Stühle, 1 Waschtoillete von Mahagoni, 1 Sophatisch von Mahagoni, 1 großer Spiegel in Goldrahme, Reuschestr. Nr. 56 im ersten Stock.

Das gute und so sehr beliebte **Gebirgs-Brot**, das wöchentlich 3 bis 4 Mal frisch bezogen, wird nach wie vor **Nikolaistraße Nr. 17** im Gewölbe, neben den 3 Königen, und **keineswegs** noch in einem andern mit diesem in Verbindung stehenden Lokale verkauft.

Mess. Apfelsinen,
Mess. Citronen,

in Kisten und ausgepackt,

feine Badeschwämme

in Schnuren und einzeln empfiehlt billigst:

Gustav Scholtz,

Schweidnitzerstraße Nr. 50, im weißen Hirsch.

Neu marinirte

Stralſ. Brat-Heringe

empfing und offerirt sehr billig:

Carl Straka,

Albrechtsstr Nr. 39, d. kgl. Bank gegenüber.

Zu verkaufen: Ein laudemialfreies Rustikalgut, drei Meilen von Breslau, für 7000 Rtlr. **Tralles,** Messergasse 39.

Literarische Anzeigen

der Buchhandlung Josef Max und Komp. in Breslau.

In allen Buchhandlungen ist à 7 Sgr. zu haben, in **Breslau** bei **Josef Max und Komp.**, in Oppeln bei C. G. Ackermann, in Pleß bei B. Sowade:

Die Unabhängigkeits-Akte und die Verfassung der vereinigten Staaten Nordamerika's.

Aus dem Englischen übersetzt und mit Bezug auf die neuesten Ereignisse herausgegeben von **G. H. Engelhard.**

☞ Da sich der Wunsch des Volkes in mehreren freien Versammlungen, zumal in Heidelberg, dahin ausgesprochen hat, daß das demnächst in Kraft tretende Parlament vorzüglich die Verfassung der vereinigten Staaten Nordamerika's berücksichtigen möge, so ist vorstehende wortgetreue Uebersetzung von höchstem Interesse.

☞☞ Von der erschienenen vollständigen Ausgabe, mit den Verfassungen sämmtlicher einzelnen Staaten Nordamerikas, sind noch Exemplare à 1 Rtlr. zu haben.

Frankfurt a. M. **J. D. Sauerländer's Verlag.**

So eben erscheint bei F. A. Brockhaus in Leipzig und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten, in **Breslau** durch die Buchhandlung **Josef Max** und **Komp.**:

Jester (F. E.),

Ueber die kleine Jagd,

zum Gebrauch angehender Jäger und Jagdliebhaber.

Dritte Auflage. Bearbeitet und herausgegeben von
C. H. E. Freiherr von Berg.
Zwei Bände.
Mit Lithographien und in den Text eingedruckten Holzschnitten.
Erstes Heft.
Gr. 8. Jedes Heft 16 Sgr.

Eine zeitgemäß bearbeitete neue Auflage dieses anerkannt trefflichen Werks bedarf keiner weitern Empfehlung. Das Ganze wird in sechs Heften erscheinen, die sammtlich noch im Laufe dieses Jahres ausgegeben werden.

Im Verlage der Wolffischen Buchhandlung in Augsburg ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** bei **Josef Max** und **Komp.**:

Gespräche zweier Wanderer

auf Gabbatha und Golgatha

zur Zeit des Todes Jesu.

Von **Christoph von Schmid**, Domkapitular und geistlichem Rath.
Oktavformat, in Umschlag broschirt. Preis 9 Sgr.

Im Eingange der Vorrede heißt es: „Diese Gespräche sind einzig in der Absicht geschrieben, die Leidensgeschichte Jesu dem christlichen Leser recht anschaulich zu machen, und sie ihm gleichsam vor Augen zu stellen.“ — Also die Geschichte des Leidens und Todes Jesu erzählt von Christoph von Schmid. — Dieses Buch und die früher von demselben hochwürdigen Herrn Verfasser herausgegebenen Betrachtungen: Jesus am Oelberge, dürfte für erbauungsuchende Christen, insbesondere in der Fastenzeit, unter die schönsten und vorzüglichst lesenswerthesten Bücher zu zählen sein.

Erschienen ist und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** bei **Josef Max** und **Komp.**:

Dantis Alligherii

Divina Comoedia

hexametris latinis reddita
ab Abbate **dalla Piazza** Vicentino.
Praefatus est et vitam Piazzae adjecit **Carolus Witte.**
Gr. 8. Geh. 2¼ Rtlr.. Engl. Lwdbd. 2½ Rtlr.

Diese die großartige Dichtung des unsterblichen Dichters in lateinischer Sprache zum ersten Male vollständig gebende Bearbeitung eines ausgezeichneten Gelehrten Italiens wird von dem gesammten philologischen Publikum wie von allen Verehrern Dante's willkommen geheißen werden. Leipzig. **J. A. Barth.**

Schulbücher,

welche ganz neu, oder in verbesserten Auflagen so eben im Verlage von Friedrich Fleischer in Leipzig erschienen sind, zu beziehen durch die Buchhandlung **Josef Max** und **Komp.** in **Breslau:**

Hinze, H. E., Mathematische Vorübungen. Nebst einer Sammlung arithmetischer und geometrischer Aufgaben aus dem Geschäftsleben. Ein Hülfsbuch für den Unterricht in Gymnasien und Bürgerschulen. Mit 5 lithographirten Tafeln. 12 Sgr.

Fleury, S., la Mythologie racontée à la jeunesse. Mit grammat. Erläuterungen u. e. Wörterbuche v. E. Schnabel. 8. 18 Sgr.

Reichenbach, Dr. **A. B.,** Naturgeschichte für die Jugend, zugleich auch als Lesebuch für obere Klassen höherer Bürgerschulen. 2te Aufl. 8. 22½ Sgr.

Hüllstett, Dr. **G. K.,** Sammlung ausgewählter Stücke aus den Werken deutscher Prosaiker und Dichter zum Erklären und mündlichen Vortrage in Gymnasien. 1r Theil f. d. sechste Klasse. Gr. 8. 7te Auflage. 15 Sgr.

In allen Buchhandlungen, in **Breslau** bei **Josef Max** und **Komp.**, in Schweidnitz bei Heege, in Liegnitz bei Reisner, in Glogau bei Flemming, in Neisse u. Frankenstein bei Hennings, in Oppeln bei C. G. Ackermann, in Pleß bei Sowade sind folgende Schriften aus dem Verlage der Ernst'schen Buchhandlung in Quedlinburg zu haben:

☞ Hülfsbuch für alle,

die an Schwäche der Geschlechtstheile leiden.

Entwickelung ihrer Ursachen, ihre Erkenntniß, beste und leichteste Heilmethode. Dritte ganz umgearbeitete, sehr verbesserte und mit mehreren, durch neue Erfahrungen bewährten Hülfsmitteln versehene Auflage. 10 Sgr.

Krankheit und Heilung der Pollutionen.

Von den gesunden und krankhaften Pollutionen; von den Fehlern der Jugend; vermindernde Ursachen derselben; von den Vorbauungs- und Heilmitteln.
Dritte verbesserte Auflage. Preis 10 Sgr.

Die unterzeichnete Haupt-Niederlage ist nach wie vor in den Stand gesetzt

täglich frischeste Preßhefe

unter Garantie der besten Qualität und zu dem **billigsten Preise** zu liefern.

Die Haupt-Niederlage bei W. Schiff,

Reuschestraße Nr. 58—59, Ecke Hinterhäuser.

Neisse-Brieger Eisenbahn.

Fahrplan vom 15. April ab.

Abfahrt von	Bösdorf	Morg. 5 U. 50 M.	Ankunft in	Brieg	7 Uhr.
„	„	Nchm. 5 U. 25 M.	„	„	6 Uhr 35 Min.
„	Brieg	Morg. 8 U. 35 M.	„	Bösdorf	9 Uhr 45 Min.
„	„	Abds. 8 U. 10 M.	„	„	9 Uhr 20 Min.

Mit jedesmaligem Anschluß an die Züge der Oberschlesischen Eisenbahn sowohl bahnauf- als bahnabwärts.

Breslau, den 10. April 1848. **Das Direktorium.**

Krakau-Oberschlesische Eisenbahn.

Fahrplan

für die täglichen Dampfwagenzüge vom 15. April 1848 ab.

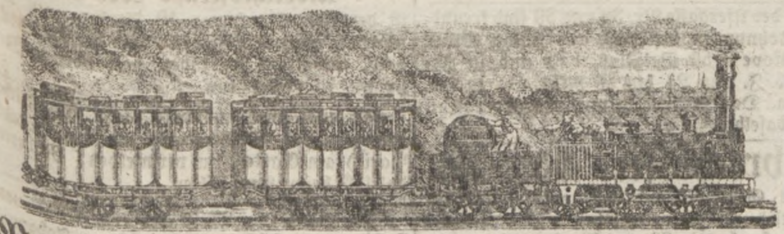
I. Zwischen Krakau und Myslowitz zum Anschluß an die Züge der Oberschlesischen Eisenbahn.

Abfahrt von	Krakau	Mrg. 5 U. — M.	Ankunft in	Myslowitz	7 Uhr 38 Min.
„	„	„ 10 U. 15 M.	„	„	1 Uhr 8 Min.
„	Myslowitz	„ 6 U. 45 M.	„	Krakau	9 Uhr 47 Min.
„	„	Mittg. 3 U. — M.	„	„	5 Uhr 47 Min.

II. Zwischen Krakau und Szczakowa zum Anschluß an die Züge der Warschau-Wiener Eisenbahn bei ihrer Eröffnung.

Abfahrt von	Krakau	Nachm. 4 U. 5 M.	Ankunft in	Szczakowa	5 U. 57 Min.
„	Szczakowa	Abds. 7 U. — M.	„	Krakau	8 U. 47 Min.

Breslau, den 10. April 1848. **Das Direktorium.**



Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Die Herren Aktionäre der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft werden in Gemäßheit des § 24 des Gesellschafts-Statuts zu der auf

Mittwoch den 26. April d. J., Nachmittags 3 Uhr,

im hiesigen Börsenlokale anberaumten diesjährigen **ordentlichen Generalversammlung** ergebenst eingeladen. Diejenigen Herren Aktionäre, welche der Versammlung beiwohnen wollen, haben nach § 29 des Statuts ihre Aktien bis spätestens am 25. April d. J. bis 6 Uhr Abends im Bureau der Gesellschaft vorzuzeigen oder auf eine genügende Weise deren am dritten Orte erfolgte Niederlegung nachzuweisen, zugleich aber ein mit der Namens-Unterschrift versehenes Verzeichniß dieser Aktien in **zwei Exemplaren** zu übergeben, von denen das Eine, mit dem Siegel der Gesellschaft und dem Vermerke der Stimmenzahl versehen, als **Einlaßkarte** zu der Versammlung dient.

Breslau, den 6. April 1848.

Der Verwaltungs-Rath der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Trebnitz-Zdunyer-Aktien-Chaussee.

Die Aktien für die Nachzahlungen sind ausgefertigt, und werden demnach die Herren Aktionaire ersucht: dieselben gegen Uebergabe der Interimsquittungen und Erstattung der verauslagten Stempelgelder in Empfang zu nehmen.

Die Aktien werden ausgereicht vom **20. bis 30. April d. J.**

1) Den Breslauer Herren Aktionairen daselbst bei den Herren Gebrüder Schreiber, Albrechtsstraße Nr. 15.
2) Den Herren Aktionairen in Trebnitz und der nächsten Umgegend bei dem Herrn Bürgermeister Schaffer daselbst.
3) Allen übrigen Herren Aktionairen im Lokal des freistandesherrlichen Rent-Amtes zu Militsch. Militsch, den 3. April 1848.

Das Direkterium des Trebnitz-Zdunyer-Chausseebau-Vereins.

Brücke in der Taschenstraße.

Der mit dem Kaufmann Reinhold Reimann über die **Erhebung des Zolles** geschlossene Pachtvertrag läuft am 23. Juli d. J. ab. Die fernere **Verpachtung** soll auf Licitation erfolgen. Zu dieser steht Termin

am 28. April d. J. 5 Uhr

auf dem Fürstensaale an. Die Bedingungen sind bei dem Rathhaus-Inspektor Klug einzusehen.

Zugleich werden die **Aktionäre** nach § 21 der Statuten zu diesem Termine zur Wahl des Pächters eingeladen.

Breslau, den 1. April 1848.

Der Vorstand des Aktien-Vereins.

Bekanntmachung.

Nachdem von dem Vereins-Rendanten die Rechnung pro 1847 gelegt, von den Vereins-Repräsentanten bereits geprüft und dechargirt worden ist, soll solche in der General-Versammlung

am 2. Mai d. J. Nachmittags 4 Uhr

im Gebäude des königlichen Oberlandesgerichts den Herrn Vereins-Mitgliedern zur Einsicht vorgelegt werden.

Die Einnahme pro 1847 beträgt	1114 Rtlr.	24 Sgr.	— Pf.
Die Ausgabe dagegen	709 =	4 =	7 =
Dem Reserve-Fond wurden demgemäß . . überwiesen, wodurch das Vereins-Vermögen, mit Hinzurechnung des aus dem Jahre 1846 vorhandenen Bestandes von	405 Rtlr.	19 Sgr.	5 Pf.
	2350 Rtlr.	20 Sgr.	10 Pf.
am Schlusse des Jahres 1847 sich auf Höhe von	2756 Rtlr.	10 Sgr.	3 Pf.

festtellt.

Demzufolge laden wir sämmtliche Herren Mitglieder des Sterbekassen-Vereins der Justiz-Beamten zu dieser General-Versammlung hiermit ergebenst ein.

Von den Nichterscheinenden wird angenommen, daß sie der Stimmenmehrheit beitreten. Breslau, den 5. April 1848.

Das Direktorium des Sterbekassen-Vereins der Justiz-Beamten.

Der Strohhutverkauf Schweidnitzerstr. Nr. 5,

im goldenen Löwen, wird noch bis zum Osterfeste fortgesetzt. **George Petri.**

Stroh- und Roßhaar-Bordüren-Hüte

in allen Gattungen sind zu haben Reuschestraße Nr. 10, erste Etage.

Die erste Etage Karlsstraße Nr. 17

ist zu vermiethen. Das Nähere zu erfragen Karlsstraße Nr. 11 bei S. Auerbach.

In diesen Tagen hat sich in Breslau der **„Pharmaceutische Verein für Schlesien"** konstituirt, die Statuten desselben werden bereits gedruckt. Die Herren Collegen in der Provinz, welche diese Statuten einzusehen wünschen, haben sich dieserhalb in portofreien Briefen an ꝛc. Panzer (Mohren-Apotheke) zu wenden.

Dem Zwecke des Vereins gemäß haben wir bereits begonnen für unser Fach wichtige Zeitfragen zu besprechen, die darüber gefaßten Beschlüsse beabsichtigen wir später zu veröffentlichen und dann geeigneten Orts die nöthigen Schritte zu thun.

Die Versammlungen finden für jetzt jeden Sonntag, Vormittags von 10 Uhr ab, statt.

Breslau, den 11. April 1848. **Das Comité.**

Schul- und Pensions-Anzeige.

Morgen, den 13ten d. M. von 8—12 Uhr früh wird in meiner Knabenschule, Büttnerstraße Nr. 5, im 2ten Stock, die öffentliche Prüfung stattfinden. Der neue Lehrkursus beginnt den 1. Mai.

Ferdinand Obert, Vorsteher der Anstalt.

Offerte von Büchsen mit Hirschfänger.

Persönlich gemachte feste Abschlüsse auf vorschriftsmäßige Büchsen mit Hirschfänger in den ersten und vorzüglichsten Fabriken Suhls und Herzbergs im Königreich Hannover, veranlassen mich zu der vorläufigen Anzeige, daß ich innerhalb 4 Monaten eine Summe von 1200 Stück dieser Büchsen mit Hirschfänger, im Preise von 14, 16, 18 und 20 Rtlr. à Stück geliefert erhalte. Die erste Lieferung erfolgt Ende dieses Monats, sodann treffen jede Woche Sendungen ein. Für gute Arbeit und richtigen Schuß übernehme ich jede Garantie.

Zugleich empfehle ich mein Lager von Jagdgewehren, Pistolen und Terzerols, so wie ein bedeutendes Quantum Kavallerie-Säbel, mit und ohne Korb, wovon ich jeden Monat 500 Stück zu liefern im Stande bin, Füsilier-Säbel und Degen für Offiziere zu den billigsten Preisen.

Bestellungen in Partien wie einzeln auf Büchsen und Säbel nimmt entgegen und erbittet sich baldigst:

die Waffenhandlung von Th. Rob. Wolff,

am Blücherplatz, Ring-Ecke.

Edictal-Citation.

Von dem unterzeichneten königl. Oberlandes-Gericht ist über den Nachlaß des am 21. November 1847 zu Ratibor verstorbenen königl. Kanzlei-Rath und Oberlandesgerichts-Secretair Karl Heinrich Tirpitz am heutigen Tage der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisnng der Ansprüche aller etwaigen unbekannten Gläubiger auf

den 23. Mai d. J.

Vormittags um 10 Uhr vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Referendarius Mier angesetzt worden. Diese Gläubiger werden daher hierdurch aufgefordert, sich bis zum Termine schriftlich, in demselben aber persönlich oder durch gesetzlich zulässige Bevollmächtigte, wozu ihnen beim Mangel der Bekanntschaft die Herren Justiz-Commissarien Glatzel, Engelmann und Schmidt vorgeschlagen werden, zu melden, ihre Forderungen, die Art und das Vorzugsrecht derselben anzugeben, und die etwa vorhandenen schriftlichen Beweismittel beizubringen. Die Ausbleibenden werden aller ihrer etwaigen Vorrechte verlustig gehen und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verwiesen werden.

Ratibor, 18. Februar 1848.

Königl. Oberlandesgericht.

Erste Bekanntmachung.

In einem zu dem Gehöft der Wittfrau Skarzinsky zu Myslowitz gehörigen Wagenschuppen sind am 18. März d. J. Abends zwei rothbraune Ochsen vorgefunden und als muthmaßlich eingeschwärzt in Beschlag genommen worden.

Die Eigenthümer sind unbekannt geblieben.

Da sich bis jetzt Niemand zur Begründung seines etwanigen Anspruchs an die in Beschlag genommenen Gegenstände gemeldet hat, so werden die unbekannten Eigenthümer hierzu mit dem Bemerken aufgefordert, daß wenn sich binnen vier Wochen, von dem Tage, wo diese Bekanntmachung zum dritten Male in dem öffentlichen Anzeiger des Amtblattes der königl. Regierung zu Oppeln aufgenommen wird, bei dem königl. Haupt-Zoll-Amt zu Neu-Berun Niemand melden sollte, nach § 60 des Zoll-Straf-Gesetzes vom 23. Januar 1838 mit dem für die in Beschlag genommenen Gegenstände inzwischen aufgekommenen Versteigerungs-Erlöse nach Vorschrift der Gesetze werde verfahren werden.

Breslau, den 3. April 1848.

Der wirkliche geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Direktor.

In Vertretung desselben:

Der Ober- und geheime Regierungs-Rath Riemann.

Oeffentliche Vorladung.

Alle diejenigen, welche an folgende Sparkassenbücher:

1. Nr. 11,551 B. über 50 Rtlr. für die Dorothea Kanitz ausgestellt und von derselben angeblich verloren;
2. Nr. 10,853 B. über 45 Rtlr. für Johannes Neumann ausgestellt und von dem Steinsetzergehilfen Gottlieb Wallor angeblich verloren;
3. Nr. 14,122 B. über 100 Rtlr. für Gottlieb Zukunft ausgestellt und demselben angeblich verbrannt;
4. Nr. 19,272 über 11 Rtlr. für Marie Duttken ausgestellt und derselben angeblich verloren gegangen;

irgend ein Anrecht zu haben vermeinen, werden hiermit aufgefordert, sich bei uns und zwar spätestens in dem auf den 13. Juli d. J. früh 9 Uhr vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserm Parteienzimmer angesetzten Termine mit ihren Ansprüchen zu melden und dieselben gehörig nachzuweisen, widrigenfalls jedes dieser Sparkassenbücher für erloschen erklärt und den Verlierern ein neues ausgefertigt werden wird.

Breslau, 27. März 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Rinde-Verkauf.

Zum Verkauf von circa 12 Klaftern Rinde von den pro 1848 zum Schälen bestimmten Eichen im Schutz-Bezirk Kottwitz wird hierdurch ein Termin auf

Montag den 17. d. Mts.
Vorm. 11 Uhr,

im Gerichts-Kretscham zu Kottwitz anberaumt, wozu Kauflustige mit der Bemerkung eingeladen werden, daß der Förster Negro zu Kottwitz auf Verlangen die Schäleichen öffentlich anweisen wird.

Zedlitz, den 9. April 1848.

Der königliche Ober-Förster Blankenburg

Diebstahl.

Durch gewaltsamen Einbruch sind am 11. April Abends, alte Taschenstraße Nr. 23, nachstehende Effekten gestohlen worden, vor deren Ankauf hiermit gewarnt wird.

An schlesischen Pfandbriefen Litt. A.

OS. Baranowitz, Kreis Ratibor, Nr. 44, über 150 Rthl.
OS. Bitschin, Kreis Tost, Nr. 315, über 100 Rthl.
OS. Bitschin, Kreis Tost, Nr. 319, über 100 Rthl.
OS. Friedland, Kreis Falkenberg, Nr. 96, über 100 Rthl.
SJ. Grottkau, Kreis Schweidnitz, Nr. 23, über 500 Rthl.
OS. Groß-Stein, Kr. Oppeln u. Gr.-Strehlitz, Nr. 185, über 100 Rthl.
MGl. Oberhannsdorf, Kr. Münst.-Glatz, Nr. 33, über 50 Rthl.
OS. Kaldaun, Kr. Leobschütz, Nr. 49, über 100 Rthl.
OM. Massel, Kr. Oels, Nr. 49, über 400 Rthl.
NGr. Osseg und Seiffersdorf, Kr. Grottkau, Nr. 355, über 150 Rthl.
OS. Pawoukau, Kr. Lublinitz, Nr. 102, über 165 Rthl.
NGr. Ritterswalde, Kr. Neisse, Nr. 32, über 50 Rthl.
OS. Ober-Seichwitz, Kr. Rosenberg, Nr. 19, über 50 Rthl.
BBT. Ober-Wilkau, Kr. Namslau, Nr. 14, über 500 Rthl.
SJ. Wilkau, Kr. Schweidnitz, Nr. 77, über 600 Rthl.

Ferner polnische Pfandbriefe.

Nr. 76,440, Litt. E. 200 Fl.
- 190,351, Litt. D. 500 Fl.
- 235,574, Litt. E. 200 Fl.
- 252,042, Litt. E. 200 Fl.

Nr. 256,958, Litt. D. 500 Fl.
- 257,148, Litt. D. 500 Fl.
- 302,201, Litt. E. 200 Fl.
- 299,337, Litt. E. 200 Fl.

In Folge beantragten Aufgebots nachstehender, angeblich getilgter hypothekarisch eingetragenen Posten:

1) der laut Instruments vom 4. November 1755 für die Christoph Müllerschen Erben auf der Leinwandsbude Nr 20 hierselbst Rubrica III. Nr. 1 eingetragenen 83 Thlr. Schl. 12 Sgr.
2) der auf Grund des Cessions-Instrruments vom 29. Juli 1819 für die Susanne Eleonore verw. Scholz geb. Junggebauer auf dem Grundstück Nr. 51 Weißgerberstraße (früher Nr. 74 Töpfergasse) Rubr. III. Nr. 6 eingetragenen 2000 Thlr. als der Rest der zufolge Schuldverschreibung vom 30. Dezbr. 1802 ursprünglich für den Kaufmann Johann Georg Schmidt auf dem Grundstück haftenden 4000 Thlr. Darlehn;
3) der auf Grund der Erbsonderung vom 30. Septbr. 1788 für Johann Gottlieb Rassel auf dem Grundstück Nr. 48 Klosterstraße Rubr. III. Nr. 3 eingetragenen 91 Thlr. 28 Sgr. 1½ Pf. mütterliche Erbegelder;
4) der auf Grund der Erbsonderung vom 31. Januar 1801 für Johann Gottlieb, Maria Rosine und Maria Elisabeth Geschwister Rassel auf demselben Grundstück Rubr. III. Nr. 5, für jedes mit 22 Thlr. 13 Sgr. 1¼ Pf. eingetragenen 67 Thlr. 9 Sgr. 3¾ Pf. väterliches Erbtheil;
5) der auf Grund der Erbsonderung vom 8. Oktober 1807 auf demselben Grundstücke Rubr. III. Nr. 6 für Anna Maria und Maria Elisabeth Geschwister Rassel, für jede mit 9 Thlr. 4 Sgr. 4¾ Pf. eingetragenen 18 Thlr. 8 Sgr. $8\frac{6}{32}$ Pf. brüderliche Erbtheile;
6) der früher auf dem Grundstück Nr. 15 Tauenzienstraße Rubr. III. Nr. 3, jetzt auf dem von diesem Grundstücke abgetrennten in der Flurstraße gelegenen Theile Rubr. III. Nr. 3 auf Grund des Agnitions-Protokolls vom 30. April 1813 vorläufig bis zur Beseitigung der Widersprüche zwischen dem gedachten Agnitions-Protokolle und der später von der Besitzerin Keym verehel. Kippke producirten Quittung eingetragenen 48 Rthlr. 27 Sgr. zur Adolphschen Teichäcker Pächtermasse schuldigen Pachtzinses.
7) derjenigen 30 Rthlr., welche auf dem Grundstücke Nr. 6 am Lehmdamme Rubr. III. Nr. 2 noch als Rest der 422 Rthlr. 8 Sgr. 4 Pf. haften, welche mit 84 Rtlr. 9 Sgr. 7 Pf. für den Christoph Vetter und mit 337 Rthlr. 28 Sgr. 9 Pf. für die Geschwister Glatz auf Grund der Erbtheilung vom 22. April 1793 für die genannten Interessenten als ihr Erbtheil an dem Nachlasse der Barbara Elisabeth verwittw. Glatz verehel. Vetter geb. Kurtz eingetragen worden sind,

werden die als solche genannten eingetragenen Gläubiger und deren Erben, Cessionarien oder die sonst in ihre Rechte getreten sind und alle diejenigen, welche an diese Posten und die darüber ausgestellten Instrumente als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber Ansprüche zu machen haben, zur Anmeldung dieser Letztern zu einem Termine auf **den 14. Juli 1848, Vormittags 9 Uhr** vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath **Schmidt** in unserem Partheienzimmer unter der Warnunu vorgeladen, daß bei ihrem Ausbleiben die gedachten Posten im Hypothekenbuche werden gelöscht werden.

Breslau, den 28. März 1848.

Königl. Stadt-Gericht. II. Aatheilung.

Die hierselbst gelegene, zur Herrschaft Hertwigswalde, Münsterberger Kreises gehörige Brau- und Brennerei, soll vom 1. Juli d. J. ab, auf 3 Jahr anderweitig meistbietend verpachtet werden. Hierzu wird auf den 4. Mai c. in hiesiger Wirthschafts-Kanzlei, in welcher auch von heute ab die Pachtbedingungen zur Einsicht brreit liegen, Termin anberaumt.

Hertwigswalde, den 7. April 1848.

Das Wirthschafts-Amt.

Bekanntmachung.

Die von meinem Manne, dem Kaufmann **Bretschneider** betriebene, von mir übernommene Spezerei-, Material-, Farbewaaren- und Taback-Handlung beabsichtige ich aus freier Hand zu vermiethen. Die Waarenbestände können vom Miether übernommen werden. Wohnung wird nach dem Bedürfniß gewährt. Die Bedingungen sind bei mir zu erfahren. Miethslustige bitte ich, sich innerhalb 14 Tagen mit ihren Anträgen an mich zu wenden.

Neumarkt, den 10. April 1848.

Louise Bretschneider, geb. Jäckel.

Das Amt des Bürgermeisters in unserer Stadt ist erledigt und soll zum 1. Juli wieder besetzt werden. Im Auftrage der Stadtverordneten-Versammlung lade ich qualifizirte Bewerber zur Anmeldung bis 1. Mai bei mir ein.

Ratibor, den 10. April 1848.

Kern, Stadtverordn.-Vorsteher.

Auktion. Am 13. d. M. Nachm. 2 Uhr Fortsetzung der Auktion von neuen Schuhen und Stiefeln in Nr. 42 Breitestraße.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Auktion. Am 13. d. M., Vorm. 10 Uhr, sollen in Nr. 42 Breitestraße, eine Partie alter Rhein- und Franzweine in Flaschen und ein Mahagoni-Flügel-Instrument versteigert werden.

Mannig. Aukt.-Komm.

Montag den 17. April, Vormittags 10 Uhr, Wallstraße Nr. 1 (in Breslau), soll das Dienstpferd eines verstorbenen Gendarmen der kgl. 6ten Gendarmerie-Brigade, zum Besten der Wittwe, gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden. Dasselbe ist 6 Jahr alt, polnischer Race, und eignet sich gleich gut zum Wagen- wie zum Reitpferde.

Weiß-Garten.

Heute Mittwoch den 12. April

27stes Abonnement-Konzert der Breslauer Musikgesellschaft.

Im Laufe dieser Woche beginnt die Eröffnung

des Wiener Praters.

Wintergarten.

Heute Mittwoch den 12. April ist das Abonnement-Konzert ausgesetzt und findet später statt. **Schindler.**

Villa nova

in Alt-Scheitnig.

Heute, Mittwoch den 12. April:

Konzert.

Entree à Person 1 Sgr.

Im Glashause

heute, Mittwoch den 12. April: Konzert.

Harmonie-Konzert

findet von jetzt ab jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt, wozu ergebenst einladet:

Schlensog,

Cafetier am Weidendamm.

Unterkommen-Gesuch.

Ein theoretisch und praktisch gebildeter **Forstmann,** in den Vierziger Jahren, militärfrei, verheirathet, jedoch kinderlos, welcher seit 24 Jahren an verschiedenen Orten, kleinere Forsten als Förster und größere als Oberförster, selbstständig verwaltet hat, auch gründliche geometrische und andere kameralistische Kenntnisse besitzt, wünscht Johannis d. J. eine dergleichen Stellung anzutreten, da derselbe die bis jetzt innehabende freiwillig aufgiebt. Herr Kaufmann **C. J. Bourgarde** in Breslau, Schuhbrücke Nr. 8, wird so gütig sein, auf geneigte Anfragen die erforderliche Auskunft zu ertheilen.



Nur noch bis zum 15ten d. Mts. bin ich für Hühneraugen-Leidende täglich von 11—1 und 2—6 Uhr. Büttnerstr. Nr. 27, zweite Etage zu sprechen.

Ludwig Oelsner,

autorisirter Operateur.

Selter-Brunn,

diesjähriger Füllung,

empfing und empfiehlt:

C. W. Gaebel,

Schmiedebrücke Nr. 55, zur Weintraube.

Olmützer Käse

empfiehlt:

Gustav Scholtz,

Schweidnitzerstraße Nr. 50, im weißen Hirsch.

Das Dom. Ruppersdorf bei Strehlen hat 3 Stück fettes Rindvieh zu verkaufen.

Auf Wäsche in unauslöschbarer Dinte, Schilder von Eisen, Blech oder Holz, in Oel und andere Zettel mit Tusche, werden sauber gezeichnet von **Richter,** Lithograph,

Herrenstraße 20, Stube Nr. 15.

Büchsen, Doppelflinten,

Pistolen, Terzerole, Patrontaschen, Kupferhütchen, Pulverhörner, Schrootbeutel, Hirschfänger-Koppeln, Jagdtaschen, Cartouchen, Hundeleinen empfehlen: **Hübner u. Sohn,** Ring 35, 1 Treppe.

Ein Handwagen und ein **Bretter-Repositorium** steht im königl. Bibliothek-Gebäude, Neue Sandstraße Nr. 4, zum Verkauf. Nähere Auskunft wird Herr Maler König die Güte haben, zu ertheilen.

Die Hälfte des 3. Stockes, bestehend aus 3 Stuben, 1 Kabinet, großer Küche u. s. w. ist zu vermiethen und sogleich zu beziehen: Oder-Vorstadt Rosenthalerstraße Nr. 4.

Zu vermiethen und bald zu beziehen eine möblirte Stube: Junkernstraße 28, 3 Stiegen

---

Frischen, diesjährigen

Selter-Brunnen

empfing gestern und empfiehlt:

Carl Straka,

Albrechtsstr. 39, der königl. Bank gegenüber.

Zu vermiethen

sind Salvatorplatz Nr. 6 zwei Wohnungen, bestehend aus 3 und 4 Stuben, Küche und Beigelaß nebst Garten-Promenade und Johannis zu beziehen.

Zu vermiethen

ist Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 14 eine Wohnung im Parterre von 3 Stuben, Kabinet, Küche und Beigelaß.

Privat-Logis

sind für jede Zeit zu vermiethen Albrechtsstraße Nr. 27, gegenüber der Post bei **Funke.**

Wollzelte verleihen,

eiserne Krippen, Raufen, Kessel, Grapen, Dreifüße, Mörser, Waffeleisen, Töpfe, Tiegel, Schüsseln, Schinkenkessel, Milchnäpfe, Kasserolle und Bratpfannen empfehlen: **Hübner und Sohn,** Ring 35, 1 Treppe.

Auf der Ufergasse Nr. 38 und 39 sind freundliche Wohnungen, bestehend aus Küche, Stube und Alkove nebst Beigelaß, bald und zu Johanni d. J. von 24 bis 30 Rthl. ab, zu vermiethen. Das Nähere beim Hausbesitzer Reichelt daselbst.

Albrechtsstr. Nr. 53

ist das Gewölbe und der erste Stock von Michaelis ab zu vermiethen. Das Nähere Junkernstraße Nr. 33, bei **A. Gosohorsky.**

Tauenzienplatz Nr. 8. ist ein Quartier von 7 bald Piecen, eines von 7 und eins von 4 Piecen zu Johannis d. J. zu vermiethen. Naheres im Kaufmannsladen daselbst.

Zu vermiethen

ist ein Boden zum Leder abzutrocknen Universitätsplatz Nr. 4.

Zu vermiethen

ist Salvatorplatz Nr. 2 eine Wohnung im 2ten Stock von 4 Stuben, Küche und Beigelaß.

Ohlauer Straße Nr. 4

ist zu Johannis der dritte Stock, bestehend in 4 Stuben, 2 Kabinets, lichter Küche und vielem Beigelaß, zu vermiethen.

Zu vermiethen

ist Nikolai-Straße Nr. 22 eine große Remise zu Wolle oder anderen Produkten. Zwei große Flügelthüren machen die Einfahrt sehr bequem.

Herrschaftliche Wohnungen von 4 Stuben nebst allem Zubehör sind bald oder Johannis zu beziehen Agnesstraße Nr. 8.

Zu vermiethen

und Johannis zu beziehen ist ein Quartier von 3 Stuben nebst Beigelaß im 3ten Stock Heiligegeiststraße Nr. 20 nach der Promenade heraus.

Klosterstraße Nr. 3, schräge über dem Militär-Kirchhofe, sind 2 sehr schöne Wohnungen nebst Gartenbenutzung, auch ist ein Pferdestall zu 3 Pferden zu vermiethen.

Das Nähere daselbst beim Eigenthümer.

Hôtel garni in Breslau. Ohlauerstraße Nr. 75 dem weißen Adler schräg über, sind elegant möblirte Zimmer auf jede beliebige Zeit zu vermiethen.

Eine Wohnung von 2 Stuben mit Zubehör im zweiten Stock ist zu erfragen bei Herrn Tischlermeister Darlehm, Altbüßer-Straße Nr. 24.

Nikolaistraße Nr. 48

ist der erste und der zweite Stock zu vermiethen. Näheres neue Schweidnitzerstraße 4 a. par terre.

Albrechtsstraße Nr. 39

ist der erste Stock von 10 Stuben, neu restaurirt, ganz oder getheilt, und der 2te Stock halb, enthaltend 6 Stuben, bald oder zu Johannis zu vermiethen.

Ein auch zwei möblirte, sehr freundliche Zimmer, sind Weidenstraße Nr. 25 (Stadt Paris) am Garten, zu vermiethen. Näheres daselbst beim Haushälter.

Rathhaus Nr. 27 ist der erste Stock von 2 Zimmern, Küche und Zubehör zu Johannis zu vermiethen. Näheres im Gewölbe.

Altbüßerstraße Nr. 56 ist erste Etage eine möblirte Stube nebst Kabinet, als Absteige-Quartier sofort zu vermiethen. Näheres daselbst.

Ohlauer Str. 63, gen. z. schw. Bock, erste Etage, ist ein Vorder-Zimmer mit Alkove, gut möblirt, vom 1. Mai ab zu vermiethen. Näheres beim Wirth par terre.

Weidenstraße Nr. 17 ist der 1ste Stock zu vermiethen, bestehend in zwei Zimmern, Alkove, Küche, Altane nebst Sommerhaus; das Nähere beim Wirth zu erfragen.

Breslauer Getreide-Preise

am 11. April 1848.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	54	Sg.	48	Sg.	42	Sg.
Weizen, gelber	52	"	47	"	40	"
Roggen	39	"	35	"	32	"
Gerste.......	33½	"	30	"	27	"
Hafer	26	"	24	"	[illegible]	"

Breslau, den 11. April 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Dut. 97 Gld. Kaiserl. Duk. 97 Gld. Friedrichsd'or 113¾ Gld. Louisd'or 113½ Br. Poln. Court. 94 Br. Oester. Bankn. 98 Gld. Staats.-Sch.-Sch. per 100 Rtl. 3½% 81¼ Br. Großherz. Pos. Pfandbr. 4% 84¾ Gld., neue 3½% 71¼ Gld. Schles. Pfdbr. à 1000 Rtl. 3½% 90¾ Gld., Lit. B. à 1000 Rtl. 4% 89 Gld., dito à 1000 Rtl. 85 Br. Alte poln. Pfdbr. 4% 82¼ Br., neue 82¼ Br. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schweidn.-Freib. 4% 76½ Br. Niederschl.-Märkische 3½% 63 Br. Köln-Mindener 3½% 63¾ Gld. Friedr.-Wilh.-Nordb. 32¾ Gld.

(Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. kaiserl. vollw. Dut. 97 Gld. Friedrichsd'or 114 Gld. Louisd'or, vollw. 113¼ Br. Poln. Papiergeld 93½ bez. Oester. Bankn. 98¼ bez. Staats-Sch.-Sch. 3½% 81 bez. u. Br. Bresl. Stadt-Oblig. 3½% 91 Br. Pos. Pfandbr. 4% 85 bez., 3½% 71½ Gld. Schl. Pfdbr. 3½% 90¾ u. 91 bez., Lit. B. 4% 88¾ — 89⅓ bez. u. Gld., dito 3½ 85 Br. Poln. Pfdbr. 4% alte 82 Br., 4% neue 81¾ etw. bez. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schw.-Freib. 4% 76 bez. u. Gld. N.-Schl.-Märk. 3½% 62½ etw. bez., 5% Ser. III. 85 Br. Ost-Rhein. (Köln-Minden) 3½% 64 Gld. Friedr.-Wilh.-Nordb. Zus.-Sch. 4% 33 bez. u. Gld.

Coursbericht. Berlin, den 10. April.

Niederschl. 3½% 59½ u. 60½ bez., Prior. 4% 72 u. 72½ bez. Köln-Minden 3½% 62 bis 63¼ bez., Prior. 4½% 74½ bez. Rheinische 49 u. 48½ etw. bez. und Br. — Quittungsbogen: Nordb. (Fr.-Wilh.) 4% 32 bis 32½ bez. Posen-Starg. 4% 49 u. Ende 50 bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuldsch. 3½% 76 bis 81 bez. Pos. Pfandbr. 4% 81 bez., neue 3½% 67 bez. Poln. Pfandbr. alte 4% 81 u. 82 bez., neue 4% 81 u. 82 bez.

Einen überaus günstigen Eindruck machte an heutiger Börse das von dem Landtage dem Ministerium einstimmig ertheilte Vertrauens-Votum in der Finanz-Frage. Von Anfang der Börse an waren die meisten Aktien und anderen Effekten lebhaft begehrt, und es zeigte sich eine Festigkeit, wie sie lange nicht vorhanden war. Vornehmlich blieben Staats-Schuldscheine, Bank-Antheile und die vom Staate garantirten Eisenbahn-Aktien animirt. Gold fast zum Normal-Course sehr offerirt.

Universitäts-Sternwarte.

10. und 11. April.	Barometer Z.	L.	Thermometer inneres.	äußeres.	feuchtes niedriger.	Wind.	Gewölk.
Abends 10 Uhr.	27	4, 12	+ 12, 80	+ 9, 3	1, 8	30° WNW	fast überwölkt
Morgens 6 Uhr.		4, 90	+ 11, 40	+ 6, 8	1, 2	78° WSW	bedeckt
Nachmitt. 2 Uhr.		5, 14	+ 12, 50	+ 10, 5	5, 4	15° W	halbheiter
Minimum.		3, 88	+ 11, 40	+ 6, 8	1, 2	5°	
Maximum.		5, 14	+ 12, 80	+ 10, 5	5, 4	78°	

Temperatur der Oder + 10, 8

Der vierteljährige Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung in Verbindung mit ihrem Beiblatte: „Die Schlesische Chronik," ist am hiesigen Orte 1 Thlr. 27½ Sgr.; für die Zeitung allein 1 Thlr. 15 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr. Auswärts kostet die Breslauer Zeitung in Verbindung mit der Schlesischen Chronik (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 20 Sgr.; die Zeitung allein 2 Thlr. 7½ Sgr.; die Chronik allein 20 Sgr.; so daß für die Chronik kein Porto angerechnet wird.

In besonderer Beilage ist der Fahrplan der Oberschlesischen Eisenbahn vom 15. April 1848 ab beigefügt.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Nimbs.